BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 5 **Köln, 25. Mai 1960** **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Karl Graf von Westphalen, „Die Lage nach Paris"* S. 429
- *Stephen Swingler, M.P., „Was kann die deutsche Bundesrepublik zur Entspannung tun?"* S. 437
- *Prof. Dr. L. L. Matthias, „Von Roosevelt bis Eisenhower ..."* S. 440
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Aufstand in Südkorea — Revolte in der Türkei"* S. 449
- *Anton Gailer, „Zusammenleben oder zusammen sterben?"* S. 453
- *Dr. Viktor Kadalie, „Die Absurdität der Apartheid"* S. 458
- *Erwin Fischer, „Um die Diktaturgewalt der Bundesregierung"* S. 464
- *Peter Meier, „Wer Wind sät, wird Sturm ernten!"* S. 470
- *Kurt Pritzkoleit, „Konzentration — Fiktion oder Wirklichkeit?" (II)* S. 474
- *Horst Andel, „Der General und die Grande Nation"* S. 480
- *Reinhard Tietz, „Hans Joachim Iwand †"* S. 489
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 494

Karl Graf von Westphalen

Die Lage nach Paris

I

Die Welt beginnt, aus dem Bann des Schocks herauszutreten, den das Fiasko von Paris ausgelöst hat. Gründe und Hintergründe des Scheiterns der Gipfelkonferenz werden allmählich deutlich und erlauben die dringend gebotene Analyse, die nüchterne Einschätzung der Ereignisse. Der sowjetische Ministerpräsident ist über Berlin nach Moskau zurückgekehrt. Seine Rede in Ost-Berlin war ein aufschlußreiches Nachspiel zu den Vorgängen in Paris, denen die sowjetisch-amerikanischen Auseinandersetzungen über den ominösen Flugzeugzwischenfall von Swerdlowsk vorausgingen. Dieser Prolog und jener Epilog müssen in die Betrachtung und Beurteilung der Pariser Ereignisse einbezogen werden, weil erst sie eine Abschätzung der Proportionen der bedrückenden Geschehnisse möglich machen. Rückblick und Ausblick sind notwendig, nachdem die erste Erregung mit ihren spontanen Reaktionen sich gelegt hat.

Die Gefahr, daß (echte und gespielte) Enttäuschung, Entsetzen und Empörung über den Ausgang in Paris die gerade jetzt notwendige Gewissenserforschung des Westens ersticken, die Auseinandersetzung mit den Propagandisten des kalten Krieges gewissermaßen neutralisieren könnten, scheint gebannt. Die Stunde der Pharisäer, die es unmittelbar nach den Vorgängen in Paris sich und dem Westen denn doch allzu leicht machen wollten, ist bereits wieder abgelaufen. Freilich hat der sowjetische Ministerpräsident durch die ungewöhnlichen Formen seines Auftretens jenen zunächst einen Trumpf in die Hand gespielt, die geradezu besessen nach Vorwänden zur Aufrechterhaltung des kalten Krieges suchen und nur daran interessiert sind, daß der Eindruck entsteht, mit der Sowjetunion könne man nicht verhandeln.

Heute jedoch kann es keinen Zweifel mehr darüber geben, welche ungeheure Hypothek das politische Verhalten der amerikanischen Regierung in den Wochen vor Paris für die Gipfelkonferenz bedeutet hat. Ein verhängnisvoller Zusammenhang von Ursachen und Wirkungen, von Aktion und Reaktion, das fatale Geflecht des kalten Krieges ist noch einmal offenbar geworden! Denn das Fiasko der Pariser Konferenz exemplifiziert erschreckend, wie unsicher die weltpolitische Atmosphäre noch immer ist und welcher Anstrengungen es bedarf, durch eine unzweideutige konsequente Entspannungspolitik die Menschheit vor einer Weltkatastrophe zu bewahren. Die Probleme, die auf eine Lösung warten, sind vor und nach Paris die gleichen. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit, und auch wohl manchen Politikers, ist allerdings der Ernst der Lage erst jetzt offenbar geworden.

II

Es ist vor einem Monat an dieser Stelle von Hermann Rauschning auf die starken Differenzen in den verantwortlichen Kreisen der USA hinsichtlich der Abrüstungs- und Entspannungspolitik hingewiesen worden. Tatsächlich verstärkte sich in den Wochen vor der Gipfelkonferenz der Eindruck, als sei Präsident Eisenhower wieder unter den Einfluß jener Kräfte geraten, die — gemeinsam mit Bundeskanzler Adenauer — eine Fortsetzung der Politik der Stärke forderten, der Eisenhower in Camp David abgeschworen hatte. Was aber hat sich ereignet, ohne daß die Öffentlichkeit es genügend registrierte, seit die Bereitschaft zu einer neuen Gipfelkonferenz die Welt wieder hoffen ließ?

Wer hat sich darüber entrüstet, als Eisenhower die Wiederaufnahme von Kernversuchsexplosionen im Jahre 1960, wie er ausdrücklich betonte, trotz der günstigen Aspekte der Genfer Versuchsstop-Konferenz anordnen ließ! Wen schokkierte die Voraus-Ankündigung des amerikanischen Präsidenten, „er werde nur für sieben Tage nach Paris reisen und für keinen Tag länger"? Konnte man nicht voraussehen, daß die Erklärung des US-Unterstaatssekretärs Dillon, die in Bonn Beifall fand und in krassem Widerspruch zum Geiste von Camp David stand, die internationale Verhandlungsatmosphäre verschlechtern mußte? War nicht auch die Nato-Tagung in Instanbul mit all ihren äußeren Begleitumständen wenig geeignet, die sowjetische Beunruhigung, die schon in der Bakuer Rede Chrustschows ihren ersten vernehmbaren Ausdruck gefunden hatte, zu zerstreuen?

Mit welcher Sorge Chrustschow die Kursschwankung der amerikanischen Regierung verfolgte, berichtet Walter Lippmann in der New York Herald Tribune vom 18. Mai: „Ich selbst habe mit Chrustschows persönlichem Beauftragten, Shukow, gesprochen, als dieser im April nach Washington kam. Shukows Hauptklage bestand darin, daß die amerikanische Politik sich um den 15. März plötzlich versteift habe und nichts mehr von einer Verhandlung über den Status

Berichtigung

Auf Seite 435 dieser Ausgabe muß nach „... hätte tun können." (2. Absatz, 10. Zeile von unten) ein Absatz gebildet werden, der — abweichend von der vorliegenden Formulierung — folgende Fassung erhält:

In hohem Maße entscheidend für eine Verbesserung der internationalen Atmosphäre ist nach wie vor ein Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung. Sie kann nur so verstanden werden, daß es keine Kontrolle ohne Abrüstung und keine Abrüstung ohne Kontrolle geben darf. Aber es muß endlich ein Anfang gemacht werden, und zwar vor allen Dingen dort, wo sich die Militärblöcke unmittelbar gegenüberstehen: in Deutschland und in Mitteleuropa. Die beiderseitigen Interessen in Ost und West begegnen sich hier so fundamental, daß es gewissen Hintergrundgruppen jetzt nicht mehr möglich sein darf, mit ihrer Propaganda einen Fortschritt für ein solches Übereinkommen zu hintertreiben.

von Westberlin wissen wolle. Dies sei eine Rücknahme der Zusagen, die Chrustschow von Eisenhower in Camp David gegeben worden seien." Und der Washingtoner Korrespondent der „Deutschen Zeitung" berichtete: „Manche auswärtigen Diplomaten weisen darauf hin, daß Eisenhower damals (in Camp David) unklar und zweideutig geblieben sei. Chrustschow mußte sich dadurch (nämlich auf Grund der letzten Ereignisse) als b e t r o g e n fühlen... Jedenfalls haben die Russen bereits im März Erkundigungen darüber einzuziehen versucht, ob Eisenhower sein Wort, das er Chrustschow in Camp David gegeben habe, einlösen wolle. Sie haben sich darüber beunruhigt gezeigt, daß er, Eisenhower, von einem gegebenen Wort nichts wissen wollte."

Der Abschuß der amerikanischen Aufklärungsmaschine U 2 war ein weiteres Glied in der Kette der Ereignisse. Lippmann schreibt hierzu in der New York Herald Tribune vom 18. Mai: „Wir müssen uns daran erinnern, daß Chrustschow, als das Flugzeug in die Hände der Russen fiel, Präsident Eisenhower einen diplomatischen Notausgang aus seiner Verlegenheit öffnete. Er glaube nicht, so sagte Chrustschow, daß Präsident Eisenhower für die Entsendung des Aufklärungsflugzeugs verantwortlich sei . . . Die diplomatische Antwort wäre gewesen, zu dieser Zeit nichts zu sagen oder besser eine angemessene Untersuchung der ganzen Affäre zu versprechen. Statt dessen erwiderte Eisenhower, daß er verantwortlich sei, daß solche Flüge notwendig seien, und dann ließ er die Welt in dem Glauben, selbst wenn er das nicht wörtlich sagte, daß die Aufklärungsflüge fortgesetzt würden. Dadurch wurde die Tür, die Chrustschow geöffnet hatte, zugeschlagen, und die Verlegenheit, in einer Spionage-Affäre gefangen zu sein, wurde in eine direkte Herausforderung der Souveränität der Sowjetunion verwandelt." An anderer Stelle sagt Lippmann, diese Herausforderung der Souveränität der Sowjetunion „mache es Chrustschow unmöglich, die Angelegenheit als nebensächlich zu behandeln. Hätte er das getan, dann hätte er vor der ganzen Welt ... eingeräumt, daß er den Vereinigten Staaten das Recht zur Verletzung sowjetischen Territoriums gibt. Kein Staatsmann in keinem Land der Welt kann sich ein solches Zugeständnis leisten."

Es ist müßig, darüber zu streiten, ob die Reaktion Chrustschows auf den völkerrechtswidrigen Akt weniger heftig hätte sein können. Der Präsident des Weltsicherheitsrates, Claude C o r e a, bezeichnete das Überfliegen fremder Territorien zu Spionagezwecken als „Verstoß gegen die Charta der UN". „Kein Land in der Welt", schreibt die Stockholmer Zeitung Aftonbladet vom 17. Mai, „würde sich mit Gleichmut und Duldsamkeit in die öffentlichen Erklärungen der amerikanischen Staatsführung hineinfinden können, daß grobe und absichtliche Verletzungen des Luftraumes über anderen Ländern notwendig und berechtigt sind... Die russische Reaktion auf diesen amerikanischen Versuch, das Völkerrecht auf den Kopf zu stellen, mußte heftig sein." Auch der Sunday-Expreß vom 16. Mai schildert offen die Situation: „Die Vereinigten Staaten stehen vor den ungebundenen Nationen unter Anklage, und sie stehen in den Augen ihrer eigenen Verbündeten unter Anklage. Die Amerikaner sehen sich der unerbittlichen Frage gegenüber: Ist es auch ihnen aufrichtig um eine Regelung mit Rußland zu tun? ... Das Spionageflugzeug war ein Fehler ... Die Amerikaner können sich nicht länger auf ihre guten Absichten verlassen. Sie müssen sie beweisen."

Es gibt für das Verhalten Washingtons nur eine Erklärung: die einer bewußten Herausforderung der Sowjetunion durch bestimmte Kreise, vor allem im Pentagon, die Eisenhower überspielt haben. Für den „geschlagenen" Präsidenten mag man heute Sympathien und Mitgefühl haben — seinerseits hat er aber geradezu alles getan, die sowjetische Regierung zu einem scharfen Protest und zu einer

grundsätzlichen Stellungnahme zu zwingen. Ohnehin werden im Westen die Empfindlichkeit der Sowjetunion und ihr Mißtrauen gegenüber allen Zeichen der Einkreisung im allgemeinen leichtfertig unterschätzt, mit einer Handbewegung als Heuchelei abgetan oder bewußt mißachtet.

Es ist anzunehmen, daß Chrustschow unter dem Eindruck der beinahe demonstrativ anmutenden, zumindest für die Widersprüche auf amerikanischer Seite aufschlußreichen Taktik Washingtons bereits mit nur geringen Erwartungen nach Paris gefahren ist. Für die sowjetische Führung war nach den Vorfällen in den vergangenen Wochen das Verhalten gerade Eisenhowers offensichtlich der letzte Test für die Entspannungsbereitschaft der amerikanischen Regierung, die nunmehr von Moskau unter starken politisch-moralischen Druck gesetzt wurde. Die Sowjets verlangten eine unzweideutige Geste des Koexistenzwillens der USA. Das war die Konstellation, als die Gipfelkonferenz beginnen sollte.

Bereits am Montag, dem 16. Mai, stand für die eingeweihten Diplomaten fest, daß die Konferenz nicht stattfinden werde. Chrustschow, der einen Tag früher als ursprünglich beabsichtigt in Paris eintraf, hatte noch am gleichen Tage Aussprachen mit de Gaulle und MacMillan. Offenbar rechnete er damit, daß der französische Präsident und der britische Premier ihren Einfluß bei Eisenhower geltend machen könnten, um diesen zu einer einlenkenden Entschuldigung zu bewegen. In diesen Gesprächen wird sich auf beiden Seiten die Gipfel-Haltung herauskristallisiert haben; hier schon dürfte sich gezeigt haben, daß Eisenhower nicht bereit war, sich in aller Form bei den Sowjets zu entschuldigen, wie es der demokratische Präsidentschaftskadidat Kennedy, sein möglicher Konkurrent Adlai Stevenson und der führende Demokrat Lindon Johnson für richtig gehalten hatten, und Chrustschow nunmehr — wie er später auf der Pressekonferenz in Paris erwähnte — angesichts der Tatsache, daß das Überfliegen sowjetischen Staatsgebietes als ein notwendiger Bestandteil der amerikanischen Politik erachtet werde, seinerseits keine Chancen und Ergebnisse einer Gipfelkonferenz sah. Offen blieb an diesem Sonntag die Frage, ob die Konferenz dennoch beginnen würde. Die amerikanische Antwort auf diese Frage wurde in unzweideutiger Weise gegeben, indem der amerikanische Verteidigungsminister mit Zustimmung Eisenhowers von Paris aus einen „weltweiten Alarm" der amerikanischen Streitkräfte auslöste. Lippmann schreibt hierzu: „Es sind harte Worte, aber kann man denn anders als mit harten Worten das Verhalten des Verteidigungsministers beschreiben, der Sonntagnacht als einer der Ratgeber des Präsidenten eine weltweite Alarmbereitschaft der amerikanischen Streikräfte anordnete? Sonntagnacht waren MacMillan und General de Gaulle noch heftig bemüht, einen Ausweg aus der Affäre des Spionageflugzeuges zu finden. Aber gerade diese Zeit wählte der Verteidigungsminister, um eine „weltweite Bereitschaftsübung" zu veranlassen, die, wenn sie auch noch nicht der letzte Schritt vor einem Kriege, so doch einer der vorbereitenden Schritte dazu ist. Warum gerade am Sonntag? Dieser Fehler war nicht das Werk irgendeines vergessenen Obersten auf einem Flugplatz in der Türkei. Es war das Werk des Verteidigungsministers und des Präsidenten." (New York Herald Tribune, 19. Mai 1960). Diese Entwicklung veranlaßte Chrustschow am 18. Mai zu der Feststellung: „Einige Hitzköpfe der Vereinigten Staaten haben die Konferenz torpediert, noch bevor sie überhaupt begonnen hatte." Am gleichen Tage dankte er de Gaulle und MacMillan für ihre Vermittlungsbemühungen, fügte allerdings hinzu: „Ich kann mich nicht enthalten, gleichzeitig ein gewisses Bedauern auszudrücken. Und das ist wahr. Wenn der Präsident Frankreichs und der Premier Großbritanniens sich auf den Standpunkt einer objektiven Beurteilung der Tatsachen gestellt hätten und sich nicht durch die Allianz-Verbindungen hätten leiten lassen, wenn sie den Beweis eines größeren Willens

erbracht hätten, dann hätten möglicherweise die führenden Männer der USA ihre aggressiven Akte verurteilen können, und die Bedingungen für die Durchführung der Gipfelkonferenz wären so gegeben gewesen."

Am Montag, dem vorgesehenen Konferenztermin, lag eine neue amerikanische Erklärung zu dem Flugzeugzwischenfall nicht nur nicht vor, sondern Eisenhower erklärte nach dem gescheiterten Vormittagstreffen, als de Gaulle für 15 Uhr zu einer neuen Zusammenkunft gebeten hatte, daß er diese Zusammenkunft als erstes Gipfeltreffen betrachte und nur bereit sei, über die Themen der Gipfelkonferenz, nicht aber über den Flugzeugzwischenfall zu sprechen. Unter diesen Umständen lehnte Chrustschow eine Teilnahme ab. Die New York Times vom 16. Mai 1960 hatte Eisenhower noch beschworen: „Der Präsident kann nicht beides haben: er kann nicht Chrustschow herausfordern und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit ihm haben."

Aus diesem chronologischen Ablauf wird ersichtlich, daß Eisenhower — und dies offensichtlich trotz intensiver Bemühung von MacMillan und de Gaulle — in seinem diplomatischen Gepäck nur eine Direktive mit nach Paris gebracht hatte, von der abzuweichen ihm nicht möglich war, die jeden Kompromiß in der Frage des Flugzeugzwischenfalles ausschloß und jede sowjetische Forderung als „Ultimatum" zurückwies.

Man kann Zweifel hegen, ob Chrustschow seiner eigenen Sache der Entspannung nicht besser gedient hätte, wenn er unter Verzicht auf eine wohl in der Sache, nicht aber in der Form und in dem gewählten Augenblick für Eisenhower annehmbare Drei-Punkte-Forderung versucht hätte, auf der Konferenz selber entweder in dem strittigen Punkt von den USA Genugtuung zu verlangen, oder aber die Intransigenz der Amerikaner bloßzustellen. Andererseits stellt sich jedoch die Frage, ob Chrustschow der Sache der Entspannung genutzt hätte, wenn er trotz der Rückkehr der amerikanischen Politik in die Nähe der Dulles-Linie und fort vom Geist von Camp David, wie sich dieses in den Wochen vor der Konferenz vielfach manifestierte, auf der Gipfel-Konferenz erschienen wäre. Hier ergibt sich die weitere Frage, ob die Konferenz unter den veränderten Umständen, wie sie sich noch am Abend vor dem Gipfeltermin durch das Einverständnis Eisenhowers mit einer weltweiten Bereitschaftsübung zeigten, überhaupt noch zu sachlichen und positiven Ergebnissen führen konnte. Hätte nicht vielmehr eine gescheiterte Konferenz den Absichten jener verständigungsfeindlichen Kreise Vorschub geleistet, die an einer Fortsetzung der Entspannungsverhandlungen nicht interessiert sind, weitere Gipfelkonferenzen unmöglich gemacht und die Gipfeldiplomatie selbst tödlich getroffen haben? Als die Ausführungen von Chrustschow und Eisenhower auf der vorbereitenden Konferenz wenige Stunden später von den Beteiligten der Öffentlichkeit übergeben wurden, war die weitere Entwicklung in Paris präjudiziert. In diesem Zusammenhang müssen auch die Vorgänge auf der von Chrustschow später abgehaltenen und so schockartig wirkenden Pressekonferenz gesehen werden. Für die Weltöffentlichkeit und die Regierungen bleibt jedoch die Gewißheit, daß die Gipfeldiplomatie und alle mit ihr verknüpften Bemühungen, die Entspannung auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, wenn auch unter veränderlichen Aspekten, fortgesetzt werden können.

Während in der amerikanischen Öffentlichkeit, vor allem durch republikanische Kreise, versucht wurde, das Fiasko von Paris dadurch zu überspielen, daß man das amerikanische Volk aufforderte — wie dies der kleinbürgerliche Evening Star in Washington in einem ungewöhnlichen Titel-Artikel tat — den geschlagenen Präsidenten mit demonstrativem Jubel zu empfangen, um damit „aus einer diplomatischen Katastrophe eine nationale Demonstration" zu machen, äußerte

Chrustschow in Paris seine Absicht, über Ostberlin nach Hause zu fahren. Hiermit wies der Sowjetpremier seinerseits demonstrativ auf das ungelöste Deutschland-Problem hin, das auf der Konferenz hätte erörtert werden sollen.

Wir Deutschen spüren in diesen Tagen nichts mehr als das Fehlen eines eigenen konstruktiven politischen Konzepts. Der Abschluß eines Friedensvertrages ist nach wie vor eine zentrale Frage der deutschen und der Weltpolitik. Chrustschow hatte sich hierzu in der Pressekonferenz in Moskau vor den Überresten der abgeschossenen amerikanischen U 2 bereits sehr konkret geäußert. Als ein Korrespondent ihn fragte: „Werden Sie nach Abschluß eines Friedensvertrages mit Ostdeutschland die Berlinflüge von Flugzeugen der Westmächte als aggressive Handlungen betrachten?", antwortete er: „Wir haben dazu schon eine Erklärung abgegeben. Ich wiederhole: Nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik wird sich die Lage, die durch die aus der militärischen Kapitulation für dieses Territorium erwachsenden Bedingungen bestimmt wird, verändern. Von diesem Augenblick an wird die Besetzung Westberlins beendet sein, jeder Zutritt nach Berlin, der auf der Kapitulation Deuschlands beruhte, wird von diesem Augenblick an eingestellt sein. Die Deutsche Demokratische Republik wird dann auf ihrem Territorium völlig die Kontrolle ausüben, wie auch die auf ihrem Territorium befindlichen Zugänge nach Westberlin kontrollieren. Wenn die DDR mit den interessierten Ländern zu einer Einigung gelangt und ihnen gestattet, den Luftraum, Wasserwege, Eisenbahnen und Autostraßen zu benutzen, wird das schon nicht mehr unsere Sache, sondern eine Sache der Deutschen Demokratischen Republik sein. Das ist ihr souveränes Recht." Bei der Rückkehr aus Paris hat er in Ostberlin dieser Forderung im Prinzip wiederholt, jedoch hinzugefügt, daß er vor einer neuen Gipfelkonferenz in 6 bis 8 Monaten keine einseitigen Schritte unternehmen werde, sofern auch der Westen einseitige Maßnahmen vermeidet.

III

Paris hat gezeigt, wie gefährlich es ist, sich Illusionen über die weltpolitische Lage zu machen. Wir sollten uns also daran gewöhnen, uns mehr mit der rauhen Wirklichkeit des Tages und weniger mit Hoffnungen und Wünschen zu befassen. Die Notwendigkeit neuer Verhandlungen in einer besseren Atmosphäre steht außer Frage, ja sie ist dringlicher denn je. Die Unumgänglichkeit von Verhandlungen wurde in den Abschlußkommuniqués beider Seiten anerkannt. Es bleibt die Alternative: Koexistenz oder Krieg!

Es gibt im Westen Kreise, die, wie wir oben schon feststellten, zunächst wähnten, den Ausgang der Pariser Konferenz im Sinne ihrer Konzeption des kalten Krieges propagandistisch und materiell auswerten zu können. Die hier und da von den Gegnern der Entspannung geforderte Erhöhung des Rüstungsbudgets — wozu das Ansteigen gewisser Aktienkurse an der Wallstreet-Börse den Barometerstand verzeichnet — zeigt die Hintergrundkräfte, die die Konferenz zum Scheitern brachten. Dies deutet auch an, in welcher Richtung die Kräfte der Entspannung und Abrüstung in den nächsten Monaten aktiv werden müssen, um so mehr, als jetzt die Weichen für eine neue Gipfelkonferenz gestellt werden.

Es überrascht auch nicht, daß der Bundeskanzler erklärt, die Pariser Ereignisse hätten ihm und seiner Politik recht gegeben. Im Gegenteil, Paris hat eines klar gezeigt: Mit der Politik des kalten Krieges kommen wir nicht weiter! In diplomatischen Kreisen spricht man davon, daß der Generalsekretär der UN, Dag Hammarskjöld, Dr. Adenauer bei seinem Aufenthalt in New York darauf aufmerksam gemacht hat, daß das Scheitern der Abrüstungsgespräche leicht zu

einer Entladung der Weltspannung in Berlin führen könne. Nach Paris sagte Hammarskjöld: „Ich betrachte es als meine Pflicht, alles zu tun, um die gegenwärtige Situation zu überwinden, die ein Gefühl tiefer Hoffnungslosigkeit hinterlassen hat. ... Ich fürchte die Gefahr, die darin liegt, daß ein Krieg durch ein Versehen ausgelöst wird. Niemand in dieser Welt wird mit offenen Augen in den Krieg ziehen, ein Versehen oder ein Zwischenfall ist viel gefährlicher in überhitzter als in kühler Atmosphäre. Deshalb müssen unsere und meine Anstrengungen vor allem darin bestehen, die Temperatur herunterzubringen, damit Zwischenfälle, die in unserer Welt unvermeidbar sind, wenigstens in ihrer Auswirkung auf die öffentliche Meinung begrenzt werden."

Das Scheitern der Pariser Konferenz hat gezeigt, daß es keine „halbe" Koexistenz geben kann. Die Sowjetunion hat auf die Kursschwankungen der amerikanischen Politik heftig reagiert; sie hat sich aber auch ausdrücklich zu einer Fortsetzung der Entspannungspolitik bekannt. Für den Westen kann die Lehre von Paris nur lauten: wenn er wirklich eine Entspannung wünscht — und daß er sie wünschen muß, weil daran der Weltfrieden und die Zukunft aller Völker hängen, ist in diesen Blättern oft genug dargelegt worden — wird er, anders als bisher, auch die Konsequenzen aus dieser Entscheidung ziehen, der Sowjetunion eine illusionslose, aber aufrichtige Partnerschaft anbieten müssen. Das bedeutet nicht „Kapitulation" vor einer auch jetzt gar nicht existierenden, aber von einer gewissen westlichen Propaganda unterstellten sowjetischen „Drohung", sondern Bereitschaft zu geduldigen Verhandlungen in einer entspannten weltpolitischen Atmosphäre. Es bedarf dabei der Gesten und Taten weit mehr, als man im Westen anzunehmen geneigt ist. Läßt sich der Westen aber unter dem Eindruck einer teils vorschnellen, teils absichtsvoll-einseitigen Interpretation der Pariser Vorgänge abermals auf die Bahn des kalten Krieges drängen, so wird er allerdings diesen kalten Krieg bekommen — aber er, und insbesondere die Bundesrepublik, wird dann auch die Zeche zu zahlen haben. In dieser Hinsicht war Chrustschows Paukenschlag von Paris eine, wie man hoffen möchte, heilsame Warnung. Wenn er so verstanden wird, kann das Nichtzustandekommen dieser Konferenz auf lange Sicht dem Frieden und der Koexistenz vielleicht sogar eher zugute kommen, als eine gescheiterte Konferenz es hätte tun können. Aber es muß endlich ein Anfang gemacht werden, und zwar vor allen Dingen dort, wo sich die Militärblöcke unmittelbar gegenüberstehen: in Deutschland und in Mitteleuropa! In hohem Maße entscheidend für eine Verbesserung der internationalen Atmosphäre ist nach wie vor ein Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung. Sie kann nur so verstanden werden, daß es keine Kontrolle ohne Abrüstung und keine Abrüstung ohne Kontrolle geben darf. Die beiderseitigen Interessen in Ost und West begegnen sich hier so fundamental, daß es gewissen Hintergrundgruppen jetzt nicht mehr möglich sein darf, mit ihrer Propaganda einen Fortschritt für ein solches Übereinkommen zu hintertreiben.

IV.

In ganz besonderem Maße gilt das zuletzt Gesagte für die Bundesrepublik. Es hat den Anschein, als sei nirgendwo die Gefahr so groß wie hier, daß aus den Pariser Vorgängen die falschen Konsequenzen gezogen werden. Man möge sich erinnern, in welch unqualifizierter Weise sich der Bundeskanzler am 9. Mai zu dem Flugzeugzwischenfall geäußert hat. Der Kanzler behauptete, er wisse ganz genau, daß die Russen uns seit Jahren überflögen, und erklärte demon-

strativ: „Ich weiß aber gottseidank auch, daß die Amerikaner das gleiche über Rußland tun." Inzwischen erklärte Eisenhower, daß solche Sowjetflüge nicht festgestellt worden seien. Ist es ein Wunder, daß die Sowjetunion immer wieder in der Bundesrepublik den stärksten Störenfried der internationalen Lage sieht, wenn der verantwortliche deutsche Politiker ständig fordert, die Politik der Stärke fortzusetzen, die gerade uns Deutschen bisher keinerlei Fortschritte gebracht hat, sondern im Gegenteil die Lösung der deutschen Probleme und der Berlin-Frage in ein immer kritischeres Stadium gedrängt hat?

In den USA haben die Propagandisten des Kalten Krieges kurzfristig versucht, mit der Parole der „nationalen Einigkeit" die Öffentlichkeit geschlossen in ihr Lager zu treiben und die schwere Verantwortung der amerikanischen Regierung für das Nichtzustandekommen der Pariser Konferenz zu vertuschen. Dieser Versuch ist gescheitert. Die katastrophale Kursänderung in der offiziellen amerikanischen Politik wird das Thema Nr. 1 des amerikanischen Wahlkampfes sein, die Kritik auch vor der Person Eisenhowers nicht haltmachen (vgl. Dokumentation S. 506).

In der Bundesrepublik, die ebenfalls allen Anlaß zur Überprüfung ihres politischen Standpunktes hat, tritt die Kritik vorerst nur sehr zaghaft hervor. Problematisch erscheint vor allem der Ruf nach einer „gemeinsamen Außenpolitik", der heute nicht allein in Berlin, sondern auch von gewissen Politikern der Sozialdemokratie und der CDU in der Bundesrepublik erhoben wird. Die Frage kann nicht ausbleiben, welche außenpolitische Konzeption einer solchen Gemeinsamkeit zugrunde liegen soll! Einigkeit — ja, aber welche? Einigkeit in der Vernunft? Oder Einigkeit in jener Vermessenheit, die seit Jahr und Tag die Außenpolitik des Bundeskanzlers charakterisiert? Einigkeit im Sinne einer auch von seiten der Bundesrepublik konsequenten, unzweideutigen Entspannungspolitik mit einem eigenen Beitrag zur Abrüstung und dem Verzicht auf atomare Waffen, der Anerkennung des Prinzips von Verhandlungen zur Beseitigung internationaler Spannungen, auch der schrittweisen Entschärfung der innerdeutschen Lage — oder Einigkeit in einer weiteren Forcierung der Aufrüstung und des kalten Krieges mit allen daraus resultierenden Fährnissen und Konsequenzen? Nach Paris sollte uns die Wahl nicht schwer sein. Wir sollten uns endlich darüber klar werden, daß wir mit einer Politik des Beharrens, der Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes auf unbestimmte Zeit bei fortgesetzter militärischer Rüstung keinen Zoll weiter kommen. Vielmehr sollten wir endlich glaubhaft machen, daß wir militärische Lösungen — die nur zu einer Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß für das gesamte Gebiet des geteilten Deutschland führen können — ablehnen und bereit sind, einen eigenen Beitrag zur Entspannung zu leisten. Jede andere Politik würde die deutsche Spaltung vertiefen und unabsehbare Gefahren heraufbeschwören.

Die jetzige Entwicklung, insbesondere des Berlin-Problems und der Friedensvertragsfrage, zeigt, wohin die deutschen Dinge ohne ein konstruktives deutsches Konzept treiben und wie sehr sie zum Gefahrenpunkt Nummer eins der Weltlage werden können. Es liegt gerade auch an uns Deutschen in der Bundesrepublik, auf dem harten und bitteren Boden der Tatsachen zu bleiben und die kommenden Monate zu nutzen, um durch unseren eigenen Beitrag einer friedlichen Entwicklung zu dienen.

Stephen Swingler, M.P.

Was kann die deutsche Bundesrepublik zur Entspannung tun?

Die entscheidende Frage ist heute: Worin liegt die Gefahr eines Weltkrieges, der die Zivilisation auslöschen wird? Um den Weg für die Zukunft zu zeigen, wollen wir uns die Meinungen einiger Fachleute über Vergangenheit und Gegenwart vor Augen halten.

1914

Der britische Historiker G. M. Trevelyan schrieb in seiner Biographie des britischen Außenministers von 1914, Grey of Fallodon, folgendes: „Es ist wahrscheinlich, daß weder er (der Kaiser) noch Bethmann-Hollweg an diesem verhängnisvollen Tage (im August 1914) wußten, daß sie dabei waren, einen umfassenden Krieg auszulösen; sie hofften, daß die Russen nicht wagen würden zu kämpfen ... Die Verantwortlichen in Berlin und Wien wußten, daß die russischen Eisenbahnen und die Reorganisation in Serbien im Jahre 1917 gefährlicher sein würden als im Jahre 1914. Rußland, so dachten sie, würde jetzt mit geringerer Wahrscheinlichkeit marschieren als einige Jahre später. Besser Serbien sofort niederschlagen. So trugen das Wettrüsten und die aus Furcht geborenen Überlegungen zum eigentlichen Ausbruch des Krieges bei."

1939

Mitte der dreißiger Jahre war Europa wiederum im gärenden Zustand eines Wettrüstens. In einer Rede im britischen Parlament sagte Winston Churchill, als Rebell und Kritiker der damaligen konservativen Außenpolitik: „Nachdem die Rüstung aller Länder eine gewaltige Höhe erreicht hat, kann ich nicht glauben, daß sie zur Ruhe kommen werden und daß sie in einem Zustand des Schreckens bleiben werden, der schrecklicher sein wird als der schon jetzt gefährliche Zustand, und daß das für viele Jahre der normale Zustand in der Welt sein wird. Entweder kommt es zu einem Schmelzen der Herzen und zu einem Händereichen zwischen den Nationen ... oder es wird eine Explosion und eine Katastrophe geben, deren Verlauf keine Vorstellung zu ermessen und kein menschliches Auge zu sehen vermag."

Zwischen 1939 und 1945 waren die Statistiker in Europa gezwungen zu messen, und Europas Augen mußten sehen, was die schrecklichen Ergebnisse eines zweiten Wettrüstens waren.

1959

Bald nach dem zweiten Weltkrieg war Europa mit einem neuen Wettrüsten befaßt. In einer Rede in Moskau Anfang Januar 1959 sagte der britische Premierminister Harold Macmillan folgendes: „Wir fürchten nicht etwa eine mit Absicht unternommene Aggression, und ich hoffe, Sie (die Russen) tun es auch nicht. ... Zur gleichen Zeit ist es unmöglich, vor uns die Gefahr eines Krieges infolge Fehlkalkulationen oder allgemeiner Verwirrung zu verbergen."

Im gleichen Jahr lieferte er in seiner Fernsehsendung mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Kommentar zu seinem Gedanken. Mr. Macmillan sagte: „Der erste Weltkrieg (1914—1918), so meine ich, hätte sich niemals ereignen müssen. Er ereignete sich irrtümlich. Ich glaube, wenn wir dieselbe

Art internationaler Treffen gehabt hätten, wäre er nicht ausgebrochen ... Jetzt sind wir in einer Lage, in der eine Gefahr besteht, irrtümlich in etwas hineinzutreiben. Infolge Bluff, Gegenbluff, Mangel an Verständigung, und daneben auch irrtürmlich."

Wir wollen innehalten, um die Ungeheuerlichkeit dieser Aussagen von oder über die führenden Staatsmänner des 20. Jahrhunderts zu überdenken. Waren tatsächlich Millionen dazu verdammt, im Schlamm von 1914—1918 zu sterben — irrtümlich?

War der zweite Weltkrieg von 1939 bis 1945 wirklich der „unnötige Krieg", wie ihn Churchill im ersten Band seiner Kriegserinnerungen bezeichnete? Rührt die Gefahr einer totalen Vernichtung der Menschheit durch Kernspaltung und Kernfusion heute von leicht möglichen Fehlkalkulationen und allgemeinen Verwirrungen in den Hauptquartieren her?

Heute

Auf jeden Fall ist dieser Glaube weit verbreitet. Die europäischen Regierungen werden jetzt von Furcht heimgesucht, nicht von Furcht vor einem berechneten Überfall, vor einer überlegten Aggression, sondern von Furcht vor einem Grenzzwischenfall, vor Fehlbeurteilungen, vor Mißdeutungen des Radarschirms, vor der politischen Spekulation auf Grund der Spannung. Politische Führer sind mit Recht erschrocken über die Macht der Generäle, durch einen Zufall die ganze Welt in Selbstmord zu stürzen.

Das Wettrüsten ruft Spannung hervor. Spannung fördert das Wettrüsten. Das Wettrüsten vervielfacht beständig die Möglichkeit von Irrtümern, Fehlkalkulationen und allgemeiner Verwirrung. Bis zu endgültigen internationalen Vereinbarungen über eine Beendigung des Wettrüstens und den Beginn einer Verringerung der Streitkräfte und bis Lösungen für die vordringlichen politischen Probleme, die die Mächte entzweien, gefunden worden sind, ist es unsere Aufgabe, unablässig die Spannung zu vermindern, das Klima der internationalen Beziehungen zu verbessern und die Möglichkeiten von Irrtümern und Provokationen zu verringern.

Deutschlands Rolle

Hierzu können Regierung und Bevölkerung Westdeutschlands einen bedeutenden Beitrag leisten, aus dem einfachen Grund, weil auf deutschem Boden die Möglichkeiten von Provokationen und Irrtümern am größten sind.

Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten beinhaltet die stets gegenwärtige Gefahr bewaffneter Zusammenstöße, welche die großen militärischen Maschinerien in Bewegung setzen könnten. Je mehr Waffen auf beiden Seiten der Elbe angehäuft sind, um so stärker können die Kräfte und Ambitionen werden, die darauf hinzielen, Deutschland mit Waffengewalt wiederzuvereinigen. Daß Personen der Regierungsspitze und anderen Kreisen angehören, die mit Nazi-Imperialismus und heutigen Revanchegelüsten verbunden sind, führt zu einer wachsenden Gefahr zu einem Zeitpunkt, da die Bundesrepublik zunehmend an Bedeutung im Nato-Hauptquartier gewinnt. Der kalte Krieg hat sowohl die Wirtschaft wie die Politik der beiden Deutschlands polarisiert, hat ihre politischen Führer veranlaßt, sich auf die Giganten in Washington und Moskau zu verlassen, und ihnen ein festbegründetes Interesse an der Fortdauer der Spannungen gegeben. Sie hat dem Wiederauftreten der Flicks und der Generäle Vorschub geleistet. Die Ausnutzung der Spannungen durch „Satelliten" mit dem Zweck, sich wirtschaftliche und politische Vorteile zu verschaffen und um Gedanken an wirtschaftliche und militärische Vorrherrschaft zu ermuntern, ist die schwerwiegendste Gefahr überhaupt.

Realismus ist notwendig

Die erste Notwendigkeit ist Realismus. Wenn es für uns darauf ankommt, einen nuklearen Massenmord zu verhindern, muß es Aufgabe der Führer des Westens sein, mit den Russen ein Übereinkommen zu erzielen — was nicht bedeutet, vor ihnen zu kapitulieren, wie manche Leute behaupten. Was es bedeutet, ist die Anerkennung der tatsächlichen gegenwärtigen Verhältnisse in Europa und eine Erhöhung des allgemeinen Interesses der Völker am Frieden und an der Abrüstung vor allem anderen. Das ist erklärlicherweise unvereinbar mit der fortgesetzten Rivalität zwischen der Nato und dem Warschauer Block; deshalb müssen wir versuchen, diese Bündnisse durch einen gesamteuropäischen Sicherheitspakt zu ersetzen. In gleicher Weise sollte jede Gelegenheit zur Förderung des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches zwischen West und Ost voll und ganz ausgenutzt werden, um das Klima für politische Gespräche zu verbessern.

Zwei Dinge werden hierbei von der Bundesrepublik verlangt. Das erste ist, ein echtes Beispiel wirklicher Demokratie und wirtschaftlicher Planung zu zeigen, um einen steigenden Lebensstandard für das Volk zu erreichen — ohne Abhängigkeit von einer aufgeblähten Waffenherstellung. Wir erwarten von der SPD und vom DGB die Entwicklung eines demokratischen und entschiedenen Programms, das die Macht solcher Ruhr- und Finanzmagnaten bricht, die im Jahre 1933 Hitler unterstützten und die im Jahre 1960 das Wiederaufrüstungsprogramm fördern. Das hängt von einer entschiedenen Opposition gegen die Adenauer-Seebohm-Achse ab, von der Ablehnung einer Ketzerjagd mit Rotbüchern etc., und von dem Einsatz für volle Redefreiheit und Toleranz unter den Deutschen, die an Frieden und Demokratie glauben. Schwimmt die deutsche Sozialdemokratie einmal im Strome des „Konformismus", wird sie ihren Beitrag zum europäischen Frieden verfehlen. Notwendig ist ein großes demokratisches „Ideenferment."

Zweitens können die Westdeutschen, ohne irgendeine ideologische Kapitulation, viel tun zur Entwicklung jeder Art des Verkehrs mit dem Osten, insbesondere mit den Ostdeutschen. Es ist schierer Wahnsinn, die Existenz zweier deutscher Staaten nicht anzuerkennen, und es ist verbrecherischer Unsinn, nicht die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Verhandlungen und Diskussionen können nicht beginnen, solange wir nicht diesen eindeutigen Tatsachen ins Gesicht sehen, die nicht ohne Krieg geändert werden können. Sobald wir sie realistisch betrachten, wird offenbar, daß Diskussionen auf allen Ebenen zwischen West- und Ostdeutschen über die Zukunft der deutschen Nation in Europa vorteilhaft sind. Wenn wir vernünftigerweise den Gedanken einer Wiedervereinigung Deutschlands mit Gewalt oder durch Erpressung mit nuklearen Drohungen verwerfen, dann ist es klar, daß das künftige Deutschland-Übereinkommen von geduldigen Verhandlungen und Diskussionen und einem unermüdlichen Versuch abhängt, eine Annäherung zwischen den beiden Systemen zu finden.

Um eine möglichst günstige Atmosphäre für solche Beziehungen zu schaffen, liegt es im vitalen Interesse der Bundesrepublik, das Wettrüsten in Deutschland selbst zu beenden, als Grundlage für einen Rückzug fremder Truppen von deutschem Boden auf beiden Seiten und um ganz Deutschland, wenn nicht ganz Europa zu einer atomwaffenfreien Zone zu machen. Da keine Seite im kalten Krieg in eine Kapitulation einwilligen noch mit Waffengewalt einen Sieg erringen wird, gibt es keinen vernünftigen Grund gegen eine unmittelbare und ausgeglichene Verminderung der Waffen und Streitkräfte in dem Gebiet höchster Spannungen.

Die Gefahr des „teile und herrsche"

Wir in England haben eine zu lange Erfahrung mit den fatalen Folgen für uns und andere, die sich aus einer Weltpolitik des „herrsche und teile" ergeben. Eine derartig gescheite Politik des Gleichgewichts der Kräfte hat uns am Ende immer in den Krieg gezogen. Bei all den schrecklichen Zeugnissen imperialistischer Machtpolitik wäre es eine tragische Torheit, wenn die politischen Führer der beiden Deutschlands eine Politik der Ausnutzung der Spannungen in ihrem geteilten Land aufnehmen würden, in der Absicht, die Großmächte auseinanderzuhalten. Das Spiel des „herrsche und teile" — von Satelliten-Regierungen gegen die Führer von Amerika und Rußland betrieben — kann nur zu denselben katastrophalen Folgen führen, wie wenn es von den Regierungen der Weltmächte gegen die kleinen Nationen gespielt wird.

Keine Pfandobjekte mehr

Daher liegt es im Interesse des ganzen deutschen Volkes, nicht mehr in der Auseinandersetzung der Großmächte Pfandobjekte zu sein und die Initiative zu übernehmen zur Niederreißung der Barrieren in Mitteleuropa. Wenn wir im Westen Vertrauen haben in unsere demokratischen Werte und in unsere Fähigkeit, die heutigen wirtschaftlichen und politischen Probleme zu lösen, dann sollten wir uns nicht scheuen, unsere Ideen dem Osten anzubieten und zu zeigen, daß unsere Systeme ohne die Unterstützung der „Händler des Todes" funktionieren kann. Wir sollten bemüht und willens sein, am runden Tisch zu sitzen und mit den Kommunisten zu diskutieren. Solange wir nicht bereit sind, derartige Initiativen zu ergreifen, um zu überleben, laufen wir Gefahr, das grauenhafte Unglück eines Krieges am Ende zu wiederholen.

Prof. Dr. L. L. Matthias

Von Roosevelt bis Eisenhower . . .

Betrachtungen zur amerikanischen Politik

„Wir behaupten öffentlich, daß wir den Krieg für eine neue und bessere Welt geführt haben. Aber insgeheim haben wir den Krieg geführt, um die Welt, in der wir gelebt haben, wieder aufzubauen."

Archibald MacLeish,
ehemaliger Assistant Secretary of State, in einer Rede im Dezember 1945

Man mag gegen die Politik eines Franklin Delano Roosevelt viele Einwände haben, aber man kann diesem viermaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht zum Vorwurf machen, daß er zu irgendeiner Zeit mit dem Gedanken gespielt habe, Deutschland wieder aufzurüsten. Es geht das mit ausreichender Klarheit aus der berühmten Order JCS 1067 hervor, durch die die Stahlproduktion Deutschlands nach dem Kriege auf den Friedensbedarf reduziert werden sollte. Dieser Bedarf ließ sich nicht auf 1 Mill. t berechnen, aber konnte nicht allzu hoch über den Produktionszahlen für 1932 liegen, d. h. dem letzten Jahr vor der Aufrüstung durch Hitler. Er konnte 1946 vielleicht statt 3,5 Mill. t (wie man ursprünglich angenommen hatte) 5,8 Mill. t betragen, aber nicht wie im letzten Jahr vor dem Kriege, 22 Mill. t. Es ergibt sich also aus dieser Order, daß Roose-

velt sehr klare Vorstellungen über die conditio sine qua non eines künftigen Friedens hatte. Es konnte keinen Frieden geben, wenn die deutsche Stahlproduktion die Voraussetzungen für einen künftigen Krieg schuf. Das war das A und O seiner Nachkriegspolitik. Alle übrigen Fragen hatten nur eine sekundäre Bedeutung und konnten jederzeit Gegenstand von Besprechungen werden.

Mit gleicher Klarheit erfaßte Roosevelt die internationale Lage. Da die größte Militärmacht Europas, Deutschland, am Boden lag, mußte Rußland als die größte europäische Militärmacht aus dem Kriege hervorgehen. Folglich gab es für Amerika nur die Wahl, die Allianz mit Rußland aufrecht zu erhalten oder sämtliche europäische Kleinstaaten gegen Rußland zu mobilisieren. Da eine solche Mobilisierung aber die Wiederaufrüstung Deutschlands erforderlich gemacht hätte und damit einen dritten Krieg wahrscheinlich, so schied die zweite Hälfte der Alternative aus. Amerika hatte keine andere Wahl, als die gegebene Machtsituation hinzunehmen und dadurch den Frieden zu sichern. Roosevelt war in der Verfolgung dieser Politik so konsequent, daß er es sogar, im Gegensatz zu Churchill, ablehnte, sich in östliche Angelegenheiten zu mischen. Die Allianz mußte — koste es, was es wolle — gewahrt bleiben, wenn der zukünftige Frieden gewahrt bleiben sollte.

Es war die Umkehrung dieser Politik, die die Welt in jenen Strudel gerissen hat, in dem sie sich heute befindet. Wie ist es zu dieser Reversierung gekommen?

Der Anlaß war der Tod Roosevelts im April 1945. Aber der tiefere Grund war, daß bereits seit langem ein lautloser Aufstand stattgefunden hatte, geführt von Frondeuren, die nun, nach dem 12. April, keine Veranlassung mehr hatten, sich zu verstecken. Nur ein zweiter Roosevelt hätte mit dieser Fronde fertig werden können. Der Mann aber, dem nunmehr als amerikanischem Vizepräsidenten die Nachfolge automatisch zufiel, Harry S. Truman, war das gewiß nicht. Er war ein bescheidener, gewandter, tapferer, manchmal sogar aggressiver kleiner Mann, der mit einem Herrenartikelgeschäft bankrott gemacht hatte und durch einen der unzähligen parteipolitischen gangs, die „Pendergast-machine", in die Politik und sogar in den Senat gebracht worden war, aber es fehlte ihm jedes Format. Er kannte sich in dem Dschungel der amerikanischen Innenpolitik sehr gut aus und seine Ernennung zum Vize-Präsidenten ist daher nicht ungerechtfertigt gewesen, aber er wußte von der Welt jenseits der amerikanischen Grenzen sehr wenig und wäre wahrscheinlich durch jedes geographische Examen gefallen, wenn er sich dem hätte unterziehen müssen. Außenpolitik war für ihn ein weißer Fleck. Er hatte sich höchstens als Ja- oder Nein-Sager bei Abstimmungen im Senat mit außenpolitischen Fragen beschäftigt und hatte auch niemals größere Reisen gemacht, auf denen er Erfahrungen hätte sammeln können. Er war also, außenpolitisch, ein unbeschriebenes Blatt — und wurde als solches von denen benutzt, die Roosevelts Widersacher gewesen waren. Sie hatten in den ersten beiden — entscheidenden! — Jahren wenig Mühe mit ihm. Bereits im Juli 1945 wurde die Order JCS 1067 widerrufen — sogar ohne vorherige Befragung der Alliierten.

Der erste Schritt auf der schiefen Ebene war getan. Die Widerrufung der Order konnte nicht ohne Trumans Unterschrift erfolgen, und folglich ist es berechtigt, ihn dafür verantwortlich zu machen, aber es ist zweifelhaft, ob er sich der Folgen seiner Handlungsweise bewußt gewesen ist. Man darf diese Befürchtung haben, weil er sich noch ein Jahr später als ein schwankendes Rohr erwies, das jedem Windzug von links oder rechts nachgab. Es zeigte sich das vor allem bei einem Churchill-Besuch im Frühjahr 1946, der auf Einladung Trumans stattfand, aber wahrscheinlich auf Anregung eines langjährigen amerikanischen Churchill-Freundes, Bernard Baruch, zustande gekommen ist. Churchill wollte damals die Gelegenheit des treibenden amerikanischen Staatsschiffes benutzen, um im West-

minster College in Missouri (wo Truman früher gelebt hatte und noch ein Haus besaß) eine Rede zu halten. In dieser Rede entwickelte er zum ersten Mal Gedanken, die uns heute sehr vertraut sind und gegen Rußland gerichtet waren. Truman war tief beeindruckt. Aber bereits wenige Wochen später war er es nicht mehr, denn mittlerweile hatte ein zweieinhalbstündiges Gespräch mit einem seiner Secretaries stattgefunden, mit Henry Wallace, und Wallace hatte ihn davon überzeugt, daß Churchill's Politik letzten Endes Krieg bedeute. Truman hatte daraufhin in einer Kabinettsitzung den Standpunkt von Wallace vertreten und sich sogar mit einer öffentlichen Rede von Wallace, die eine unmißverständliche Antwort auf die Rede Churchill's war, einverstanden erklärt. Aber damit war er zu weit gegangen. Seine Erklärung alarmierte die Frondeure, und wenige Wochen später forderte Harry Truman Henry Wallace in einem Telefongespräch von nicht drei Minuten auf, seinen Rücktritt einzureichen.

Der zweite Schritt auf der schiefen Ebene war getan.

Aber man wird nun die Frage stellen: Wer waren eigentlich die Frondeure, die in jenen Jahren die Politik der Vereinigten Staaten und damit das Schicksal der Welt bis heute bestimmt haben?

Es wäre falsch zu sagen, daß es nur Gegner der demokratischen Partei und also Republikaner waren. Es waren vielmehr Gegner Roosevelts, der durch seinen innen- wie außenpolitischen Kurs allzu viele Angriffsflächen auch für Demokraten geboten hatte. Die Fronde war also überparteilich und sogar bis zu einem gewissen Grad übernational. Sie wurde jenseits der amerikanischen Grenzen vor allem von Churchill geführt, der sich nach seiner Wahlniederlage im Juli 1945 als eine Art Premier im Exil betätigte und seiner Nachkriegspolitik durch den kernigen Satz: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet", Ausdruck gegeben hatte. Churchill unterhielt durch seinen Freund Bernard Baruch sehr gute Beziehungen zu Amerika, und da Baruch als der „godfather" (Pate) von Byrnes, Truman's Secretary of State, bezeichnet wurde, so war es für ihn nicht schwer, unsichtbare Fäden zu spinnen. Aber trotz dieses unleugbaren Einflusses auf die amerikanische Regierung blieb Churchill der Außenseiter. Die nationale Potenz war ein ganz anderer Mann, eine Persönlichkeit, die in Europa wenig bekannt ist, aber in jenen Jahren wahrscheinlich als die mächtigste Amerikas bezeichnet werden muß. Es war das Arthur H. Vandenberg, Vorsitzender des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten.

Es war Vandenberg, der bereits einen Tag nach der Beerdigung Roosevelts eine Sitzung im State Department anberaumte, um die gesamte Außenpolitik Roosevelts zu reversieren. Ein amerikanischer Journalist, dem man häufig Unzuverlässigkeit nachzusagen pflegte, der aber auch diesmal mit seinen Informationen, die vierundzwanzig Stunden nach dieser Sitzung erfolgten, recht behalten hat, Drew Pearson, schrieb damals am 16. April 1945: „Gewisse Gruppen im State Department ... sind bereits lebhaft bemüht, Deutschland nach dem Kriege als ein Bollwerk gegen Rußland aufzubauen." Die Nachricht klang in jenen Tagen so unfaßbar, daß viele es vorzogen, sie als „erfunden" abzutun und den Dementis, die nicht ausblieben, Glauben zu schenken. Aber es kann heute nicht mehr der geringste Zweifel bestehen, daß der erste Stein zu jener verhängnisvollen Politik, die zum Kalten Krieg, dann zum Wettrüsten und schließlich zur militärischen Überlegenheit Rußlands über Amerika geführt hat, damals, einen Tag nach Roosevelts Begräbnis, gelegt worden ist.

Es war auch Vandenberg, der den zweiten Stein legte. Es geschah das anläßlich der Gründung der Vereinten Nationen in San Franzisco, im Mai 1945. Die Idee, die dieser Organisation zugrundelag (und die von Roosevelt stammte), war,

wie es in der Präambel der Charter heißt, „zukünftige Generationen von der Plage des Krieges, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbaren Kummer über die Menschheit gebracht hat, zu befreien". Es mußten also durch die Artikel der Charter die Möglichkeiten der Kriegführung erschwert werden und — abgesehen davon — vor allem dafür Sorge getragen werden, daß die Vereinten Nationen vereint blieben und nicht in zwei oder mehrere Blöcke zerfielen. Eine solche Gruppierung mußte die Veruneinigung der Vereinten Nationen zur Folge haben und — wie der damalige amerikanische Secretary of State, Stettinius, in einer Rede erklärte — der Anfang vom Ende sein. Aber das war nicht Vandenbergs Ansicht. Vandenberg hielt es für erforderlich, daß die Charter einen Artikel aufweist, der gerade diese Gruppierung gestattet und Gruppen von Staaten sogar ausdrücklich das Recht zusichert, im Falle eines „Angriffs" die zur „Verteidigung" erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Zur Illustrierung des Falles erwähnte Vandenberg die Latein-amerikanischen Staaten, die eine natürliche, „regionale Gruppe" bildeten und das gemeinsame Interesse hätten, einer Aggression mit der Waffe in der Hand zu begegnen. Es war nicht leicht, die Mitglieder der erlauchten Versammlung von der Notwendigkeit solcher Artikel zu überzeugen, aber nach heftigem Widerstand siegte Vandenberg und es wurden die beiden berüchtigten Artikel 51 und 52 in die Charter aufgenommen. Secretary of State Stettinius erklärte damals, damit sei der Charter „das Lebenslicht ausgeblasen". Aber Vandenberg triumphierte und durfte vier Jahre später bei der Gründung einer anderen „regionalen" Gruppe, der Nato, mit Recht behaupten, daß diese Gründung ohne seine beiden Charter-Artikel nicht möglich gewesen wäre.

Die juristischen Voraussetzungen für die Isolierung Rußlands waren nun gegeben. Der Begriff „Vereinte" Nationen war, wie ein bekannter Universitätspräsident, Stassen, bemerkte, „ausgehöhlt" worden. Er war leer. Die „Vereinten Nationen" waren die „Veruneinten Nationen" geworden und bestanden von nun ab aus zwei vereinten oder „regionalen" Gruppen.

Vandenberg war in seinem Kampf um die beiden Artikel von fast sämtlichen Militärs gestützt worden. Nur Marshall und Eisenhower waren die Ausnahmen. Alle anderen begrüßten die Möglichkeit, die diese beiden Artikel für eine Gruppierung der Mächte gegen die Sowjetunion hergaben. Es gehörte dazu vor allem MacArthur, Oberbefehlshaber der pazifischen Landstreitkräfte, der seit jeher die Ansicht vertreten hatte, daß man besser getan hätte, gegen die Russen als gegen die Nazis zu kämpfen und seiner Meinung auch noch 1945 in einem Gespräch mit dem Chairman des englischen imperialen Generalstabs, Viscount Alanbrooke, Ausdruck gab. Es gehörte dazu auch der schwer lenkbare und sehr einflußreiche Admiral King, Oberbefehlshaber der pazifischen Seestreitkräfte, der — wie das nicht nur bei amerikanischen Militärs häufiger zu geschehen pflegt — auf eigene Faust Politik trieb und ohne Befragung seines verfassungsmäßigen Vorgesetzten, des Präsidenten, sämtliche Pazifischen Inseln, die einstmals in japanischem Besitz gewesen waren, im Widerspruch zu den zwischen den Alliierten getroffenen Vereinbarungen, zu amerikanischem Hoheitsgebiet erklärte. Es kümmerte ihn wenig, daß eine solche Maßnahme tiefstes Mißtrauen in der Sowjetunion hervorrief und eine Belastung der Beziehungen zwischen Moskau und Washington zur Folge hatte. Er legte, ganz im Gegenteil, Wert darauf, diese Beziehungen zu stören und bediente sich bei Verhandlungen mit den Russen ähnlicher Mittel wie MacArthur, der sich nach der Besetzung Japans sogar den Spaß erlaubte, die Verlesung von Dokumenten durch ständigen Wechsel der Dolmetscher bis zur physischen Erschöpfung des Partners hinzuziehen.

Der Kalte Krieg hatte im Pazifik begonnen, lange bevor er in Europa ausbrach. Und selbstverständlich blieben diese Provokationen im Osten des russischen Territoriums nicht ohne Einfluß auf das Verhalten der Russen im Westen. Die Russen waren auf die gegen sie später verwandten Manöver im Westen durch ihre Erfahrungen im Osten vorbereitet. Es ist sogar wahrscheinlich, daß die unmenschlich harte Politik Stalins gegenüber Polen durch diese Erfahrungen bestimmt oder mitbestimmt worden ist.

Die Erfolge der Fronde durften also bereits 1945 und 1946 als sehr beachtlich bezeichnet werden. Aber sie erreichten erst ihren Höhepunkt mit der „Berliner Blockade". Es ist heute noch nicht möglich, sämtliche Einzelheiten dieses Vorfalls zu rekonstruieren, aber es ist gewiß, daß vieles sich anders abgespielt hat, als es damals dargestellt wurde. Die Kontrollforderung z. B., die die Russen stellten, bezog sich nicht auf die Paßkontrolle militärischer oder ziviler Personen der alliierten Mächte, sondern ausschließlich auf gebürtige Deutsche oder Personen mit deutschen Pässen, die auf ihrer Fahrt nach Berlin die russische Zone durchquerten. Es war kein Geheimnis, daß sich zwischen Frankfurt und Berlin ein Pendelverkehr entwickelt hatte, der fast ausschließlich der Spionage diente, und die Russen wollten diesen Verkehr unterbinden. Eine solche Forderung konnte vielleicht auf Grund der alliierten Vereinbarungen unberechtigt sein (man müßte diese Vereinbarungen kennen, um die Frage zu entscheiden), aber sie war auf keinen Fall ein Grund, Verhandlungen abzulehnen. „Wenn Berlin ... ‚isoliert' ist", schrieb damals ein Amerikaner, James McLane, der in Frankfurt stationiert war, an eine bekannte New Yorker Zeitschrift, so „liegt die Schuld bei den amerikanischen Besatzungsbehörden, die nicht bereit gewesen sind, die berechtigte russische Forderung zu erfüllen und es statt dessen vorgezogen haben, den gesamten Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und Frankfurt stillzulegen. Man hätte verhandeln können." Aber eben das wollte man nicht. Es war abermals ein General, der amerikanische Hochkommissar für Deutschland, General Clay, der andere Methoden vorzog. Beeindruckt durch die pazifische Militärpolitik seiner Waffengenossen MacArthur und King, entschloß er sich, den kleinen Zwischenfall zu dramatisieren und eine „Luftbrücke" nach Berlin zu bauen. Die Welt und vor allem West-Deutschland sollte davon überzeugt werden, daß man alles von den Amerikanern, aber nichts von den Russen zu erwarten hatte. Die Kluft zwischen Westen und Osten wurde vertieft.

Man war nun an einen Punkt gelangt, von dem aus das Ziel, das man sich 1945 gesteckt hatte, bereits sichtbar war. Deutschland konnte jetzt als „Bollwerk" gegen Rußland aufgebaut werden. Aber das war aus politischen Gründen nur in zwei Etappen möglich. Man konnte der Welt mit der Militarisierung Deutschlands nicht ins Gesicht springen. Schließlich hatte man den Krieg geführt, um den „deutschen Militarismus, das Erbübel Europas, für alle Zeiten auszurotten". Es war daher ratsam, zuerst eine kleinere Militärunion von etwa fünf atlantischen Mächten zu schaffen und diese Zahl dann sukzessive zu erhöhen, bis man schließlich Deutschland als Pünktchen auf das i setzen konnte. Wenn sich dann später (wie man im Pentagon hoffte) ergeben sollte, daß West-Deutschland das i war und die anderen europäischen Mächte das Pünktchen, so konnte das als ein Evolutionsprozeß hingestellt werden, gegen den bekanntlich selbst Götter machtlos sind.

Der erste Plan für die Nato war geboren. Er wurde drei Tage nach der Wahl Trumans zum Präsidenten, am 7. November 1948 von dem Militärfachmann der New York Times, Hanson W. Baldwin, in einem Artikel über sechs Zeitungsspalten entwickelt. Auf Grund dieses Artikels sollte zuerst eine „atlantische Militärunion zwischen England, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg" er-

folgen, die dann späterhin „wahrscheinlich um Norwegen und Portugal, möglicherweise auch um Dänemark, West-Deutschland, Spanien und Italien" vergrößert werden sollte. „Wir brauchen diese Länder", erklärte der stets gut informierte Baldwin. „Unsere Situation in Amerika ist, strategisch gesehen, etwa die gleiche, die England im 19. Jahrhundert eingenommen hat... Amerika ist heute eine große Insel, die nur durch zwei „Meeresstraßen", die beiden Ozeane, von der größten Landmasse der Erde, Eurasien, getrennt wird... Die große strategische Bedeutung des (geplanten) Paktes ist damit gegeben... Die Verteidigung von West-Europa ist für den Inselkontinent Amerika von gleicher Bedeutung wie einstmals die Häfen des Kanals für England..." Und um die etwas erstaunte amerikanische Öffentlichkeit zu beruhigen, fügte er hinzu: „Der Pakt wird sich im Rahmen der UNO-Organisation halten und voraussichtlich durch die Artikel 51 und 52 der UNO-Charter, nach denen regionale Gruppierungen gestattet sind, gedeckt werden..." Man konnte die strategische wie politische und staatsrechtliche Seite des Paktes kaum klarer zum Ausdruck bringen. Die Frage, ob die europäischen Nationen der militärischen Hilfe Amerikas ebenso dringend bedurften wie umgekehrt, und ob diese Nationen nicht vielleicht mit dem Pakt zugleich eine Provokation gegenüber Rußland unterschrieben und damit eine Gefahr heraufbeschworen, die bisher nicht bestanden hatte, war in dem Artikel, in dem verständlicherweise nur die Interessen Amerikas vertreten wurden, mit keinem Wort erwähnt. Auch wäre es wohl unmöglich gewesen, diesen Plan Europa zu „verkaufen" (wie man damals in Amerika zu sagen pflegte), wenn man nicht durch die „Luftbrücke" und andere Manöver dafür gesorgt hätte, daß jeder Europäer Rußland für eine Katze hielt, die auf Grund ihrer Natur dem Spiel der Mäuse nur eine begrenzte Zeit zusehen kann.

Auch hatte es glücklicherweise im Februar 1948 einen „Russischen Überfall auf die Tschechoslowakei" gegeben. Es hatte zwar nicht ein einziger Russe tschechischen Boden betreten, aber die Benesch-Regierung war infolge eines Staatsstreichs durch eine kommunistische Regierung abgelöst worden. Jan Masaryk, der Sohn des Vaters dieser Republik, hatte das Verhängnis seit langem vorausgesehen. Er hatte noch auf seiner letzten Amerikareise vor seinem Tode versucht, den Amerikanern klar zu machen, daß sich in seinem Lande die Skoda-Werke befinden, und daß die kommunistischen Parteien des Ostens auf keinen Fall dulden würden, daß diese größte Waffenschmiede Mitteleuropas abermals in die Hände der Deutschen fällt. Das aber, führte Masaryk aus, müssen meine Landsleute befürchten, wenn ihr Pläne für die Wiederaufrüstung Deutschlands macht. Man wird euch zuvorkommen. Man wird dafür Sorge tragen, daß mein Land und die Skoda-Werke tschechisch bleiben... Man hörte ihn an, aber hatte für ihn nur ein verbindliches Lächeln — und Masaryk nahm sich, als der erwartete Staatsstreich erfolgte, das Leben. Es war für Amerika nur erforderlich, den Sachverhalt umzudrehen und zu behaupten, daß die Kommunisten Masaryk umgebracht hätten, um den Namen der Tschechoslowakei von nun ab mit blutiger Tinte zu schreiben. Aber man hatte durch Masaryks Tod doch etwas gelernt, und sämtliche Nachrichten über eine eventuelle Wiederaufrüstung West-Deutschlands wurden mehr als ein Jahr lang prompt dementiert.

Es mußten jedoch Besprechungen über diese Frage mit deutschen Generälen bereits vor dem Januar 1949 — also noch vor der Proklamation der Bundesrepublik — stattgefunden haben. Es ergab sich das nicht nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit aus dem Baldwin-Artikel, sondern auch mit Sicherheit aus einem Artikel Walter Lippmanns, der zu den wenigen gehörte, die informiert waren. Lippmann schrieb am 15. Februar in der „Herald Tribune": „Eins ist gewiß: Wenn Deutschland oder ein größerer Teil dieses Landes wieder zu

einem Militärstaat gemacht wird, so wird es die Union der westlichen Mächte beherrschen; denn Deutschland ist das Zünglein an der Waage der Macht... Es wird stärker sein als Frankreich... Es wird dazu beitragen, den Krieg gegen Rußland zu beschleunigen..." Es dauerte nicht lange und die „Times" wagte es, noch etwas deutlicher zu werden. Am 8. April brachte sie die Nachricht, daß Besprechungen zwischen deutschen und amerikanischen Generälen stattgefunden hätten. Das Pentagon sei vor allem an der Frage interessiert gewesen, ob eine deutsche Armee aufgestellt werden könne und, falls das bejaht werden sollte, ob das amerikanische Kommando akzeptabel sei. Die Deutschen hätten darauf erwidert, daß dies „nicht nur möglich, sondern wünschenswert wäre, da West-Deutschland nicht über die Mittel verfüge, eine solche Armee auszurüsten ... und abgesehen davon, in jedem Falle auf die Unterstützung amerikanischer Fluggeschwader angewiesen sein würde." Diese Nachricht, die abermals ein Dementi zur Folge hatte, wurde dann in den folgenden Monaten von einer der beiden bekanntesten konservativen Wochenschriften Amerikas, der „US News and World Information", laufend ergänzt, bis schließlich niemand mehr den Dementis Glauben schenkte. So meldete „US News" am 19. August, daß „nach Ansicht der US-Militärs Deutschland die einzige wirklich schlagkräftige Armee aufstellen könne" und ein paar Monate später, am 2. Dezember: „US-Generäle dürfen es zwar nicht öffentlich sagen, aber geben es in privaten Gesprächen zu, daß der Wiederaufbau einer deutschen Armee ‚in the cards' ist... Die Generäle sehen keine Möglichkeit, im Westen 40 Divisionen gegen Sowjet-Rußland aufzustellen, ohne heftig auf das verfügbare deutsche Menschenmaterial und die militärischen Erfahrungen Deutschlands zurückzugreifen."

Die Entscheidung über die Aufstellung einer deutschen Armee war gefallen. Es mußte nun nur noch verhindert werden, daß die Hintergründe der getroffenen Vereinbarungen bekannt wurden, und man darf daher vermuten, daß Dr. Adenauer ersucht worden ist, die deutschen Divisionen von sich aus der Nato anzubieten. Es vereinfachte das gleichzeitig die Aufnahme der Bundesrepublik in die atlantische Verteidigungsgemeinschaft.

Wie weit die strategischen Pläne Washingtons bereits 1949 abgeschlossen waren, ergibt sich aus einigen verstreuten Meldungen jenes Jahres, die sich nicht nur auf die Deutsche Bundesrepublik beziehen, sondern auch auf England, Norwegen und Spanien. Danach war West-Deutschland als Kern der Landstreitkräfte vorgesehen, England und Norwegen als Flugzeugbasen und Spanien (obgleich es bis heute nicht zur Nato gehört) als amerikanischer Flottenstützpunkt, was es auch mittlerweile geworden ist. Nicht alle Länder haben bekanntlich den Hoffnungen, die Amerika in sie gesetzt hat, entsprochen; aber die Bundesrepublik hat alle Erwartungen übertroffen. Auf Grund des Rüstungsplans, den Herr Strauss kürzlich dem Nato-Rat in Paris vorgelegt hat, wird die Bundesrepublik 1961 über 200 000 Mann einsatzbereiter Truppen verfügen; zwei Jahre später: über 28 Luftgeschwader und eine Kriegsmarine von mehr als 22 Seegeschwadern und zwei Luftseegeschwadern. Damit hat die Bundesrepublik mehr erreicht als amerikanische Generäle 1949 jemals zu hoffen gewagt hatten. Sie ist de facto der Kern der Nato-Macht in Europa geworden.

Alle Förderungen, die die Republik in diesen elf Jahren von amerikanischer Seite erfahren hat, haben — primär — keinen anderen Zweck verfolgt, als die Bildung dieses Kerns zu ermöglichen. Man könnte beinahe sagen, daß die Republik nur als ein Annex zu dieser Militärmacht geschaffen wurde. Die Stahlproduktion hat heute bereits wieder die Höhe erreicht, die es gestatten würde, Krieg zu führen. Aus der scheinbar winzigen Maßnahme, der Aufhebung der Order

JCS 1067, hat sich etwas entwickelt, was drohend wie der Pilz einer Atombombe in der Luft hängt...

Aufhebung des Stahllimits; Generalstabsbesprechungen in Washington; Nato; Aufbau der Militärmacht; — was zur Vervollständigung des Bildes nur noch fehlt, ist die Rolle, die amerikanische Industrielle und Bankiers bei dieser Rekonstruktion der Vergangenheit gespielt haben.

Es ergab sich von selbst, daß die zweite Reihe der Fronde, Bankiers und Industrielle, in Aktion treten mußte, nachdem Militärs und Politiker vorgearbeitet hatten. Es war ihre Aufgabe, auf wirtschaftlichem Gebiet vollendete Tatsachen zu schaffen, etwa in gleicher Weise wie das auf politischem und militärischem bereits geschehen war.

Aber wie war das möglich? Es konnte nur durch direkte Verhandlungen mit deutschen Bankiers und Industriellen geschehen, und zwar noch vor der deutschen Kapitulation. Wie konnte man als Privatmann noch vor Kriegsende nach Deutschland kommen. Es ist wahrscheinlich Allan' D u l l e s gewesen, der Bruder von F o s t e r , der einen Weg fand. Allan Dulles war während des Krieges Chef des amerikanischen Intelligence Service in der Schweiz gewesen, das dem Office of Strategic Services (OSS) angegliedert war. Warum konnte man amerikanischen Bankiers und Industriellen nicht zu irgendwelchen Schlüsselstellungen im OSS verhelfen? Sie waren dann amerikanische Beamte und verfügten über die erforderliche Bewegungsfreiheit in den besetzten Gebieten.

Es geschah. Früher, sehr viel früher als man im allgemeinen anzunehmen pflegt, traten amerikanische Wirtschaftsführer mit ihren deutschen Kollegen in Kontakt. Derselbe amerikanische Journalist, dessen Meldung über einen geplanten „Aufbau Deutschlands zu einem Bollwerk gegen Rußland" so zuverlässig gewesen war, Drew Pearson, berichtete am gleichen Tage, dem 16. April 1945, daß die geschäftlichen Verbindungen zwischen amerikanischen und deutschen Firmen bereits aufgenommen worden seien. „Die Russen sind äußerst mißtrauisch durch die amerikanische Spionageorganisation des OSS geworden. Seltsamerweise hat diese Organisation einigen einflußreichen Repräsentanten der Bankwelt Schlüsselstellungen gegeben, in denen sie die Politik der Vereinigten Staaten in den besetzten Gebieten Deutschlands beeinflussen können. Die Liste liest sich wie ein Adreßbuch der blaublütigsten sechzig amerikanischen Familien. Man findet die Namen von Paul M e l l o n , dem Sohn von Andrew M e l l o n (einem der größten Bankiers), J u n i u s und Henry M o r g a n vom Bankhaus Morgan, Alfred D u P o n t (von der Milliardenfirma der DuPonts, die u. a. auch General Motors kontrolliert), Lester A r m o u r von den Chicago Armours, William Van A l l e n von der Astor-Familie,... und Allan D u l l e s , Anwalt von verschiedenen internationalen Banken mit ehemaligen Konnektionen in Deutschland..." Es waren die Namen derer, die hinter MacArthur, King, Clay, Vandenberg (und später Foster Dulles) standen. Es war eine aufschlußreiche Liste; aber sie durfte keineswegs als vollständig bezeichnet werden. Es fehlte vor allem das Bankhaus Dillon, Read & Co., das nach dem zweiten Kriege einflußreicher gewesen ist als das Haus Morgan. Die Investitionen von Dillon, Read im Vorkriegs-Deutschland wurden auf wenigstens DM 400 Mill. geschätzt. Der Einfluß von Dillon, Read war so groß, daß es dieser Firma sogar gelungen ist, ihre Präsidenten, Vize-Präsidenten, Inhaber, Aufsichtsratsmitglieder, Geschäftsführer etc. nicht nur im besetzten Gebiet, sondern auch in Washington überall dort zu placieren, wo sie im Interesse der Firma oder der Fronde benötigt wurden. Der mehrjährige Verteidigungsminister unter Truman, James V. F o r r e s t a l (der sich später aus ungeklärten Gründen das Leben genommen hat), bekleidete zuvor die Stellung eines Präsidenten bei Dillon, Read. Ebenso ist General D r a p e r ein Vize-Präsident von

Dillon, Read gewesen, bevor er der zweite Mann im Verteidigungsministerium wurde und dann als erster Verhandlungen mit deutschen Industriellen, vor allem Stahlindustriellen, im Rheinland aufnahm. Fast von gleicher Bedeutung war sein Schwiegersohn Phillip Hawkins, der die Reorganisation deutscher (und japanischer) Konzerne besorgte und eine der einflußreichsten Persönlichkeiten in jenen Jahren gewesen ist. Positionen von gleicher Bedeutung wurden Dillon — von Dillon, Read — gegeben, der zuerst Botschafter in Paris war und dann zum Unterstaatssekretär im State Department aufrücken konnte... Die Liste ließe sich um Seiten verlängern, wenn man zum Einfluß der Firma Dillon, Read noch den der großen internationalen Anwaltfirma Sullivan and Cromwell addieren würde, deren Seniorchef Foster Dulles war, und zu deren Inhabern auch Allan Dulles gehörte.

Es war eine machtvolle Gruppe, mit der es Präsident Truman zu tun hatte und es wäre ihm, dem Nachfolger Roosevelts, sicherlich nicht das Schicksal des Präsidenten Andrew Johnson, des Nachfolgers von Lincoln, erspart geblieben (den man beinahe seines Amtes enthoben hätte, weil er nach dem Bürgerkrieg im Sinne Lincolns eine versöhnliche Politik gegenüber den Südstaaten verfolgte), wenn er nicht mit immer größerem Erfolg versucht hätte, seine eigene Politik der jener Gruppe anzunähern. Die Ernennung des rabiat anti-russischen Dean Acheson zum Secretary of State war in dieser Hinsicht der letzte Schritt, den er machen konnte, bevor diese Gruppe selbst — im Januar 1953 — die Macht übernahm. Es begann die Ära Eisenhower, die unter außenpolitischem Aspekt eine Ära Dulles war. „Die amerikanische Gesellschaft", hatte Dulles bereits im Januar 1947 erklärt, „verfügt in höherem Maße als jede andere über eine größere Anzahl berufener Persönlichkeiten, die die Führung bei dem Wiederaufbau (alter und kranker Gesellschaften) übernehmen können." Und diese Überzeugung, deren Grundlagen bezweifelt werden dürfen, wurde nun in die Tat umgesetzt. Europa wurde in ein Feldlager verwandelt.

Man pflegt heute zu sagen, daß diese Politik der fünfziger Jahre überwunden sei. Aber es wäre falsch, allzu große Hoffnungen auf Konferenzen zu setzen und die Möglichkeit eines Konflikts für die Zukunft auszuschalten. Der anti-russische Fanatismus in den Staaten ist immer noch virulent. Er wird in Europa meistens unterschätzt, weil er meistens nicht mehr dort zu finden ist, wo man ihn sucht — in der republikanischen Partei. Er hat sein Zentrum verlagert. Man findet ihn heute eher bei Demokraten. Der ehemalige demokratische Präsident Truman, sein Secretary of State Dean Acheson und — um nur ein einziges Gruppenbeispiel zu geben — die größte amerikanische Arbeiterorganisation, die AFL-CIO, widersetzen sich jeder Abrüstungspolitik mit äußerstem Nachdruck. Es ist vor allem der wenig bekannte, aber sehr einflußreiche Jay Lovestone — ein Kommunist bis 1941 und in fast erschreckender Weise einem William S. Schlamm ähnlich —, der die Politik von Foster Dulles fortsetzt. In einer Resolution der AFL-CIO vom September 1959, die ohne Lovestone nicht zustande gekommen sein kann und wahrscheinlich sogar von ihm formuliert worden ist, heißt es: „Chrustschow ist rücksichtsloser und herausfordernder in seiner aggressiven Haltung als Stalin... Chrustschows Beharrlichkeit, West-Berlin in ein sog. ‚Freie Stadt' zu verwandeln; sein beharrliches Bestehen auf dem Sowjet-Veto im Sicherheitsrat der UNO; seine beharrliche Forderung der Annahme des sowjetischen Plans der militärischen Entflechtung (disengagement) in Europa und einer ‚atomfreien Zone' ... sind stufenweise Schritte Moskaus zur totalen Entwaffnung der freien Welt." Es hatte seinen guten Grund, daß Bundeskanzler Adenauer Jay Lovestone und George Meany, dem Präsidenten der AFL-CIO,

anläßlich ihres kürzlichen Aufenthaltes in Bonn eine der höchsten Bundesauszeichnungen verliehen hat.

Es wäre also übereilt zu behaupten, daß die Dulles-Periode hinter uns liege. Es trifft das nur mit Einschränkungen zu und gilt selbst dann nur für mehr oder minder starke Gruppen in Amerika, England und den skandinavischen Ländern. Es gilt nicht — oder nur mit Einschränkungen sehr viel beträchtlicherer Art — für die Bundesrepublik. Es wird dort immer noch angenommen, daß der Dulles-Kurs ein Segen für die westlichen Länder gewesen sei.

Es ist zu befürchten, daß es ein Segen war, der sich von dem, den Hitler bis 1938 über Deutschland gebracht hat, nur wenig unterscheidet.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Aufstand in Südkorea — Revolte in der Türkei

Ein alter Mann weint

Syngman Rhee, der fünfundachtzigjährige Staatschef der Südkoreanischen Republik, hat sich unlängst gezwungen gesehen, der Welt das Geschenk seines Rücktritts zu machen. Nach zwölf Jahren einer verfehlten Politik der Unnachgiebigkeit und Stärke, die sein Land innenpolitisch in die Diktatur und außenpolitisch in die Isolierung geführt hat, mußte er jetzt unter dramatischen Umständen abdanken. Um sein Leben zu retten legte er seine Ämter nieder, zuerst das des Vorsitzenden der „Liberalen" Partei und danach das des Staatspräsidenten. Er soll dabei geweint haben.

Syngman Rhees Tränen galten verlorenen Illusionen: seiner gescheiterten Wiedervereinigungspolitik, seinem Traum von der „Befreiung" Nordkoreas, seiner einstigen Stellung als Avantgardist der antikommunistischen Kreuzzugsideologie. Er gehörte zu den kältesten der kalten Krieger. Er war einer jener politischen Methusalems, die als Randsiedler der westlichen Welt ihre Existenzberechtigung aus der Spannung zwischen Ost und West bezogen haben. Noch vor einem halben Jahr wetteiferte er mit seinem dreiundsiebzigjährigen ostasiatischen Kollegen auf Formosa um den Ruhm, den Status quo als erster beseitigen zu dürfen. Kurz nach Chrustschows Besuch in Amerika verkündete Tschiang Kai Schek den Bewohnern seiner Insel, das Jahr 1960 werde zu einer erfolgreichen Offensive gegen das kommunistische China führen. Er sei entschlossen, „ganz China zu befreien" und zwar im Zusammenwirken seiner Wehrmacht mit einem Aufstand in der chinesischen Volksrepublik auf dem Festland (Nürnberger Nachrichten 12. 10. 59). Und gleichzeitig machte Syngman Rhee auf einer öffentlichen Kundgebung am 11. Oktober 1959 in Söul die bemerkenswerte Mitteilung: „Daß wir nicht nach Norden marschieren, liegt nicht daran, daß wir noch nicht stark genug sind, sondern nur daran, daß die internationale Lage so heikel ist und wir auf eine günstige Gelegenheit warten" (Welt, 15. 10. 59).

Der „Gemo", wie sich Tschiang im Anklang an bekannte „Führer"-Gestalten der Vergangenheit von seinen Untertanen nennen läßt, ließ die Verfassung ändern, um zum wiederholten Male zum Staatspräsident gewählt werden zu kön-

nen und versicherte dabei dem „Parlament" in Taipeh, daß er auch ohne militärische Hilfe des Westens gegen „die Lakaien der Sowjets" in „Rotchina" vorgehen werde (Nachrichtendienst der „Welt", 21. 2. 60). Er halte sich für unwürdig, Chinas Helden dereinst im Jenseits gegenüberzutreten, weil er so pflichtvergessen gewesen sei, das Festland nicht vom kommunistischen Joch befreit zu haben. Nur keine Entspannung! Darin waren sich die beiden alten Herren in Ostasien einig. Daran hielten sie fest, und das sagte auch Chung Hwan, der Außenminister Südkoreas, als er im Dezember nach Bonn kam und dem amerikanischen Gewerkschaftsführer Meany die Türklinke in die Hand gab. Zwar erhielt Chung Hwan nach seinen entspannungsfeindlichen Äußerungen nicht wie Mister Meany das „Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband", aber er war mit Erfolg bemüht, die Bande zwischen Bonn und Söul enger zu knüpfen. „Nur Festigkeit", erklärte er der Bonner Presse, und ließ die Befürchtungen durchklingen, daß eine Einstellung des kalten Krieges für das Korea Syngman Rhees von großem Nachteil wäre (Welt, 6. 12. 59). Es scheint, daß schon die ersten Anzeichen einer Entspannung genügten, um Chung Hwans düsteren Pessimismus zu rechtfertigen. In dem hoffnungsvollen weltpolitischen Zwischenzustand, der die Monate nach Camp David charakterisierte, sollte sich zeigen, was das Regime Syngman Rhees in Wahrheit befürchtete: nicht etwa einen zunehmenden Druck oder gar eine Agression seitens der nordkoreanischen Kommunisten, sondern den Erdrutsch im Innern.

Wahlmanipulationen

Im März fanden in Südkorea wieder einmal Wahlen statt; denn Südkorea ist ein demokratisches Land am Rande der westlichen Welt. Den Wahltermin hatte Rhee eigenmächtig vorverlegt, als sein Gegenkandidat plötzlich nach Amerika fuhr, um sich in Washington von einer Krankheit heilen zu lassen. Es ging um die Präsidentschaft wie im Jahre 1956. Damals hatte der Tod einen der Mitbewerber wenige Tage vor der Wahl ereilt. Syngman Rhee siegte über den dritten Bewerber, der immerhin eine beachtliche Stimmenzahl auf sich vereinigen konnte. Ihn wußte Rhee für den Wahlgang 1960 rechtzeitig auszuschalten. Wenige Monate vor der Wahl ließ er ihn wegen „staatsgefährdender" Verbindungen mit den Landsleuten jenseits des eisernen Vorhangs zum Tode verurteilen und hinrichten. Blieb noch der kranke Mann in Washington. Er starb, kurz nachdem er erfahren hatte, daß Rhee sich durch die Manipulation mit dem vorverlegten Wahltermin zum Alleinbewerber um die Präsidentschaft gemacht hatte. Der Weg war frei, und diesmal konnte sogar niemand an dem natürlichen Tod des Gegners zweifeln, wie es anno 1956 geschehen war. Die Wahlen brachten den erwünschten Erfolg für Syngman Rhee, den Fünfundachtzigjährigen. Seine persönliche Macht schien für weitere vier Jahre gesichert.

Wieder einmal hatte sich sein System bewährt. 300 000 Mann einer außerordentlich bevorrechteten und begünstigten Polizeitruppe schützten seit Jahren schon die „Freiheit", d. h. sie boten die Garantie für die Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse. In allen wichtigen Stellungen saßen die Vertrauensleute Rhees. Korruptionsskandale und Bestechungsaffären waren zwar an der Tagesordnung, konnten aber die Öffentlichkeit nicht erschüttern. Das Volk ging regelmäßig alle vier Jahre zur Wahlurne, um die Partei des Präsidenten zu bestätigen. Der Staatschef hielt auf gewisse Formen, und er wußte, was er der Verfassung und der parlamentarischen Demokratie schuldig war. Schließlich kann niemand behaupten, daß eine autoritär geführte Regierungspartei, in der der alleinige Wille des Parteivorsitzenden gilt, und eine patriarchalisch geduldete Opposition das besondere Merkmal der Südkoreanischen Republik ist.

Die Fassade stürzt ein

Aber die Märzwahl dieses Jahres, die Syngman Rhee einen so überwältigen-Wahlsieg brachte, erschienen der jungen Generation doch — gelinde gesagt — zu stark beeinflußt. Die Studenten, denen das weltpolitische Klima günstig schien, gingen auf die Straße und rissen Zehntausende mit sich fort. Sie marschierten in Söul, sie demonstrierten in anderen Städten. Sie forderten den alten Mann zum Rücktritt auf und wollten den Regierungssitz des Präsidenten stürmen. Die Polizei schoß. Es gab zahlreiche Tote und Verwundete. Die Panzer rollten und Christian Herter schrieb Syngman Rhee einen Brief, aus dem dieser lernte, daß wir nicht mehr im Jahre 1950 leben. Die Zeiten haben sich geändert und die Vorposten des kalten Krieges haben in der Epoche der ballistischen Raketen erheblich an Wert verloren. Es genügt nicht mehr, sich als Antikommunist zu gebärden, um schon als Demokrat zu gelten. Herters Brief war das Signal für die Oppositionellen in der eigenen Partei des Präsidenten. Unter dem Druck der Massen, die sich gegen die demokratische Maskierung einer Ein-Mann-Herrschaft auflehnten, zwangen sie den Präsidenten wenige Wochen nach seinem letzten „großen Sieg" zum Rücktritt.

Die Südkoreaner machten von ihrem Recht auf nationale Selbstbestimmung Gebrauch.

In Rhees Umgebung gab es ein paar Selbstmorde. Der Vizepräsident Lee-Kipong, dessen Wahl zum Stellvertreter Syngman Rhees als glatter Volksbetrug entlarvt worden war, entwich vor der erregten Volksmenge aus seiner Villa in das Präsidentenpalais. Dort erschoß sein ältester Sohn erst den Vater, dann die Mutter und den Bruder und zuletzt sich selbst. Ein makabres Nachspiel zu einem Drama des schlechten Gewissens.

Syngman Rhee, einst das eisgraue Symbol westlicher „Freiheit" im Fernen Osten, ist am Ende seiner fragwürdigen Laufbahn angekommen. Die amerikanische Öffentlichkeit muß nun plötzlich erkennen, was ihr zugemutet worden war: 30 000 Amerikaner, die man im Korea-Krieg für die Freiheit sterben ließ, hatten in Wahrheit einer schlechtverhüllten Diktatur die Wege geebnet. Der „Notstand" in und nach dem Korea-Konflikt (der ja nicht ohne Syngman Rhees Mitwirkung zustande gekommen war) bot den willkommenen Anlaß, um hinter einer demokratischen Fassade alle die staatsbürgerlichen Rechte zu unterdrüücken, die zu verteidigen angeblich der Sinn jenes blutigen Konfliktes war.

Südkoreas Studenten stehen erst am Anfang. Noch immer kommt es zu Unruhen, denn vorerst gelang es noch nicht, eine Verfassungswirklichkeit herzustellen, die dem Verfassungsrecht entspricht. Der alte Mann mußte gehen. Seine Erben blieben. Die Zukunft wird lehren, ob sie ihre Regierungsgewalt allein auf die Anwesenheit der amerikanischen Truppen stützen können. Zunächst aber muß als bemerkenswerte Tatsache verzeichnet werden, daß Nordkorea keinerlei Anstalten gemacht hat, in die inneren Wirren des südlichen Staatsteiles einzugreifen.

Nicht nur Korea

Der Aufstand in Südkorea hatte eine erstaunliche Entsprechung in den Studentenunruhen in der Türkei. Dort herrscht der Ministerpräsident Menderes mit Hilfe der gleichen demokratischen Täuschungsmethoden wie Syngman Rhee und ähnliche Erscheinungen in den Randzonen der westlichen Militärsysteme.

Auch Menderes muß für sein Regime fürchten, wenn die Weltpolitik in eine Ära der relativen Entspannung eintritt. Kaum hatte Chrustschow seine Amerikareise beendet, als auch schon die Nachricht von dem Bau eines neuen amerikanischen Raketenstützpunktes am Schwarzen Meer bekannt gegeben wurde (AP,

11. 11. 59). Drohten Syngman Rhee und Tschiang Kai Schek offen mit der Agression und dem Überfall auf kommunistische Staaten, so ließ Menderes seine Beziehungen zum Pentagon spielen, um die Verständigungsbereitschaft der politischen Kreise in Washington zu torpedieren.

Wir wundern uns nicht über die Meldung, daß Menderes den Bau des neuen Stützpunktes „nur noch im Parlament bekanntzugeben hatte". Denn im türkischen Parlament kommt der Wille des Volkes längst nicht mehr zur Geltung und der Ministerpräsident braucht in der Tat nur noch „bekanntzugeben", was er allein entschieden hat.

Die Opposition, geführt von dem ehemaligen Staatspräsidenten I n ö n ü , steht unter massivem Druck. Pressefreiheit gibt es längst nicht mehr. Aber die Türkei ist fest in die Gemeinschaft der freiheitsverteidigenden Natoländer eingegliedert...

Der amerikanischen Zeitung „Indianapolis Star" fiel der Widerspruch zwischen den Regierungspraktiken in der Türkei und der Parole von der Verteidigungsgemeinschaft der freien Völker auf, mit der man dem amerikanischen Steuerzahler die Nato schmackhaft macht. Die Zeitung unternahm es, Herrn Menderes zu kritisieren, und da die Kritik im Lande des großen Bruders laut geworden war, wagte es Sahab B a l c i o g l u , der Herausgeber eines türkischen Wochenmagazins, den Artikel nachzudrucken. Er wurde dafür mit sechszehn Monaten Gefängnis bestraft. Ein Berufungsgericht in Instanbul bestätigte dieses ungeheuerliche Urteil (Welt, 27. 12. 59). Man erfuhr bei dieser Gelegenheit von den bundesrepublikanischen Nachrichtendiensten, daß die Staatsanwaltschaft in Istanbul der türkischen Presse im Verlauf von neun Monaten nicht weniger als 700 Dementis zur zwangsweisen Veröffentlichung übergeben hatte.

Sahab Balcioglu also wanderte für eine amerikanische Kritik an Menderes in den Kerker. So gut können Pressegesetze funktionieren, wenn sie erst einmal erlassen sind!

V e r t e i d i g u n g d e r F r e i h e i t ?

Der Regierungschef in Kemal Atatürks Land denkt jedoch nicht nur an den Ehrenschutz vor der bösen Presse. Er denkt auch an die nächsten Wahlen, denn schließlich ist er ja Ministerpräsident in einem Staat mit demokratischer Verfassung, und es muß von Zeit zu Zeit gewählt werden. Er rechnet sich bei einer Vorverlegung des Wahltermins gewisse Chancen aus, allerdings nur, wenn es ihm gelingt, die Opposition gänzlich auszuschalten. Zu diesem Zweck hat er einen parlamentarischen Ausschuß eingesetzt (in dem selbstredend nur seine Parteifreunde vertreten sind), der die „subversive Untergrundstätigkeit" in der Türkei untersuchen soll. Verdächtig ist jeder, der anders denkt als der Regierungschef — also nicht nur die unbotmäßigen Intellektuellen, die Professoren, Studenten und Atomwaffengegner, sondern auch und in erster Linie die Oppositionspartei.

Der subversive Ausschuß hat die Befugnis, Zeitungen zu verbieten, die Veröffentlichung bestimmter Nachrichten zu verhindern und jede Kritik an den bestehenden Verhältnissen zu unterbinden. Das bedeutet die gänzliche Entmachtung der Opposition noch vor der Wahl.

Jetzt war das Maß voll. Die Unruhen in Südkorea gaben den Anstoß zu dem spontanen Aufstand der türkischen Studenten. In Istanbul, Ankara und Smyrna demonstrierten Tausende für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in der Türkei. Die Universitäten leerten sich. Professoren und Studenten zogen vor die Regierungsgebäude und forderten in Sprechchören den Rücktritt Menderes! Die Polizei, wie in Südkorea das innenpolitische Machtinstrument des demokratisch getarnten Regimes, schoß rücksichtslos in die Menge der Demonstranten und

jagte die akademische Jugend der Türkei brutal auseinander. Bewaffnete Polizisten drangen in das Universitätsgebäude von Ankara ein, blutüberströmte Studenten wurden hinausgetragen.
Menderes ließ das Kriegsrecht über das Land verhängen und empfing die Außenminister der westlichen Allianz — wenige Tage vor Beginn der Gipfelkonferenz — zur feierlichen Sitzung des Ministerrates der Nato!

So konferierten sie also in einer Stadt, in der der Ausnahmezustand verkündet worden war, in der die kleinste Ansammlung von Menschen Gefahr für Leib und Leben bedeutete und in der man Hunderte von Verwundeten in den Häusern verbarg.

Ob sich die westlichen Außenminister nach der Zahl der Toten erkundigt haben, die Menderes seiner Macht zum Opfer gebracht hat? Ob die türkischen Studenten noch Verständnis für die Freiheit aufbringen, von der die Nato-Minister mitten in einem gefesselten Land behaupteten, daß sie verteidigt werden müsse?

Von welcher Freiheit reden sie?

Die Minister reisten wieder ab, und in der Bundesrepublik stellte man zufrieden fest, daß sich der Westen in allen Grundfragen einig sei. Ministerpräsident Menderes kündigte die schnelle Aburteilung und Bestrafung aller an, die für die Unruhen verantwortlich sind, das heißt, die der Parlamentsausschuß zur Untersuchung der „subversiven Untergrundstätigkeit" dafür verantwortlich machen wird.

„Sie werden begreifen, was es heißt, sich der Macht des Staates entgegenstellen zu können", sagte Menderes.

Sie — die türkischen Studenten — werden nicht nur das begreifen, sondern noch einiges mehr. Begreifen wir es auch?

Anton Gailer

Zusammen leben oder zusammen sterben?

Gedanken zur Annäherung der beiden deutschen Staaten

Diese für die gesamte Menschheit so aktuelle und akute Frage müßten die Zeitungen im politischen Spannungsbereich immer wieder an ihre Leser richten, damit diese als Antwort darauf ihre Politiker auf den richtigen Weg drängen oder sie von ihrem Posten verdrängen, wenn es die Sicherung des Weltfriedens verlangt.

Diese fundamentale und tragische Frage, welche die trostlos verfahrene weltpolitische Lage kennzeichnet, ist nach dem jähen Abbruch der Gipfelkonferenz in Paris besonders stark in den Vordergrund gerückt. Wiederum sind nämlich die zagen Hoffnungen der bangen Menschheit auf einen gefestigten Frieden wie eine überspannte Seifenblase geplatzt. Noch mehr wie bisher lastet schmerzlich die beklemmende, quälende Angst vor einem dritten Weltkrieg, dem Vorspiel und der Hauptprobe zum Weltuntergang, auf den Menschen in nah und fern, die noch nicht ihren Selbsterhaltungstrieb durch blinden Fanatismus eingebüßt haben. Schon der bloße Gedanke an das grauenvolle Inferno läßt jene, die nicht aller Vernunft bar sind, kummervoll erbleichen und die Lust am Leben verlieren.

Die drohende Atomhölle kann trotz aller Schreckgespenster gebannt werden, wenn sich die Schicksalsträger in Ost und West, ihrer weltweiten Verantwortung

bewußt, von einem versöhnlichen Geist leiten lassen. Auf einer öden, verseuchten Erde ist auch für die dem Tod entronnenen Politiker das Leben nicht mehr lebenswert.

Zur Entspannung der politischen Lage muß auch das zweigeteilte Deutschland, das bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung der beiden Machtblöcke wie ein Korn zwischen Mühlsteinen zerquetscht wird, seinen Beitrag leisten; es darf nichts unversucht lassen, um die deutsche Zeitbombe, die nur zu leicht den löchrigen Weltfrieden zerfetzen kann, zu entschärfen.

Es gilt deshalb, die Öffentlichkeit aus ihrem verhängnisvollen politischen Schlaf in satter Zufriedenheit wachzurütteln und die Bundesregierung zu einer Politik des Möglichen zu ermahnen.

Nach bekannter Gepflogenheit wird die Regierung auf einen solchen Appell jedoch „sauer" reagieren. Mit Stentorstimme wird sie mit der „Politik der Stärke" als der einzig richtigen Staatskunst gegenüber Sowjet-Rußland trotz aller bisherigen Fehlschläge auftrumpfen. Besessen von dem mittelalterlichen Kreuzzugswahn, der wahrscheinlich den russischen Premierminister Chrustschow zu den unschicklichen Angriffen bewegte, scheint unsere Regierung geradezu eine vernichtende Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus insgeheim oder unbewußt zu wünschen. Kommt es ihr denn nicht in den Sinn, daß — wie schon betont — ein heißer Krieg mit Rußland den endgültigen Untergang des deutschen Volkes, ein Wunschtraum Hitlers in der ausweglosen Endphase des zweiten Weltkrieges, bewirkt!

Eine Parallele mit Hitler drängt sich einem Unbefangenen unwillkürlich auf, wenn der sehr alte Bundeskanzler Adenauer von der göttlichen Sendung des deutschen Volkes wider die kommunistische Staatsidee spricht und der vitale Verteidigungsminister Strauß eine Aufrüstung großen Ausmaßes betreibt. Dabei will das Duo Adenauer-Strauß, erbitterter Gegner Hitlers, mitnichten in den Fußstapfen dieses abgefeimten Staatsmannes wandeln, weder der eine auf politischer, noch der andere auf militärischer Ebene. So wird es wohl neben anderem der im Unterbewußtsein schlummernde, verhängnisvoll übertriebene politisch-militärische Ehrgeiz sein, der beide zur Politik der — vermeintlichen — Stärke verführt und ihre Einsicht trübt, so daß die politische Gleichung ohne Verwendung aller gegebenen Größen, zu denen wohl oder übel auch die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gehören, aufgestellt wird.

Jeder Politiker sollte sich bei allen wichtigen Entscheidungen vor Augen halten, daß einen Mangel an Intelligenz und Weisheit, Wissen und Routine bei widrigen Umständen das eigene Land selbst mit Tränen und Blut, Not und Tod bezahlen muß. Die Geschichte lehrt ferner, daß auch engherzige Unduldsamkeit, verkrampfter Starrsinn, üppige Machtlüsternheit und dünkelhafte Großvolkssucht die verborgenen Klippen sein können, an denen der heilige Friede und das fleißige Werk von Generationen zerschellen.

Es wäre wirklich an der Zeit, daß die führenden Politiker sich nicht zu dicht in eine abtruse, autarke Ideenwelt einspinnen, sondern sich im Gegenteil von starren und überheblichen politischen Vorstellungen und Wunschträumen befreien, um sich einer beweglichen Politik des Möglichen hingeben zu können, statt sich einem tödlichen Wahn zu verschreiben.

Inzucht der Gedanken birgt die große Gefahr in sich, daß sich auch einmal ungute Geistesgene bis zur Vorherrschaft entwickeln und so die Urteilskraft schädlich beeinflussen. So kann sich ein gesundes Mißtrauen zu einem schrullenhaften, wirklichkeitsfremden Charakterzug auswachsen, nämlich zu einem krank-

haften Pessimismus, der von der Zukunft, sofern sie nicht die Folge eigenen Tuns ist, nur Schlechtes erwartet. Befangen in diesem Mythos gilt nichts, was nicht dem eigenen Haupt entsprungen; wie loyal ist dagegen der Göttervater Zeus, der neben Athene auch die anderen Gottheiten zu Worte kommen ließ. Diese Voreingenommenheit macht es erklärlich, daß Vorschläge, Versicherungen und Beteuerungen politischer Gegner nicht ernst genommen, ungünstig ausgelegt oder mißdeutet werden, wenn diese Äußerungen nicht zur vorgefaßten Meinung, zum eigenen politischen Entwurf bzw. zur einseitigen Parteidoktrin passen.

Ständige Unkenrufe hört man nur von einem morbiden Pessimisten — immer verzagt, verdrossen: zuerst wegen der unheilschwangeren Zukunft und dann wegen der beschämenden Fehlprognose — oder von einem alles besserwissenden Widerspruchsgeist. Diese quakenden und quarrenden Menschen mit ihren wilden Schößlingen der Phantasie bringen anderen nur Schaden, wenn sie einflußreiche Politiker sind, deren Gewicht auf das Zeitgeschehen durch eine machtvolle oder gar allmächtige Partei und eine blind ergebene, getreue Hagenschaft vergrößert wird.

Ansonsten begreifliche persönliche und parteiliche Interessen müssen allzeit vor einer höheren, vordringlicheren Aufgabe zurücktreten.

In der deutschen Geschichte wird nur der Politiker als großer Mann gefeiert werden, der die Interessen seiner Partei, notfalls sogar die eigene Person hingegeben hat für die ersehnte Erlösung aus dem Dilemma, in dem sich das zweigeteilte Deutschland befindet. Die allgemeine Losung kann und darf nur sein: Alles für die Einigung von Ost- und Westdeutschland in Frieden! Nichts sollte derzeit von einem deutschen Politiker höher eingeschätzt werden als dieses hehre Ziel, das auch dem Frieden in der Welt dienlich ist; denn springt selbst nur versehentlich ein Funke an die Lunte des deutschen Pulverfasses, gibt es eine fürchterliche globale Explosion. Jählings vernichtet sind dann Wirtschaft und Wohlstand, Zivilisation und Kultur. Aus dem vielgepriesenen Wunderland wird ein jammervolles Wundenland.

Ein Führungsanspruch in einem geeinten Deutschland, den etwa einer der beiden Teilstaaten auf Grund seines Regierungssystems herleitete, wäre ebenso zum Scheitern verurteilt wie die Hegemoniebestrebungen Napoleons und Hitlers in einer erzwungenen europäischen Einheit; denn das administrative System und die bürgerliche Gesinnung sind in der DDR und BRD zu sehr verschieden. Die Ausmerzung des einen Systems zum Zwecke der Einverleibung des einen Teilstaates würde blutige Revolten heraufbeschwören, die sicherlich zur Einmischung von außen und damit zum Weltbrand und folglich zum Ruin ganz Europas führten.

Die DDR muß die Hoffnung fahren lassen, der BRD ihr eigenes System aufzwingen zu können; die BRD darf ihrerseits nicht erwarten, die DDR mit ihrem System beglücken zu können; denn beide Staaten beugen sich nicht unter des anderen Joch. Diese Erkenntnis sollte endlich Ausgangspunkt aller Einigungslösungen sein. Sich mit den Gegebenheiten abzufinden, beweist hellsichtige Klugheit. Nur ein Narr wird alles aufs Spiel setzen, um Unmögliches mit brutaler Gewalt anzustreben.

Der Wille des einen Systems, das andere zu liquidieren, kommt aus dem Glauben an dessen Verderbtheit, weshalb man sich in Schwarzweißmalerei, die allemal der Objektivität entbehrt, nicht genug tun kann. Auf unserer so bunten und schönen Erde, die von Vabanque-Spielern hoffentlich nicht zum Massengrab gemacht und mit Menschenblut ertränkt wird, gedeiht in allen Bereichen der nicht exakten Wissenschaft ein differenziertes Gedankengut. Warum sollte es in der Kunst der

Staatsführung, die doch aus Geschichte und seelischer Eigenart eines Volkes resultiert, anders sein! — Wird einem Volke wider seinen Geist durch die Ungunst und Macht der Verhältnisse eine Staatsform aufgezwungen, büßt diese auch ohne Revolte im Laufe der Zeit ihren volksfremden Gehalt ein; sie verbröckelt nach und nach, wobei sich im selben Maße ein neues, arteigenes System aufbaut.

Ein alleinseligmachendes politisches Glaubensbekenntnis gibt es ebensowenig wie eine in allem unfehlbare und unanfechtbare Regierung. Ein Staatssystem zum politischen Dogma zu erheben, wäre unsachlich, weltfremd und geschichtslos. Darum versperren doktrinäre Politiker den Weg zur deutschen Wiedervereinigung, während Persönlichkeiten mit Achtung vor der politischen Überzeugung des Gegners ihn ebnen.

Der beste Wiedervereinigungsplan — jedes Werturteil ist individuell — hat nur Aussicht auf Erfolg bei beiderseitigem gutem Willen, den man für ein so vordringliches Weltproblem wohl aufbringen sollte. Frivole Mißgunst, anmaßende Selbstgerechtigkeit und primitiver Minderwertigkeitskomplex eines Partners bringen selbst den vielversprechendsten Plan zu Fall. Eine Patentlösung, die den lauten und geheimen Wünschen jedes Teilstaates gerecht wird, gibt es leider nicht; daher müssen sich beide Partner in ihren Auffassungen über die Wiedervereinigung, soweit es eine vertretbare Grundsatztreue erlaubt, nähern. Ein solches Entgegenkommen, das also einen schmählichen Verrat an der eigenen Sache ausschließt, ist ein Gebot der Vernunft und der brüderlichen Liebe; denn man möge bei allen Gegensätzen nicht vergessen, daß man eines Blutes ist und daß Deutsche mit Deutschen über ein ersprießliches Zusammenleben verhandeln.

Jede Regierung möge Männer mit Altruismus an den Verhandlungstisch schikken, die in brüderlicher Zuneigung aufgeschlossen für der anderen Sorgen sind und den festen, unbeugsamen Willen haben, mit Besonnenheit eine von beiden Seiten annehmbare Lösung des heiklen Problems auszutüfteln. Verfährt man nach diesem Vorschlag, wird am grünen Tisch keine frostige, feindselige Atmosphäre herrschen, wie sie Männer, die sich in der Wiedervereinigungsdebatte schon eine empfindliche Blöße gegeben haben, unbedingt verbreiten.

Das verheißungsvolle Thema, das aus der Ost- und Westperspektive erörtert werden muß, kann nur der Deutschlandplan sein, der — ausgerichtet nach der Politik des Möglichen — von einem destruktiven Gegeneinander zu einem konstruktiven Nebeneinander führt: Zur Koexistenz in einer „Deutschen Union", in der die beiden deutschen Staaten autonome Republiken sind.

Um jedes scheele Mißtrauen im Keime zu ersticken, gehen die BRD und die DDR in dem Gründungsvertrag der „Deutschen Union" ohne Vorbehalt die feierliche Verpflichtung ein, niemals weder die Unabhängigkeit des anderen Bruderstaates anzutasten noch dessen Innenpolitik offen oder hinterhältig zu sabotieren. Diese Zusicherung ist wohl der wichtigste Punkt für das Zustandekommen der „Deutschen Union", die sich eventuell im Hinblick auf eine bewegliche Politik des Möglichen und im gegenseitigen Einvernehmen von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat entwickeln kann.

Der zweite Hauptpunkt ist die Garantie der Parität von Ost und West in einem Deutschen Unionsgremium, dessen erste Aufgabe es ist, einen Friedensvertrag vorzubereiten und diesen gegebenenfalls in Übereinstimmung mit den beiden deutschen Regierungen für ganz Deutschland mit den ehemaligen Feindstaaten abzuschließen und den Abzug aller fremden Truppen aus dem Unionsgebiet und Westberlin, dem Sitz des Unionsgremiums, zu erwirken.

Der Unionsausschuß hätte sich ferner darum zu bemühen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten nach Kräften zu fördern. Es müßte für ihn selbstverständlich sein, Vereinbarungen anzustreben, die ein gegenseitiges Unterbieten im Rahmen des Wettbewerbs im Ausland verhindern. Er könnte auch darauf hinwirken, daß der wirtschaftlich stärkere Staat dem anderen zu einer Angleichung seines Wirtschaftspotentials verhilft, dies um so mehr, weil davon die Einführung einer einheitlichen Unionswährung ohne Gefährdung der Kaufkraft abhängt.

Wenn beide Staaten nur das Wohl ihrer Bürger im Auge haben, kann die „Deutsche Union" zum Schmelztigel der beiden Systeme werden, in dem aus dem Guten von Ost und West eine segensreiche neue Staatsform und mit ihr das ungeteilte Deutschland entsteht.

Wegen der dann bestehenden freundschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten kann die „Deutsche Union" zum Vermittler zwischen den zwei Welten in Ost und West und vielleicht sogar zum Kristallisationskern eines neutralen Staatenblocks von Nord nach Süd werden.

Wenn wir zusammen leben und nicht zusammen sterben wollen, wenn Deutschland bestehen und nicht vergehen will, gibt es keine Wahl zwischen zwei Möglichkeiten, sondern nur den vorgeschlagenen Deutschlandplan zur deutschen Koexistenz und Kooperation.

Als Erbe der größenwahnsinnigen Politik „des größten Führers und Feldherrns aller Zeiten", wie sich Hitler bombastisch huldigen ließ, wurde uns die beklagenswerte Zweiteilung des deutschen Volkes zuteil: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sind zweieiige Zwillinge, geboren aus der Anti-Hitler-Allianz. Es fällt nicht ins Gewicht, wer zuerst das Licht der Welt erblickte. Gewiß ist, daß der Erstgeborene nicht die Unterwerfung des Spätgeborenen, die Preisgabe seiner Persönlichkeit verlangen kann. Nur gegenseitige Rücksichtnahme auf die andersgeartete politische Ammenmilch und Erziehung kann die Zwillinge zu gemeinsamer Arbeit auf doktrinär neutralem Gebiet befähigen. Sie allein vermag es, daß beide trotz verschiedener politischer Ansicht und Lebensführung brüderlich unter dem gleichen Dach wohnen. Das Zusammenleben wird ein besseres Verständnis und damit eine milde Beurteilung des Bruders zeitigen und schließlich eine Annäherung in der politischen Auffassung und Zielsetzung erstreben und auch erreichen.

Die Koexistenz zweier gegensätzlicher Staatsformen der Welt vorzuleben, soll Aufgabe der „Deutschen Union" sein. Mit gutem Willen wird diese die schwierige Aufgabe lösen. Hat nicht das Deutschland nach dem Westfälischen Frieden den unversöhnlich erscheinenden religiösen Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten überwunden, so daß heutzutage religiöse Unduldsamkeit atavistisch ist! Hat nicht die Schweizerische Eidgenossenschaft bewiesen, daß verschiedene Volksgruppen sich zu einem Staate zusammenschließen und daß sie in eine gemeinsame Staatsgesinnung hineinwachsen können — der künftigen Europa-Union zum Vorbild! Noch mehr Völkerschaften leben in der UdSSR und der USA friedlich zusammen.

Die brüderliche Union der beiden deutschen Staaten, die als neutrales Land auf alle nuklearen Waffen verzichtet, dient dem Frieden in der Welt. Sich dem Frieden auf Erden zu verschreiben, sollte von jeder Nation als ihre wahre geschichtliche oder göttliche Sendung angesehen werden.

Dr. Viktor Kadalie

Die Absurdität der Apartheid

Der Verfasser des nachstehenden Artikels ist eine der führenden Persönlichkeiten der Emanzipationsbewegung der schwarzen Bevölkerung Südafrikas. Zur Zeit als Arzt in Wuppertal tätig, genießt er in besonderem Maße das Vertrauen der in Westeuropa lebenden Farbigen. Dr. Kadalie war auch Initiator der viel beachteten Demonstration afrikanischer und deutscher Studenten gegen die Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung in Köln am 30. April. Vor wenigen Wochen war er Gast im westdeutschen Fernsehen. D. Red.

Seit März dieses Jahres steht Südafrika im Brennpunkt des Weltinteresses. Fast kein Tag vergeht, ohne daß nicht die Presse über die Ereignisse in der Union berichtet. Kundgebungen und Demonstrationen wurden in zahlreichen afro-asiatischen und europäischen Ländern abgehalten, und überall traf man auf die fast einmütige Verurteilung von Rassendiskriminierung und Rassentrennung, wie sie die Nationalregierung der Union praktiziert. Doch ungeachtet aller Proteste in der Weltöffentlichkeit, die von namhaften europäischen Politikern, Organisationen und hohen kirchlichen Würdenträgern ausgesprochen wurden, ungeachtet der immer weiter um sich greifenden Boykottbewegung gegen südafrikanische Waren und trotz enormer Börsenverluste gab die Regierung der Union wiederholt die Erklärung ab, daß sie ihre Apartheidpolitik genau so fortführen werde wie bisher.

Es stellt sich die Frage nach den Ursachen einer solchen Verirrung. Warum scheint es unmöglich, durch Aufstand von innen her oder durch einen moralisch-wirtschaftlichen Druck von außen die südafrikanische Regierung, wenn schon nicht zur Aufgabe, so doch wenigstens zur Abänderung, zur Milderung ihrer fanatischen Rassenpolitik zu bewegen?

Da sind zunächst bestimmte psychologische und politisch-wirtschaftliche Faktoren, welche die unverständlich starre Haltung der Weißen gegenüber der afrikanischen Bevölkerung bestimmen. Es sind die Denkvorstellungen einer überlagernden weißen Eliteschicht, die ihren alleinigen Herrschaftsanspruch mit der Begründung zu legitimieren sucht, daß nach „göttlichem Willen" die einen Völker zu Herren, die anderen zu Knechten bestimmt seien. Die eigene Rasse ist immer die edelste, von reinstem Blut, und die anderen überlagerten Rassen sind die minderwertigen, zum Dienen oder zur Ausrottung bestimmten, je nachdem wie weit die jeweiligen Rassen-Politiker in ihrem Fanatismus gehen.

Diese Grundeinstellung trifft man außer in Südafrika auch in Ost- und Zentralafrika an, demnach in allen Gebieten, in denen seit Generationen eine weiße Bevölkerungsschicht ansässig ist. Die Auswirkungen der im Prinzip hier überall vorherrschenden Rassendiskriminierung und Rassentrennung auf die afrikanische Bevölkerung treten jedoch in der Südafrikanischen Union am stärksten, am krassesten auf. Z. T. auf Grund ihres unabhängigen Status, ist sie nicht wie die weißen Siedler in den Gebieten in Ost- und Zentralafrika der britischen Imperialmacht für ihr Tun und Lassen verantwortlich; z. T. aber liegt die extreme Rassenpolitik in dem religiös-orthodoxen Calvinismus der Buren begründet, die sich selbst aus einem mystischen Sendungsbewußtsein heraus, ein auserwähltes Volk zu sein, als Bollwerk der europäischen Kultur und Zivilisation sehen, das sie gegen afrikanisches Barbarentum zu verteidigen haben. Es ist für sie undenkbar, mit Afrikanern als gleichberechtigten Menschen zusammen zu leben und zusammen zu arbeiten. Ihre ganzen Denkvorstellungen und ihre gesamte Gefühlswelt rebellieren nicht nur dagegen, sondern können solche Zumutung überhaupt nicht

erfassen! Sie vermögen die neue Realität auf dem afrikanischen Kontinent nicht zu sehen, sie haben keinerlei Beziehung dazu, denn ihr Denken und Handeln ist beherrscht von dem Vortrekker-Geist ihrer Vorfahren, die mit äußerster Zähigkeit und Unerschrockenheit dieses Land eroberten. Von diesem Geist sind die Weißen des Landes noch heute inspiriert bei der Aufrechterhaltung ihrer absoluten Vorherrschaft, ungeachtet aller Entwicklungen, die inzwischen auf dem afrikanischen Kontinent stattgefunden haben.

Es kann nicht überraschen, daß die gewalttätigen Methoden ihrer Rassendiskriminierung und Apartheidpolitik sie keineswegs in einen Konflikt mit ihrem Gewissen als Christen bringen. Im Gegenteil, sie sehen z. B. in der Haltung Englands, das den Kolonien eine Entwicklungschance zur Selbstregierung und Unabhängigkeit gab, eine verantwortungslose Handlungsart. Die Kritik westlicher Politiker und Organisationen an der Apartheidpolitik der Union werten sie als Verrat an den 3 Millionen Weißen in Südafrika, als Verrat an der europäischen Kultur überhaupt. Als vor wenigen Wochen durch die Hand eines Weißen das Attentat auf Verwoerd verübt wurde, sahen die Regierungsanhänger hierin nicht ein Zeichen zur Besinnung, zur Umkehr, sondern gerade eine Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Rassenpolitik, denn Gott hatte den Ministerpräsidenten — einen der fanatischsten Verfechter dieser Richtung — vor dem Tode bewahrt, um sein Lebenswerk fortsetzen zu können.

Man sollte diese Einstellung der Weißen in der Union nicht einfach als Verirrung abtun, sie entsprechend mit Nichtachtung strafen oder sie belächeln. Denn für die afrikanischen Menschen in der Union bedeutet sie harte Realität, unter der sie physisch und psychisch unendlich leiden müssen. Deshalb sind wir gezwungen, uns mit ihr auseinanderzusetzen, sie zu analysieren, so sinn- und zwecklos das wegen der Unlogik dieser Denkart auch erscheinen mag. Es ist eine Verpflichtung den afrikanischen Brüdern in der Union gegenüber, keine Möglichkeit außer acht zu lassen, wenn es um das Schicksal dieser 9 Millionen farbigen Menschen geht, die in einem menschenunwürdigen Zustand ihr Leben verbringen.

Der Rechtfertigung ihres absoluten Herrschaftsanspruches entspricht die politisch-wirtschaftliche Machtstellung der Weißen in der Union.

Das Land ist fünfmal so groß wie die Bundesrepublik. 80 % des Bodens befindet sich in Händen der 3 Millionen Weißen und 20 %, z. T. minderwertigen, von Erosionen bedrohten Bodens, stehen den 9 Millionen Farbigen zur Verfügung. Die Regierung besteht ausschließlich aus Weißen, 150 Parlaments-Mitglieder vertreten 3 Millionen Weiße, die Vertretung der Interessen der 9 Millionen Farbigen ist 3 weißen Abgeordneten überantwortet. Dabei fehlt es keineswegs an fähigen Leuten unter den Afrikanern, die im Parlament die Interessen der farbigen Bevölkerung wahrnehmen könnten. Es gibt eine ganze Anzahl von Ärzten, Rechtsanwälten und Professoren, die die nötige geistige und charakterliche Qualifikation dafür mitbringen. Aber hier wie auch im wirtschaftlich-sozialen Lebensbereich verbietet das Prinzip der Apartheidpolitik eine direkte politische Betätigung der Afrikaner.

In Wechselwirkung mit der politischen Macht steht das Monopol der Weißen im Wirtschaftsbereich. Ihr Lebensstandard ist selbst an europäischen Maßstäben in Europa gemessen außergewöhnlich hoch, und zwar der gesamten weißen Bevölkerungsschicht, einschließlich der untersten Qualifikations- und Verdienstgrenze der sogenannten „poor whites". Die Afrikaner sind von jeder wirtschaftlichen Aktivität ausgeschaltet. Sie bilden das große schwarze Arbeitsreservoir für die Industrie- und Bewergwerkszentren. Sie stellen 80 % des gesamten Arbeits-

potentials für die Wirtschaft der Union. Afrikanische Gewerkschaften sind verboten, da, wie es heißt, die Regierung die Interessen der eingeborenen Arbeiter wahrnimmt. Aus den Nachbarländern, aus den britischen Protektoraten Betschuanaland, Basutoland und Swaziland, aus Nyassaland und den portugiesischen Kolonien strömen zusätzlich Massen afrikanischer Arbeitnehmer in die Union, weil sie in ihren Ländern auf Grund mangelhafter industrieller Entwicklung keine ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten finden. Dieser Zustrom verstärkt das an sich schon vorhandene Überangebot an afrikanischen Arbeitskräften und führt sehr oft zu einem starken Lohndruck. Eine Wettbewerbssituation, wie sie andere Länder mit einer freien sozialen Marktwirtschaft haben, existiert für die afrikanische Bevölkerung nicht. Die Berufe eines Facharbeiters und teilweise eines gelernten Arbeiters bleiben den Schwarzen verschlossen. Afrikanische Ingenieure können ihre im Ausland oder durch Eigeninitiative erworbene Ausbildung nicht in einem entsprechenden Beruf ausüben. Selbst wo die gleiche Qualifikation vorliegt, z. B. bei afrikanischen Ärzten und Lehrern, liegt der Verdienst beträchtlich unter dem eines weißen Arztes, Lehrers usw.

Zur Rechtfertigung ihrer Politik verwenden die Apartheid-Dogmatiker gerne statistische Zahlen, die ausdrücken sollen, wie gut es den Afrikanern in der Union geht, verglichen mit anderen Kolonialgebieten des Kontinents. Es werden dann die 130 000 Häuser angeführt, die man in den letzten 11 Jahren für die Bantu-Bevölkerung baute, und die Gelder, die für Gesundheitsdienst und Pensionen ausgeschüttet werden. Es ist zweifellos richtig, daß wir einen höheren Lebensstandard haben als unsere Landsleute in manchen Kolonialgebieten. Doch ein realistisches Bild ergibt sich nur, wenn Sozialprodukt und Distribution in den jeweiligen Ländern zueinander in Relation gebracht werden.

Seit der Gründung der Südafrikanischen Union im Jahre 1910 vertraten alle Regierungen das Prinzip der absoluten weißen Vorherrschaft im Land. Obwohl die Oppositionspartei an bestimmten Methoden der Apartheidpolitik Kritik übt, stimmt sie mit der Regierungspartei in der Ablehnung einer politischen Gleichberechtigung für die 9 Millionen farbigen Menschen des Landes überein.

Als die jetzige Regierung 1949 ihr Amt antrat, versprach sie, eine für alle Einwohner des Landes zufriedenstellende Lösung der Probleme zu geben. Dieser Plan, der zusätzlich zu der schon bestehenden sozialen die räumliche Segration enthält, wurde ohne jede Konsultation der afrikanischen Bevölkerung entworfen. Er scheint auf den ersten Blick vieles für sich zu haben. Wenn man aber die Realitäten in Betracht zieht, wird er zu einer reinen Utopie. Es ist vorgesehen, das Land in weiße und afrikanische Hoheitsgebiete aufzuteilen; das bedeutet getrennte Entwicklung, getrennt auszuübende Rechte mit endgültiger Trennung von Weißen und Afrikanern in diesen Hoheitsgebieten. Für die Afrikaner soll das sogenannte Bantustan errichtet werden. Die Territorien der Eingeborenen würden dann zu einem autonomen Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiet zusammengeschlossen. Das hieße konkret gesprochen: ein Territorium zusammenzufügen, das heute in 264 Eingeborenen-Reservate zerrissen ist. Größere Gebilde könnten nur entstehen, wenn man das dazwischenliegende Farmland der Weißen aufkauft und das Gebiet bis in die jetzt noch britischen Protektorate Basutoland, Swaziland, Bechuanaland erweitert. Die Regierung wird es sich kaum leisten können, einen Großteil der weißen Farmer (das sind ihre Wähler) durch Zwangsverkäufe landlos zu machen, noch wird es ihr gelingen, die britischen Protektorate anzugliedern, denn dort führen die Afrikaner seit Jahren schon einen erbitterten Protestfeldzug gegen diesen Plan. Obwohl sie sich wirtschaftlich besser stehen würden, wollen sie unter keinen Umständen in die Union und ihre Apartheidspolitik eingegliedert werden. Und dieses Projekt bedeutet weiterhin, daß

67 % der südafrikanischen Bevölkerung, die 9 Millionen Farbigen, auf einen Raum zusammengedrängt werden sollen, der nur 13 % des gesamten Staatsgebietes ausmacht und obendrein noch zu den wenig fruchtbaren Gegenden des Landes gehört. Das Projekt würde sich nach vorsichtigen Schätzungen des Agrarwissenschaftlers Tomlison, der seit Jahren mit der Untersuchung dieses Planes beschäftigt ist, zunächst einmal auf 1,2 Milliarden Mark belaufen. Zugleich würde die Wirtschaft der Union 70 % ihres Arbeitspotentials verlieren. In den Reservaten leben nur noch 4 Millionen Afrikaner, die übrigen 5,6 Millionen sind dem Stammesleben entfremdet. Wie will man z. B. bewerkstelligen, das Städteproletariat, das größtenteils schon gar nicht mehr im Reservat geboren wurde, wieder in eine Stammesgemeinschaft zurückzuführen? Doch abgesehen von der Undurchführbarkeit des Projekts „Bantustan" aus den oben erwähnten Gründen, würde die afrikanische Bevölkerung einem solchen Plan niemals zustimmen. Denn Bantustan würde nichts anderes sein als ein Staat im Staat. Nach Aussagen der Apartheidspolitiker sollen uns Positionen und politische Entscheidungen innerhalb der Grenzen unseres eigenen Hoheitsgebietes zugestanden werden, aber Außenpolitik, Kabinettszusammensetzung und Justizgewalt beispielsweise, und das heißt: die letzten Entscheidungen auf höherer Ebene bleiben das Monopol der Weißen. Deshalb müssen wir solche Art von Plänen der Apartheidspolitiker ablehnen.

Für die Annahme, daß der Segrationsplan für uns dann eine gleichwertige Chance und Aufstiegsmöglichkeiten vorsieht, liegen keine Beweise vor. Das neu erlassene Erziehungsgesetz, der Bantu-Education-Act, der 1953 vom Parlament verabschiedet worden ist, spricht für das gerade Gegenteil eines solchen Vorhabens. Das Gesetz sieht vor, die Schulerziehung der Afrikaner aus den Händen der bisherigen Provincial Authorities und der Missionsschulen zu nehmen und sie der Regierung zu übertragen, dem Minister für Eingeborenen-Angelegenheiten, Department of Native Affairs. Der Minister dieses Departments hat die unbegrenzte Vollmacht, allein über die Art der afrikanischen Schulerziehung zu entscheiden, über die Bestallungsordnung der Lehrer und die Errichtung von Schulen überhaupt. Die Regierung beschuldigt die Missionsschulen, daß sie einfach Schüler nach europäischem Muster erzogen und dadurch die vage Hoffnung unter den Eingeborenen erweckt habe, trotz der vorherrschenden Apartheidspolitik eine Stellung in der europäischen Gemeinschaft einnehmen zu können.

Der Minister für Eingeborenen-Fragen, V e r w o e r d , führte aus: „... Wenn einem Bantu in Südafrika heute in irgendeiner Schule gelehrt werden sollte, daß er erwarten kann, sein Leben unter einer Politik mit gleichen Rechten zu leben, dann ist das ein schwerwiegender Fehler ... Was hat es für einen Zweck, diese Kinder in Mathematik zu unterrichten, wenn sie keinen Gebrauch davon machen können ... Das Rassenproblem kann nicht verbessert werden, wenn den Eingeborenen eine falsche Erziehung zuteil wird, wenn sie für Berufe vorbereitet werden, die ihnen den Umständen in diesem Land entsprechend nicht offenstehen ... Es ist daher notwendig, die Erziehung der Eingeborenen derart zu kontrollieren, daß sie übereinstimmt mit der Politik des Staates ..."

Die Gefahr für uns Afrikaner liegt in der Hintergründigkeit des neuen Education Act verborgen, nämlich darin, daß der Ausgabenfond für diese Schulen um 8½ Millionen Pfund verringert und die Schulstunden um 33 % pro Tag reduziert werden. Der Abschluß für die afrikanischen Kinder wird künftig der Standard II, was der 2. Klasse einer deutschen Volksschule in etwa entspricht. Dadurch wird unsere Schulerziehung minderwertig im Vergleich zu früher. Der Lehrstoff wird künftig in der Muttersprache der Eingeborenen vermittelt und umfaßt Geschichte, Erdkunde und Environment Studies (Natur- und Heimatkunde), sowie die beiden offiziellen Sprachen des Landes, Englisch und Afrikaans.

Es ist eindeutig, daß mit der Begrenzung unserer Schulausbildung auf Standard II einschließlich der quantitativen und qualitativen Beschränkung des Lehrstoffes im Vergleich zur Schulausbildung der Weißen für uns der Weg zum Gymnasium und zur Universität weitgehend verschlossen bleibt. Bisher bestand für uns die begrenzte Möglichkeit, daß sich die Besten unter uns bildungsmäßig hocharbeiten konnten. Wir verfügen deshalb über sehr fähige akademisch gebildete Leute, die heute die politischen Führer der 9 Millionen Farbigen sind. Das Endziel des Bantu Education Act ist demnach, uns als Konkurrenten auf politischem, rein geistigem und wirtschaftlichem Gebiet auszuschalten. Was das für unsere Entwicklung bedeutet, braucht nicht erst erörtert zu werden.

Wir Afrikaner protestieren gegen solche Pläne und Maßnahmen, die über unsern Kopf hinweg beschlossen und durchgeführt werden, weil sie die Vormachtstellung der Weißen im Lande sichern helfen und noch weiter verstärken. Die afrikanische Bevölkerung lebt unter Bedingungen, die mit der Achtung vor der Würde des Menschen nicht vereinbar sind. Ihr Leben ist beherrscht von der „Colour Bar", von Ausweiszwang und Polizeirazzien. Für ein Übertreten der vielfachen Bestimmungen und Gesetze der Rassenschranke gelten als Strafmaß hohe Geldbeträge, Gefängnishaft und seit ein paar Jahren auch Auspeitschung (15 Peitschenhiebe).

Die weiße Bevölkerung lebt in einem Dauerzustand von Furcht und Haß, und sie kann das nur durchstehen, indem sie immer neue Verordnungen zur Einschränkung der menschlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bewegungsmöglichkeit der afrikanischen Bevölkerung erläßt, um dadurch ihre eigene Machtstellung noch mehr als bisher zu verankern. Dieses Streben prägt ihren Lebensinhalt und ihre Lebensformen und bewirkt, daß sie die Beziehungen zu der sie umgebenden Wirklichkeit verloren hat. Die Weißen argumentieren, unter Verfälschung der geschichtlichen Tatsachen, daß ihre Vorfahren in ein unbewohntes Land gekommen sind und ihnen deshalb das Recht zur Inbesitznahme zugestanden habe, aus dem sie heute das Recht auf Alleinherrschaft ableiten. Was sie in 300 Jahren an Kultur und Zivilisation aufgebaut haben, könnten sie nicht aufgeben, um es in Barbarei versinken zu sehen. Für die Errichtung einer Schule oder eines Krankenhauses erwarten sie unterwürfige Dankbarkeit von seiten der afrikanischen Bevölkerung, und der Standpunkt der Farbigen, daß die Einrichtungen der Zivilisation nicht eine Vergünstigung, sondern eine ihnen zustehende und sogar noch unzureichende Entlohnung für den geleisteten Arbeitsanteil an dem Aufbau der Wirtschaft darstellt, interpretieren sie als kommunistische Infiltration, als Aufruhr und umstürzlerische Absicht. In der Argumentation der Weißen gibt es für die Zukunft des Landes nur die Alternative: weiße Vorherrschaft oder Bantudiktatur. Und beide entsprechen nicht der Realität!

Ich möchte an dieser Stelle betonen: wir Afrikaner wollen keine sog. Bantudiktatur im Lande errichten. Diese Behauptungen der Weißen sind unwahr. Wir wollen ein gleichberechtigtes Zusammenleben mit den 3 Millionen Weißen und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem Gebiet. Unsere Führer haben sich im Gegensatz zu den Weißen trotz allen Elends, aller Verbitterung und Verzweiflung einen Sinn für Realität bewahrt, und sie fordern — im Bewußtsein, daß sich die festgefahrene Situation nicht mit einem Schlag auf friedliche Weise beheben läßt — zunächst einmal die B e r e i t s c h a f t der Weißen zur gemeinsamen Beratung. Man muß sich vorstellen, daß die weißen und afrikanischen politischen Gegner einander noch niemals persönlich gegenüber gestanden haben, ganz abgesehen davon, daß unsere Führer L u t h u l i und S o b u k w e , als Vertreter von 9 Millionen Menschen, noch nie

die Möglichkeit hatten, auch nur ein Wort mit dem Ministerpräsidenten der Union zu wechseln, selbst nicht nach dem Aufstand im April und unserem Aufruf zur Boykottierung südafrikanischer Waren.

Unsere Vorschläge gehen dahin: Als erstes müßte eine Bereinigung der völlig vergifteten menschlichen Atmosphäre des Landes erfolgen. Die Schranken, die in der rein menschlichen Beziehung zwischen schwarz und weiß bestehen, müssen schrittweise beseitigt werden. Ohne diese Voraussetzung scheint der Versuch, eine Kompromißlösung auf politischem Gebiet zu finden, aussichtslos. Man könnte damit beginnen, gemeinsame Gottesdienste in den Kirchen abzuhalten, gemeinsame Sportveranstaltungen durchzuführen. Die weiße und schwarze Arbeiterschaft könnten sich in Fragen der Gewerkschaftsbewegung konsultieren. Liberalgesinnte weiße und afrikanische Intellektuelle müßten zueinander finden und ein gemeinsames Komitee bilden für kulturelle, soziale und politische Belange, um den Massen ein Beispiel zu statuieren. Ein solche Kontaktlage würde im Laufe der Zeit immer weitere Kreise ziehen, neue Perspektiven eröffnen und eine neue Bewußtseinslage für ein Zusammenleben der Rassen schaffen. Der Möglichkeiten sind viele, wenn nur die Bereitschaft der Weißen da wäre, mit uns zusammen allmählich einen Abbau der haßerfüllten konfliktgeladenen Atmosphäre zu verwirklichen. Und wenn weite Kreise der weißen Bevölkerung sich erst einmal daran gewöhnt haben, daß die Afrikaner normale und durchaus umgängliche Menschen sind, wenn man ihnen menschlich begegnet, dann wäre schon viel erreicht und der Boden für ein politisches Gespräch vorbereitet.

Die Weißen sind von der Furcht befallen, daß die afrikanische Bevölkerung mit ihrer Majorität bei einer möglichen politischen Machtbeteiligung die weiße 3-Millionen-Bevölkerung unterdrücken würde. Unsere Antwort darauf ist ehrlich und eindeutig: Die beste und sicherste Garantie für die Wahrung der Rechte der weißen Minorität besteht darin, wenn sie jetzt, zu dieser Stunde, noch die Bereitschaft zeigt, sich mit uns zusammenzusetzen und gemeinsam über die vielfältigen Möglichkeiten und Wege zu beraten, die gegenwärtige Situation des Landes zu ändern, so zu ändern, daß seine multirassische Bevölkerung in Frieden und Freundschaft zusammenleben und zusammenarbeiten kann.

Diese Vorschläge und Forderungen der afrikanischen Menschen in der Union sind heute für die Weißen dort nicht länger mehr etwas, das man annehmen oder ablehnen kann. Es gibt keine andere Wahl mehr als nur die, sie zu akzeptieren und mitzuhelfen sie zu verwirklichen. Das Gewissen der Weltöffentlichkeit ist wach, das Stimmengewicht der afro-asiatischen Staaten in der Uno nimmt ständig zu. Die pan-afrikanischen und afro-asiatischen Konferenzen haben zwei Schwerpunkte: Algerien und Südafrikanische Union. Beide stellen den Prüfstein für die Freundschaft und Partnerschaft zwischen der westlichen Welt und Afrika dar. Der afrikanische Nationalismus, die Stimme Afrikas ist eine Realität, und es geht nicht primär um die Frage eines kommunistischen Einflusses auf diesem Kontinent, sondern darum, ob er durch die Einstellung der Weißen in Afrika und des Westens überhaupt gezwungen wird, seine geistig-politischen Bindungen an Europa zu lösen, und das als eine ultima ratio.

Auf der Commonwealth-Konferenz versuchte die englische Diplomatie in bewährter Weise einen offenen Bruch mit Südafrika zu vermeiden und verfaßte eine Resolution, die zum Unmut der farbigen Commonwealthmitglieder geschmeidig und sehr vage gehalten war, um der Union bei einer evtl. Ab-

änderung ihrer Apartheidpolitik die Türe zur Commonwealthgemeinschaft offen zu halten.

Wir Afrikaner haben auch diese Verhaltensweise registriert und wurden wie schon in der Vergangenheit so oft bitter enttäuscht. Dadurch werden unsere ehrlichen Bemühungen, unsere Bereitschaft zum Kompromiß auf eine Probe gestellt, die zu hart zu werden droht, als daß wir sie noch lange in bisheriger Weise durchstehen können und wollen.

Erwin Fischer

Um die Diktaturgewalt der Bundesregierung

Das Grundgesetz für die Bundesregierung Deutschland ist seit elf Jahren in Kraft. Zehn Änderungen hat es bereits über sich ergehen lassen müssen. Die vierte Änderung im Jahre 1954 betraf die Verteidigung einschließlich der Wehrpflicht und des Schutzes der Zivilbevölkerung, die der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes übertragen wurden. Dies war der erste Einbruch in bei der Schaffung des Grundgesetzes vorherrschende Tendenzen, die vor allem in Art. 26 einen klaren Ausdruck gefunden haben. Durch diese Bestimmung sind nämlich Handlungen als verfassungswidrig gekennzeichnet, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Die Vorbereitung des Angriffkrieges ist lediglich als Beispiel erwähnt, so daß keineswegs der Umkehrschluß erlaubt ist, die Vorbereitung eines Verteidigungskrieges sei erlaubt. Mit Recht weist nämlich Prof. Maunz (z. Zt. Bayer. Staatsminister für Kultus und Unterricht) auf die sich daraus ergebenden rechtlichen Schwierigkeiten hin, „daß die Begriffe des Angriffs und des Angriffskrieges im Völkerrecht keineswegs feststehen und daß bei einer etwaigen Vorbereitung eines Krieges, die sich ja über lange Zeit erstrecken müßte, noch keineswegs feststeht, welcher Art (Angriff oder Verteidigung) ein vielleicht später einmal ausbrechender Krieg sein" werde [1]). Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß bei den Beratungen des Art. 26 es zuerst ein CDU-Abgeordneter (Kaufmann) war, der in Übereinstimmung mit dem sogenannten Chiemsee-Entwurf vorschlug, den Krieg ausdrücklich „als Mittel der Auseinandersetzung der Völker" abzulehnen.

Der zweite Einbruch erfolgte im Jahre 1956. Damals wurden durch zahlreiche Änderungen und Ergänzungen des Grundgesetzes die Voraussetzungen für die Aufrüstung geschaffen, die im Juli 1956 zu der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht führte. Während die Änderung des Grundgesetzes die erforderliche Zweidrittelmehrheit fand (390 Stimmen dafür, 20 dagegen), stimmten für das Wehrpflichtgesetz nur 270 Abgeordnete, während es von 177 Abgeordneten der SPD und des GB/BHE abgelehnt wurde. Der entscheidenden vierten Änderung und der ebenso bedeutungsvollen siebten soll nun die elfte Änderung bzw. Ergänzung des Grundgesetzes folgen, die uns für Zeiten des Ausnahmezustandes die Diktaturgewalt der Bundesregierung bescheren soll. Man hat bisher nur von Notstandsrecht gesprochen, weil man offenbar das Wort „Diktatur" auszusprechen sich scheut. Man soll das Kind aber ruhig bei seinem Namen nennen; auch ein so an-

[1]) Maunz, Theodor, Deutsches Staatsrecht (7 A) 1958, S. 265;

gesehener und konservativer Staatsrechtler wie Prof. Anschütz hatte keine Bedenken, in seinem Kommentar zur Reichsverfassung von 1919 die entsprechenden Bestimmungen dieser Verfassung (Art. 48, Abs. 2—5) als Diktaturgewalt zu bezeichnen. Selbst wenn im einzelnen Unterschiede zwischen Art. 48 RV 1919 und dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Ergänzung des GG bestehen, handelt es sich doch um die gleiche Sache. Es ist daher geboten, die Befugnisse, die der Bundesregierung übertragen werden sollen, als diktatorische Gewalten klar zu kennzeichnen, damit das Vorbild schreckt.

Die Bundesregierung behauptet in der Begründung zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 20. April 1960 [2]), im Grundgesetz sei eine Lücke vorhanden, die zu schließen Pflicht einer verantwortungsbewußten Staatsführung sei. Dies sei schon deshalb geboten, damit die Rechte zum Erlöschen gebracht werden, die sich für die früheren westlichen Besatzungsmächte in Art. 5 des revidierten Deutschlandsvertrages vorbehalten hätten. Er trifft zu, daß dieser Bestimmung zufolge die von den Westmächten innegehabten Rechte in bezug auf die Sicherheit der in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte erlöschen, „sobald die zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vollmachten durch die deutsche Gesetzgebung erhalten haben und dadurch in den Stand gesetzt sind, wirksame Maßnahmen zum Schutze der Sicherheit dieser Streitkräfte zu treffen, einschließlich der Fähigkeit, einer ernstlichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu begegnen". Trotzdem hält die als Rechtfertigung dienende Begründung einer Nachprüfung nicht stand. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß sich die Westmächte in dem von der Bundesregierung zitierten Deutschlandvertrag gewisse Rechte vorbehalten haben, durch die unsere Souveränität nach wie vor beeinträchtigt ist. Sie nehmen nämlich weiterhin in Anspruch, „die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung" auszuüben. Es ist also keineswegs so, daß durch die geplante Ausnahmegesetzgebung unsere volle Souveränität wiederhergestellt werde.

Bundestagsabgeordneter Dr. Menzel hat vor allem darauf hingewiesen, daß sich aus dem Schriftwechsel zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und den westlichen Alliierten, auf den sich gerade die Bundesregierung im Jahre 1955 bezogen habe, ergebe, daß Art. 5 nur für den Verteidigungsfall gelte, nicht aber für „Notlagen, die durch innere Unruhen, Streiks, Wassergefahren, Seuchen usw. entstehen können" [3]). Diese früher von der Bundesregierung vertretene Auffassung entspricht dem Sinn und Zweck dieser Bestimmung. Auch Prof. Maunz, ein gewiß unverdächtiger Zeuge, hat im Hinblick auf das Gesetz, das sich aus Art. 5 des Deutschlandvertrages ergeben solle, festgestellt: „Bei der Regelung, die dieses Gesetz zu treffen haben wird, ist nicht an eine umfassende Ausnahmegewalt jenseits der normalen Rechtsordnung im Falle einer besonderen Situation zu denken, sondern nur an ein Planen bestimmter Maßnahmen für den Fall äußerer (d. h. im Verhältnis zu auswärtigen Staaten bestehender) Bedrohung oder eines Angriffs auf die Bundesrepublik. Jedenfalls will der Deutschlandvertrag — ungeachtet seines Wortlauts — keinen Ersatz besatzungsrechtlichen Notstandsrechts durch eine umfassende Ausnahmeregelung etwa für alle Gefahren vorsehen, die den Bestand des Staates von innen und außen, seine normale Verfassungslage oder schlechthin die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedrohen könnten". [3])

---

[2]) Bundestagsdrucksache 1800;
[3]) AaO S. 148;

Bemerkenswert sind die weiteren Ausführungen von Maunz. Er meinte — dies war 1957/58 —, es sei aber nicht ausgeschlossen, daß die genannte Regelung im Deutschlandvertrag wenigstens der Anlaß sein werde, „um auch den Ausnahmezustand im allgemeinen gesetzgeberisch zu behandeln". Wie wichtig diese Regelung sei, zeige der in der Weimarer Zeit zum geflügelten Wort gewordene Satz von Carl Schmitt, der auch in die staatsrechtliche Terminologie des Auslands übernommen worden sei: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet." [4])

Warum hat nun die Bundesregierung, der jetzt so viel daran liegt, die Rechte der mit uns befreundeten Westmächte zum Erlöschen zu bringen, acht ganze Jahre gewartet, bis sie die Gesetzesvorlage eingebracht hat? Sie hat lediglich so lange gezögert, weil sie glaubte, zu einem früheren Zeitpunkt dem deutschen Volke eine Ausnahmegesetzgebung mit der Möglichkeit einer Übertragung von diktatorischen Vollmachten auf die Bundesregierung nicht zumuten zu können. Offenbar ist sie jetzt der Meinung, daß ein Ermächtigungsgesetz von der öffentlichen Meinung anstandslos hingenommen werde, weil dadurch nur der Schlußpunkt unter eine Entwicklung gesetzt werde, die von der Ausgangslage so weit weg geführt hat, daß deren Prinzipien in Vergessenheit geraten sind. Als man nämlich 1949 in den Katalog der Grundrechte das Recht der Kriegsdienstverweigerung aufnahm und so dieses Recht in einzigartiger Weise schützte, dachte man nicht im geringsten an eine Aufrüstung. Es ist bezeichnend, daß der mit historischem Stilgefühl und nicht mit militärischen oder antipazifistischen Gesichtspunkten begründete Antrag von Prof. Heuss, Art. 4 III GG zu streichen, mit 15 gegen 2 Stimmen im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates abgelehnt wurde. So wie allgemein friedenstörende Handlungen als verfassungswidrig und strafbar erklärt wurden, hielt man ein entsprechendes Individualrecht für geboten. Es war nicht so, daß man mit Rücksicht auf die Besatzungsmächte und das Erinnerungsvermögen der Welt sich so spezifisch gebärdete; es entsprach vielmehr einer allgemeinen Anschauung, auf Gewalt und Krieg zu verzichten.

So erklärt es sich auch, daß der Parlamentarische Rat bewußt darauf verzichtete, eine Ausnahmegesetzgebung vorzusehen und irgendeiner Instanz eine Diktaturgewalt anzuvertrauen. Man ist keineswegs stillschweigend über die Angelegenheit hinweggegangen. Art. 48 der Reichsverfassung von 1919 stand abschreckend vor aller Augen, und man hatte zunächst geplant, in bewußter Abweichung von dieser Bestimmung einen Notstandsartikel in das Grundgesetz einzufügen. Es wurde in verschiedenen Ausschüssen darüber debattiert, zum Teil sehr lebhaft. Schließlich wurde auf Vorschlag des Allg. Redaktionsausschusses in der 4. Lesung des Hauptausschusses der vorgesehene Artikel gestrichen.

Die Gesetzesvorlage hat folgenden wesentlichen Inhalt: in das Grundgesetz soll ein neuer Abschnitt X a eingefügt werden, der aus dem Art. 115 a bestehen soll. Der Bundestag soll befugt sein, zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes den Ausnahmezustand zu verkünden, wenn der in Art. 91 geregelte Einsatz von Polizeikräften nicht ausreicht. Es genügt also die einfache Mehrheit der abstimmenden Bundestagsmitglieder. Wenn aber der Beschlußfassung des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen und Gefahr im Verzug ist, genügt eine Anordnung des Bundespräsidenten mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers. In diesem Fall sollen zuvor die Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates gehört werden; nötig ist dies aber nicht. Nun ist die Bundesregierung im Besitze der Diktaturgewalt. Sie kann gesetzesvertretende Verordnungen er-

[4]) Carl Schmitt, Politische Theologie 1922, S. 9;

lassen, und zwar nicht nur auf Gebieten, die zur Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes gehören. In diesen Verordnungen können die Grundrechte der freien Berufswahl, der Freizügigkeit, der Versammlungsfreiheit, der Vereinigungsfreiheit sowie diejenigen des Art. 5 über das sonst zulässige Maß eingeschränkt werden. Außer dem Recht der freien Meinungsäußerung, dem Recht auf freie Information, der Pressefreiheit und der Freiheit auf Berichterstattung durch Rundfunk und Film können demnach sogar Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre (Art. 5 Abs. 3) eingeschränkt werden. Auch die Freiheit der Person wird wesentlich begrenzt werden. Art. 104 zufolge darf über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung nur der Richter entscheiden. Bei Festnahme durch die Polizei muß spätestens am Ende des nächsten Tages die Freilassung erfolgen, falls nicht inzwischen der Richter einen Haftbefehl erlassen hat. Im Ausnahmezustand soll lediglich eine unbefristete richterliche Überprüfung übrig bleiben. Demgegenüber ist von geringerer Bedeutung, daß im Falle von Enteignungen Art und Ausmaß der Entschädigung einer späteren Regelung vorbehalten bleiben, ferner daß Steueraufkommen und Ertrag der Finanzmonopole anders verteilt und der Finanzausgleich anders geregelt werden kann.

Die vorgesehene Einschränkung gewisser Grundrechte wird in äußerst wirksamer Weise durch die Bestimmung ergänzt, daß alle Polizeikräfte und, falls sie nicht ausreichen, auch die Streitkräfte eingesetzt und zur einheitlichen Führung einem Beauftragten unterstellt werden können. Dabei ist zwischen einem äußeren und inneren Notstand nicht unterschieden. Dies ergibt sich auch aus § 2 der Gesetzesvorlage, wonach Art. 143 des Grundgesetzes aufgehoben wird. Bekanntlich enthielt Art. 143 in der ursprünglichen Fassung Bestimmungen strafrechtlicher Art gegen Verfassungsverrat. Durch ihre Übernahme in das Strafgesetzbuch gemäß Art. 7 des Strafrechtsänderungsgesetzes vom 30. 8. 1951 (s. §§ 80 ff StGB) ist Art. 143 weggefallen. Als durch die 7. Änderung des Grundgesetzes die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Aufrüstung mit Zustimmung der SPD geschaffen wurden, formulierte man auf ihren Wunsch einen neuen Art. 143, demzufolge die Voraussetzungen, unter denen es zulässig ist, die Streitkräfte im Falle eines inneren Notstandes in Anspruch zu nehmen, nur durch ein verfassungsänderndes Gesetz geregelt werden können. Dies soll nun geschehen und wiederum zum Wegfall des Art. 143 führen. — Zum Schluß ist noch vorgesehen, daß der Bundestag von allen getroffenen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen sei. Er soll berechtigt sein, jederzeit den Ausnahmezustand und die auf seiner Grundlage getroffenen Maßnahmen aufzuheben.

Der Bundesrat hat zu dem Entwurf bereits Stellung genommen. Er hat das Bedürfnis für eine Ergänzung des Grundgesetzes zur Regelung des Notstandsrechts bejaht, jedoch einen Gegenvorschlag unterbreitet. Seine Abänderungsvorschläge gehen im wesentlichen dahin, daß dem Beschluß des Bundestags der Bundesrat zustimmen müsse, im Falle einer Verhinderung von Bundestag und Bundesrat aber nicht der Bundeskanzler, sondern ein Notstandsausschuß zuständig sei, der aus je 11 Mitgliedern des Bundestags und des Bundesrats bestehe. Nur wenn dieser Ausschuß nicht zusammentreten könne, sei eine Anordnung des Bundespräsidenten mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers zulässig. Auch gehen die Einschränkungen der Grundrechte nicht so weit wie in dem Regierungsentwurf. In der Begründung betont der Bundesrat vor allem, daß die Voraussetzungen hinsichtlich des inneren Notstandes dahin abzugrenzen seien, daß Arbeitskämpfe die Ausrufung des Ausnahmezustandes nicht zu rechtfertigen vermögen. Gegenüber diesen Abänderungsvorschlägen hat die Bundesregierung die Auffassung vertreten, daß sie in wesentlichen Teilen den Erfordernissen des Notstands nicht gerecht werden. Daraus ist zu entnehmen, daß die Bundesregierung, wenn sie schon den

Vorschlägen des Bundesrates so ablehnend gegenübersteht, vermutlich nicht geneigt sein wird, der Opposition weiter entgegenzukommen.

Jede Erörterung des Gesetzentwurfs muß von der Tatsache ausgehen, daß gemäß Art. 79 des Grundgesetzes die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestags und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates erforderlich ist. Gegen den Willen der SPD wird der Entwurf daher nicht Gesetz. In ihren Händen liegt einzig und allein die Entscheidung. Wird sie sich der von Bundesinnenminister vertretenen Auffassung anschließen, daß sie zustimmen müsse, weil sie genau so vaterlandsliebend sei und nicht die Absicht hätte, in eine Katastrophe hineinzukommen, oder wird sie ihre Vaterlandsliebe und ihren Willen, eine Katastrophe zu vermeiden, dadurch bekunden, daß sie sich zu einem strikten Nein aufrafft?

Schon einmal stand die SPD vor dem Scheideweg. Dies war am 6. März 1956, als es um die Grundgesetzänderung für die Bundeswehr ging. Vor der Schlußabstimmung erklärte damals Mellies für die SPD: „Von unserer politischen Gegnerschaft gegen die Wiederbewaffnung des geteilten Deutschland weichen wir keinen Finger ab, weil wir den Weg zur Einheit in Freiheit unseres ganzen Volkes durch diese Wiederbewaffnung als gefährdet erkennen. Da gegen uns eine Wiederbewaffnung beschlossen ist, sehen wir es jedoch als unsere Pflicht an, für die Demokratie innerhalb und außerhalb der in der Entstehung begriffenen Bundeswehr Sorge zu tragen. Wir sind daher überzeugt, unsere Verantwortung gegenüber der Demokratie dadurch zu erfüllen, daß wie diese Ergänzungen des Grundgesetzes bejahen. Unsere Verfassung ist mit den sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Wir bekennen uns zu diesem Staat, den wir mitzutragen und mitzugestalten entschlossen sind und immer bleiben werden" [5]). Auf Grund dieser Entscheidung sind dann die Art. 12, 49, 60 I, 96 III und 137 abgeändert sowie die Art. 17 a, 36 II, 45 a, 45 b, 59 a, 65 a, 87 a und b, 96 a und 143 in das Grundgesetz eingefügt worden. Aus einem Grundgesetz, das den Krieg nur negativ behandelte, war ein Grundgesetz geworden, das sich zur Bewaffnung bekannte und vor allem die Wiederbewaffnung verfassungsrechtlich sanktionierte. Für diese Entwicklung hat die SPD die Mitverantwortung übernommen.

Wenn es der Bundesregierung jetzt darum geht, die verfassungsrechtlichen Grundlagen für ihre zukünftige Diktaturgewalt zu verlangen, so versagt diesmal die Begründung, aus „Verantwortung gegenüber der Demokratie" sei es geboten, den Entwurf im günstigen Sinne zu beeinflussen und alsdann ihm zuzustimmen. Zugestimmt wird nämlich stets der Möglichkeit einer Bundesregierung mit diktatorischen Vollmachten. Es soll nicht geleugnet werden, daß die Voraussetzungen verschärft werden können, unter denen der Ausnahmezustand verhängt werden dürfe, daß die Ermächtigungen eingeschränkt werden können, insbesondere indem die Eingriffe in die Grundrechte beschnitten werden. Der Gegenentwurf des Bundesrats enthält in dieser Beziehung sicherlich gutgemeinte Vorschläge. Im Ergebnis ändert sich aber kaum etwas. Es bleibt bei diktatorischen Vollmachten für die Bundesregierung samt der Möglichkeit, die Bundeswehr bei einem inneren Notstand einzusetzen. Hierzu sollte die SPD ihre Mitwirkung verweigern. Oder soll die Reihe der Sündenfälle, die mit der Bewilligung der Kriegskredite im Jahre 1914 begonnen hat, fortgesetzt werden?

Es ist auch keineswegs so, daß das Grundgesetz keine Möglichkeiten kennt, Krisen zu begegnen. Abgesehen davon, daß die Verfassungen der Länder Notstandsmaßnahmen kennen, hat das Grundgesetz einige Gebiete des Notstandsrechts geregelt. In Art. 37 ist der Bundeszwang enthalten. Danach kann die Bun-

[5]) Das Parlament, 14. 3. 1956, S. 4;

desregierung mit Zustimmung des Bundesrats die notwendigen Maßnahmen treffen, ein Land zur Erfüllung seiner ihm nach dem Grundgesetz oder einem anderen Bundesgesetz obliegenden Bundespflichten anzuhalten. Art. 91 eröffnet die Möglichkeit, zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes durch ein Land die Polizeikräfte anderer Länder anzufordern. Notfalls kann die Bundesregierung die Polizeikräfte der Länder ihren Weisungen unterstellen. Ferner richten sich gegen verfassungswidrige Parteien die Bestimmungen der Art. 9 II und 21 II des Grundgesetzes. Und schließlich ist durch die bereits erwähnte Grundgesetzänderung vom 19. März 1956 der Verteidigungsfall geregelt. In diesen Zusammenhang gehört mittelbar auch Art. 81, der eingehend die sich aus einem Gesetzgebungsnotstand ergebenden Fragen beantwortet. Insgesamt eine Fülle von Möglichkeiten, die im Fall der Not genutzt werden können. Daher besteht keine Veranlassung, einer Panikstimmung zu erliegen und einer Bundesregierung die Waffen in die Hand zu geben, die sich letzten Endes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu richten vermögen.

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Dr. K a t z , hat kürzlich behauptet, bei Erlaß der Notstandsbestimmungen handle es sich darum, den notwendigen und weiteren Ausbau des bereits im Grundsatz niedergelegten Prinzips der „kämpferischen Demokratie" zu verwirklichen. Mit dieser Begründung bejahte er eine Grundgesetzänderung. Er fügte allerdings hinzu, daß der Regierungsentwurf gesetzestechnisch völlig unzulänglich sei[6]). Gewiß findet dieses Prinzip in verschiedenen Bestimmungen des Grundgesetzes seinen Ausdruck. Es besagt, daß man den Feinden der Freiheit keine Freiheit gewähren solle, da sie die Freiheit mißbrauchen, um sie abzuschaffen. Eine Selbstaufgabe kann sicherlich einem Staate nicht zugemutet werden, der die freiheitliche demokratische Grundordnung verwirklicht hat. Um dieses Problem geht es aber bei der geplanten Notstandsregelung gar nicht. Sie soll nämlich nach Begründung des Ausnahmezustandes der Bundesregierung diktatorische Vollmachten gewähren, die zwangsläufig zu einer Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung führen. Der Ausnahmezustand führt nicht zu einer Beschränkung der Freiheit für die Feinde der Freiheit, sondern zu einer Ausschaltung der Legislative in Bund und Ländern, d. h. zu einer Übertragung der gesetzgebenden Gewalten auf die Exekutive. Außerdem können gewisse Grundrechte außer Kraft gesetzt werden, und zwar nicht nur mit Wirkung für die Feinde der freien demokratischen Grundordnung. Und wer gibt die Gewähr, daß die Bundeswehr nur zur Aufrechterhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eingesetzt wird? Gerade das Prinzip der „kämpferischen Demokratie" gebietet daher, es bei dem Grundsatz der Gewaltenteilung zu belassen, jeden Einbruch in die Grundrechte abzuwehren und jedem noch so klein scheinenden Schritt zu einer Machtverschiebung die Zustimmung zu versagen, die eine Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ermöglicht.

---

[6]) FAZ vom 2. 3. 1960: „Notstand und Bundesverfassungsgericht".

Peter Meier

Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Afrikanische Impressionen

Auf Einladung des „Büros für afrikanische Angelegenheiten" der Regierung von Ghana nahm cand. theol. Peter Meier aus Münster/Westf. an der „Positive Action Conference for Peace and Security in Africa" teil, die in Accra vom 7.—10. April 1960 stattfand, und vertrat dort den „Ständigen Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik". Er hatte im Zusammenhang mit dieser Konferenz Gelegenheit, mit dem Premierminister Ghanas, Dr. Kwame Nkrumah, sowie mit mehreren Vertretern der unabhängigen afrikanischen Staaten und der Freiheitsbewegungen der Gebiete, die noch unter Kolonialherrschaft stehen, Gespräche über die politische Entwicklung Afrikas zu führen. Der nachfolgende Aufsatz ist eine der Früchte dieser Reise. D. Red.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Commonwealth-Länder, die jüngst in London stattfand, hat das Interesse der Weltöffentlichkeit erneut auf die Tatsache gelenkt, daß die farbigen Mitglieder der britischen Völkerfamilie nicht mehr länger bereit sind, dieses Commonwealth als eine „goldene Fessel" anzusehen; die Auseinandersetzungen um die südafrikanische Rassenpolitik während jener Konferenz haben deutlich gemacht, daß Englands Hoffnungen, mit sanftem Druck die Familiendisziplin durchzusetzen, getrogen hatten.

Das Gegenteil ist der Fall: über alle rassischen, nationalen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Gegensätzlichkeiten hinweg ist in den Jahren seit dem 2. Weltkrieg unter den „Nicht-Weißen" — so nennen sie sich selber gerne, da sie die Bezeichnung „Farbige" als diskriminierend empfinden — eine Gemeinsamkeit entstanden, die heute jede Asien- und Afrika-Politik mit in Rechnung stellen muß. Die „Afro-Asiatische Solidaritäts-Konferenz" stellt weit mehr dar als nur eine der zahllosen, Resolutionen fassenden und hinterher nach Hause gehenden Konferenzen dar — sie ist inzwischen trotz aller Gegensätze zwischen ihren Mitgliedern zu einem Bindeglied geworden, das schon manchen Sturm überdauert hat.

In dieser Entwicklung liegt aber auch eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Es hat von jeher zu den bewährten Praktiken kolonialer Ausbeutungspolitik gehört, daß man ihre wahren wirtschaftlichen Hintergründe verschleierte — nicht nur dadurch, daß man religiöses und kulturelles Sendungsbewußtsein strapazierte, sondern vor allem auch dadurch, daß man von der „primitiven schwarzen Rasse" sprach, die keine andere Behandlung erwarten konnte, die ungeeignet war für jede Höher- und Weiterentwicklung, die — mit einem Wort — eben „minderwertig" war. Wer auch nur die Anfangsgründe der Psychologie kennt, den kann es nicht wundern, daß sich nun andererseits bei den Afrikanern der Komplex festsetzte, sie seien eben nur schwarz — daß die Farbigen begannen, ihre eigene Hautfarbe zu hassen. Das führte einmal zu dem (vor allen bei Mischlingen zu beobachtenden) verzweifelten Versuch, „weiß" sein zu wollen, zum anderen zu solchen in gewissem Maße resignierenden Depressionen, wie sie in den Figuren in Alan Patons Büchern („Denn sie sollen getröstet werden" — „Aber das Wort sagte ich nicht") sichtbar werden. Interessanterweise ist dieser Prozeß in Asien, d. h. also bei Völkern, die vor der Eroberung durch die Kolonialherren bereits eine weit höhere Kulturstufe erreicht hatten als die Afrikaner, längst nicht in demselben Maße zu beobachten. Dort konnte sich ein solcher Minderwertigkeitskomplex nicht festsetzen — fühlte man sich den „barbarischen" Eindringlingen angesichts der Zeugen einer uralten Kultur weitgehend überlegen, wenn man sich auch ihrer Gewalt beugen mußte. Dieser Minderwertigkeitskom-

plex mußte nun ganz notgedrungen umschlagen in einen Haß gegen alle Menschen mit weißer Hautfarbe. Auch diese Entwicklung paßte wieder in das Konzept der Kolonialherren. Hatte einem zunächst jener Komplex der Farbigen genützt, die nicht wagen durften, als „Minderwertige" die Herrenposition der „überlegenen Weißen" anzugreifen, nützte einem ihr Weißen-Haß in dem Augenblick, als sich die jahrzehntelang aufgestaute Empörung über Unterdrückung, Knechtung und Ausbeutung entlud. Hatte man mit Erfolg den Farbigen eingeredet, ihre wirtschaftliche und politische Benachteiligung resultiere aus ihrer Rasse und Hautfarbe, richtete sich ihre Empörung infolgedessen fälschlicherweise gegen Menschen einer anderen Rasse — dann zwang diese Kampfsituation notwendigerweise alle Weißen in die Einheitsfront, wollten sie nicht untergehen. Auf diese Weise gelang es den Kolonialherren, die Farbigen zum Werkzeug für ihre Absicht zu machen, jede afrikaner-freundliche Regung unter den Weißen im Keime zu ersticken.

Verantwortungsbewußte Europäer haben diese Entwicklung schon lange mit großer Sorge verfolgt. Einerseits belastet sie das europäisch-afrikanische und europäisch-asiatische Verhältnis dadurch, daß sich beide Seiten immer stärker in eine emotionale, von Leidenschaft und Haß getragene Feindschaft hineinsteigern. Zum anderen werden dadurch die Bemühungen derjenigen, die aus Verantwortung sowohl für Europa als auch für Asien und Afrika an einer friedlichen Regelung der Probleme des nach-kolonialen Zeitalters interessiert sind, belastet, wenn nicht gar zunichte gemacht. Den Farbigen selbst nützt eine solche Entwicklung am wenigsten. Es ist sicher nicht nur illegitime historische Spekulation, wenn man sich die Frage stellt, ob der Indochina-Krieg bereits so zeitig beendet worden wäre, wenn die Vietnamesen sich nicht auf diejenigen Kräfte in Frankreich gestützt hätten, die für einen friedlichen Ausgleich eintraten, und nicht bewußt zwischen den Interessen der Franzosen und der Politik der französischen Regierung unterschieden hätten. Das Gegenbeispiel ist Algerien, wo die Situation dadurch so erschwert worden ist, daß die einheimische Unabhängigkeits- und Freiheitsbewegung in starkem Maße in einen Algerier-Franzosen-Gegensatz hineingedrängt worden ist. Und vielleicht das traurigste Beispiel für die Gefahren, die mit einem solchen Umschlagen des Kolonialgegensatzes in einen Rassengegensatz verbunden sind, ist der Mau-Mau-Aufstand in Kenia.

Die historische Schuld dafür, daß die Entwicklung so und nicht anders gelaufen ist, trifft nun aber nicht etwa die Farbigen, die „von Natur aus primitiv und grausam" sind, wenn man manchen Zeitungsschreibern glauben soll, die vor einigen Wochen über Guinea herzogen. Die Schuld daran liegt bei den Europäern, die an dem Geschäft der kolonialen Ausbeutung als Nutznießer und Erfüllungsgehilfen beteiligt waren. Der Erfolg, den sie bei der Aufrichtung der schwarz-weißen Front hatten, ist ein mehr als makabrer Erfolg — und wir alle haben heute an seinen Folgen mit zu tragen. Leider gehört auch die Funktion, die die christlichen Missionen in diesem Zusammenhang gehabt haben, nicht gerade zu den Ruhmesblättern der Kirchengeschichte (wenn man heute noch in Westafrika ungezählte Firmen trifft, die Gründungen der Missionsgesellschaften waren und so blumenreiche Namen tragen wie „Allerheiligstes Herz Jesu GmbH", dann wird damit nur etwas ehrlich ausgedrückt, was in sehr viel verschleierter Form fast überall anzutreffen ist). Wenn es manchmal so scheint, als ob sich die Auseinandersetzungen in Algerien und Südafrika immer mehr in eine Sackgasse hineinbewegten, dann ist das eindeutig die Schuld der Weißen, die den Rassendünkel als bequemes Werkzeug ihrer Kolonialpolitik benutzten. Wer Wind sät, der wird Sturm ernten, heißt es bei dem alttestamentlichen Propheten Hosea im 8. Kapitel...

Man darf diese Tendenz andererseits aber auch nicht überbewerten. Wenn sie ihre Ursache darin hat, daß die Farbigen der Propaganda der weißen Kolonialherren gefolgt sind, dann muß es auch möglich sein, ihnen durch eine gegenteilige, positive Aufklärung die Gefahren dieses Irrweges zu zeigen und sie statt dessen auf den richtigen Weg hinzuweisen. Und es gibt eine ganz erhebliche Reihe von Beispielen, die die Richtigkeit einer solchen Theorie beweisen. Daß die Reihe noch nicht größer ist, daß diese Gefahr noch nicht überwunden ist, ist eine Frage an uns alle, ob wir denn wirklich schon in genügendem Maße unseren farbigen Brüdern diese Hilfe geleistet haben, auf die sie einfach einen Anspruch haben. Haben wir wirklich schon alles getan, um den Afrikanern und Asiaten zu zeigen, daß es auch unter den Weißen Menschen gibt, die es ehrlich mit ihnen meinen, die ihnen wirklich helfen wollen? Was aus Europa und den USA bis jetzt an „Hilfe" gekommen ist, hat die Farbigen in den meisten Fällen nur noch mißtrauischer gemacht — haben sie doch oft genug erkennen müssen, daß zwischen altruistischen Reden und praktischer wirtschaftlicher Einflußnahme gewisse Differenzen bestehen. Wenn wir ihnen aber ehrlich sagen, ehrlich und durch das Beispiel beweisbar, daß wir n e b e n ihnen, nicht g e g e n sie stehen, daß wir keinen Sinn mehr sehen in einer Politik, die durch das grauenhafte Massaker von Sharpeville gekennzeichnet ist — dann besteht auch Hoffnung darauf, daß sie uns hören, daß sie erkennen, daß mit einer „Tod-allen-Weißen!"-Begeisterung gar nichts für sie gewonnen ist.

Einen ausgezeichneten Einblick in diese Problematik konnte der europäische Beobachter gewinnen, der an der „Positive Action Conference for Peace and Security in Africa" teilnahm, zu der Anfang April die Regierung von Ghana eingeladen hatte. Hier hatten sich die offiziellen Vertreter der schon unabhängigen afrikanischen Staaten sowie Delegierte der nationalen Freiheitsbewegungen der Gebiete, die noch unter Kolonialherrschaft stehen, eingefunden, um über die Möglichkeiten zu beraten, wie man der Bedrohung Afrikas durch die französischen Atombomben-Explosionen gemeinsam begegnen könne — über diesen Anlaß hinaus waren dann auch noch Algerien und Südafrika auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die Teilnehmer an der Konferenz boten einen sicherlich repräsentativen Querschnitt durch das Afrika des Jahres 1960 — mit allen seinen Differenzen und Spannungen, aber vor allem auch mit seinem ganz starken Gefühl der Gemeinsamkeit. Gleichsam wie in eine Sammellinse eingefangen, fand sich auf dieser Konferenz alles das vor, was man kennen muß, will man über Afrika überhaupt ein Urteil abgeben können.

Bis in belanglose technische Dinge hinein wurde zunächst einmal jene antiweiße Grundstimmung spürbar, von der schon die Rede war. Aber andererseits zeigte gerade diese Konferenz, wo die Ursache für solche unerfreulichen Emotionen liegt — war sie doch einberufen worden als Antwort auf die Zündung der ersten französischen Atombombe auf afrikanischem Boden, und war doch die zweite Bombe schon explodiert, ehe noch die eingeladenen Teilnehmer in Accra angekommen waren. Man kann sich sicherlich auf das berühmte hohe Pferd setzen und mitleidig herabsehen darauf, daß in vielem, was auf der Konferenz gesagt wurde, mehr emotionale Empörung steckte als Überlegung, als ratio — wenn es beispielsweise mehr als einmal in der Diskussion hieß, Frankreich solle solche Bomben doch im eigenen Land explodieren lassen und nicht afrikanisches Territorium dafür benutzen. Aber damit hat man noch nicht die Frage beantwortet, ob dieser Mangel an Sachkenntnissen auf mangelndem Intellekt oder auf dem Fehlen entsprechender Bildungsmöglichkeiten beruht und ob jene Empörung deswegen so laut werden konnte, weil die Afrikaner von Natur aus anderen

Menschen feindselig gegenüberstehen, oder deshalb, weil sie sich wieder einmal besonders drastisch als minderwertig behandelt fühlten.

Als während der Diskussionen in den Plenarsitzungen Nichtafrikaner — ein Inder, ein amerikanischer Neger, ein Westdeutscher — sich zu Wort meldeten und den Afrikanern erklärten, daß sie und die Organisationen, die sie dort repräsentierten, zumindest in der Frage der Sahara-Explosionen auf seiten der Afrikaner, nicht auf seiten Frankreichs stünden, daß sie Freundschaft mit allen Menschen guten Willens, gleich welcher Hautfarbe, halten, aber nicht Nutznießer am anachronistischen Kolonialismus sein wollten — da wurde deutlich, wie sehr die Farbigen gerade auf solche Worte gewartet hatten. Stürmisch war der Beifall, und auch diejenigen, die in ihren eigenen Diskussionsbeiträgen zunächst in unsachlicher Schwarz-Weiß-Malerei geschwelgt hatten, gaben in Unterhaltungen in kleineren Kreisen nachher von sich aus zu, daß sie sich wohl doch geirrt hätten, daß wohl doch nicht alle Weißen gleichmäßig schlecht wären. Wenn das schon die Wirkung von so wenigen Worten war, dann kann man sich sicher vorstellen, welch weiter Acker hier auf das Samenkorn wartet. Wie aber soll er Frucht tragen, wenn ihm das Samenkorn verweigert, wenn nichts anderes als Unkraut gesät wird?

Der Premierminister von Ghana, Dr. Kwame Nkrumah, hatte in seiner Eröffnungsansprache dieselbe Saite angeschlagen. Er warnte sehr ernst vor der Versuchung, weißen Rassismus mit schwarzem Rassismus zu bekämpfen — wolle man die Forderung „Afrika den Afrikanern!" realisieren, dann müsse man von Anfang an deutlich werden lassen, daß das nicht die Verjagung aller Weißen, sondern nur der Entzug ihrer Vorrechte gegenüber Menschen anderer Hautfarbe bedeuten könne. Auch während dieser Tage griff Nkrumah gelegentlich in das Konferenzgeschehen ein, wenn die Gefahr bestand, daß die Wogen zu hoch gehen würden. Und noch in anderer Weise prägte er die Richtung dieser Konferenz: im Zentrum seiner Eröffnungsansprache stand die Erkenntnis, daß moralisch begründete Resolutionen nicht ausreichen, um politische Forderungen durchzusetzen, sondern daß es darauf ankommt, daß hinter ihnen immer stärkere politische Kräfte stehen. Für Afrika müsse das heißen, daß es inzwischen höchste Zeit dafür geworden wäre, sich ernsthaft Gedanken über die ersten Schritte zu einer staatlichen Einigung des Kontinents zu machen. Ein geeintes Afrika könne den Großmächten gegenüber eine ganz andere Rolle spielen als jenes Sammelsurium von staatlichen Gebilden, die nicht historisch gewachsen, sondern aus Kolonialinteressen heraus abgegrenzt seien, das sich heute noch dem Auge biete.

Nkrumah ist oft vorgeworfen worden, daß dies sein eigentlicher Traum sei: ein vereinigtes Afrika mit Nkrumah an der Spitze. Offenkundig ist, daß dieser Vorwurf zumindest meilenweit über das Ziel hinausschießt. In Gesprächen mit europäischen Konferenzteilnehmern erklärte der Premierminister immer wieder mit Nachdruck und Überzeugungskraft, daß er alle jene Dinge, die als Indizien für seine Diktator-Neigungen gewertet würden — den Personenkult etwa, den die Presse seiner Partei mit ihm betreibt, oder die Unterdrückung der im wesentlichen von den auf Wiederherstellung ihrer Macht bedachten Ashanti-Häuptlingen getragenen Opposition —, nur sehr schweren Herzens und nur deshalb tue, weil ein so junger, so gegensätzlicher und noch so weitgehend unzivilisierter Staat anders einfach nicht zusammenzuhalten wäre. Seine auf der Konferenz abgegebene Erklärung, er sei bereit, unter jedem anderen Afrikaner zu arbeiten, wenn dadurch wenigstens ein Teilzusammenschluß der unabhängigen Staaten möglich würde, wurde in den Zeitungen Ghanas immer wieder herausgestellt — sie war also sicher nicht nur ein beruhigender Nebensatz, sondern Nkrumah lag daran, daß dieser Gedanke voll zur Geltung kam.

Alle diese Vorstellungen sind auch Bestandteile der Resolutionen geworden, die die Konferenz verabschiedet hat. Wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen gegen Frankreich und Südafrika, die Entsendung eines panafrikanischen Freiwilligenaufgebots nach Algerien — das alles sind praktische Folgerungen aus der Erkenntnis, daß zorniges Reden gar nichts nützt, wenn es einmalig bleibt und wenn ihm nicht praktisch-politische Taten folgen. Wir müssen heute damit rechnen, daß Afrika nicht mehr bereit ist, nur Objekt der Politik zu sein, sondern daß es sich sein Lebensrecht erkämpft; und es fängt an zu begreifen, daß nicht alle Weißen schecht sind, sondern daß es Kolonialherren und -völker gibt — und Menschen, die es ehrlich mit Afrika meinen.

Gerade in einer solchen Aufbruchs- und Umbruchssituation wäre es für uns Deutsche nun besonders wichtig, daß wir alles vermieden, was uns in den Geruch von Kolonialherren bringt, daß wir das moralische Kapital, das der Mythos von den „guten Deutschen" (der ja wohl nur dadurch möglich geworden ist, daß wir unsere Kolonien rechtzeitig losgeworden sind und keineswegs bessere Nachfolger gehabt haben!) bedeutet, nutzen und zinsentragend anlegen. Stattdessen sind wir auf dem besten Wege dazu, es hoffnungslos zu verspielen. Wie will derjenige darauf hoffen, daß ihm die Völker ehrliche Freundschaft entgegenbringen, der in engster Allianz mit Frankreich steht und peinlich jedes Wort der Kritik vermeidet? Der sich von dem Vorwurf, an der Produktion der Sahara-Bombe beteiligt zu sein, lediglich mit großspurigen und allgemein gehaltenen Reden reinzuwaschen versucht, ihn aber keineswegs ausreichend widerlegt? Der im Gegensatz zu der übrigen Welt die südafrikanische Rassenpolitik als „vorbildlich" bezeichnet und sich öffentlich über den Boykottaufruf südafrikanischer Waren der Gewerkschaften beklagt? Der den jungen afrikanischen Staat Guinea in schulmeisterlicher Weise abkanzelt, weil er es gewagt hat, selber zu entscheiden, mit wem er diplomatische Beziehungen aufnehmen will?

Schon heute haben die Afrikaner den sicherlich vereinfachenden Eindruck, daß es zwei Deutschlands gebe: ein imperialistisches und eines, das Freund der Farbigen ist. Wenn wir nicht aufpassen, wird sich dieser Eindruck in kürzester Frist festgesetzt haben. Die Politik unserer Bundesregierung hat dann auch dies erreicht, daß uns die Freundschaft des farbigen Teiles der Erde verlorengegangen ist — sicherlich ein Verlust, der nicht ganz unbedeutend ist. Wer Wind sät, der wird Sturm ernten — das gilt auch für den, der beim Wind-Säen mithilft.

Kurt Pritzkoleit

Konzentration — Fiktion oder Wirklichkeit (II)

Was aber hat es mit den Montankonzernen auf sich?

Die Montankonzerne sind — bis auf eine Ausnahme — wieder beieinander. Die Ausnahme bilden die Vereinigten Stahlwerke.

Vor der Neuordnung lagen ca. 42 Prozent der VSt.-Aktien bei Großaktionären: bei Fritz Thyssen, Rheinstahl und den Koninklijke Hoogovens.

Nach der Neuordnung ist der Anteil der Großaktionäre größer, derjenige der Kleinaktionäre kleiner geworden: 40 bis 45 Prozent der GBAG liegt bei der Deutschen Bank, Hermann Krages und der BASF. Die Mehrheit der Hamborner

Bergbau AG ist in die Hände der Josef-Thyssen-Nachfahren gekommen. Die Mehrheit der Deutsche Edelstahlwerke AG und der Niederrheinische Hütte AG wurde von der Gräfin de Zichy, der Tochter Fritz Thyssens, in die August-Thyssen-Hütte eingebracht, an der die beiden Fritz-Thyssen-Erbinnen sich die knappe Majorität zu sichern verstanden. Heute besitzen sie „nur" noch gut 40 Prozent des 444-Millionen-Kapitals. Wenn aber die ATH die Genehmigung erhält, die 52prozentige Mehrheit der Phoenix-Rheinrohr AG von Frau Amélie Thyssen zu übernehmen, werden die beiden Thyssen-Erbinnen auch wieder die Mehrheit der größeren ATH in ihre Obhut gebracht haben.

Die Rheinische Stahlwerke AG — im Börsenjargon die Rheinstahl — besitzt die ehemalige Gießereigruppe der VSt.: die Rheinisch-Westfälischen Eisen- und Stahlwerke und ihre Tochtergesellschaften, ferner die Rheinstahl-Union, in der die Verarbeitungsunternehmen der VSt. zusammengefaßt wurden, die Ruhrstahl AG und die Gußstahlwerk Oberhausen AG, 60 Prozent der Gußstahlwerk Witten AG (30 Prozent bei Merck, Finck & Co) und mehr als 25 Prozent der Handelsunion AG, von deren Aktien weitere 25 Prozent an die ATH und 26,9 Prozent an Phoenix-Rheinrohr kamen. Die Stahlwerke Südwestfalen AG gehört zur Mehrheit Friedrich Flick, zu 30 bis 40 Prozent dem Münchner Bankhaus Merck, Finck & Co. Etwas über 40 Prozent der Dortmund-Hörder Hüttenunion gelangte in den Besitz der Koninklijke Nederlandsche Hoogovens; die Hüttenunion wiederum erwarb die Option auf 52 Prozent der Hüttenwerke Siegerland AG, an der die ATH bereits mit 34 bis 35 Prozent beteiligt ist.

Und damit sind wir mit der Erörterung der Frage, an wen die Substanz der VSt. gelangt sei, zu dem Ende gekommen, daß sie zum weit überwiegenden Teil in die Hände von Großaktionären gelangt ist: der Thyssen-Erbinnen, des Flick-Konzerns, der Rheinische Stahlwerke, der Bankfirma Merck, Finck & Co, der Koninklijke Hoogovens, des Stammes Josef Thyssen, der Deutschen Bank und des Spekulanten Hermann Krages.

Das ist ein recht glimpfliches Entflechtungsergebnis. Aber alle andern Montangesellschaften sind noch viel glimpflicher davongekommen.

Da sind zunächst ein paar ganz große Konzerne, die sich dadurch auszeichnen, daß sich unter ihren Aktionären kein namhafter Großaktionär befindet. Mit anderen Worten, es handelt sich um Konzerne, deren Kapital sich in den Händen vieler Zehntausender, ja, Hunderttausender von Kleinaktionären befindet. Es sind dies neben Rheinstahl vor allem die Mannesmann AG und die Hoesch AG.

Die beiden Konzerne haben nicht nur die Entflechtung vollständig rückgängig machen können, sondern noch einiges hinzugewonnen. Ihre Kohlenbasis ist größer als jemals zuvor, größer auch, als der eigene Konzern verkraften kann. Der Erwerb so umfangreicher Zechen hatte in der Zeit der Kohlenknappheit — sie liegt nicht einmal sehr weit zurück — als hohes Ziel der Konzernstrategie gegolten. Heute steht es anders damit. Der Bergwerksbesitz ist problematisch geworden. Das wissen Sie ja selbst, nachdem die Klagen über die Kohlenkrise in nicht endenwollenden Artikeln die Presse gefüllt hat. Wir wollen auf dieses Thema nicht eingehen, aber man muß doch feststellen, daß der Jammer etwas künstlich gemacht und in den Tatsachen nicht voll gerechtfertigt erscheint. Betrachtet man nämlich unsere Energiebilanz, so sieht man, daß der Energieverbrauch je Kopf der Bevölkerung noch etwas unter der Ziffer liegt, die von Experten für die Ostzone errechnet wurde, und nicht einmal auf die Hälfte dessen kommt, was in den Vereinigten Staaten und Kanada konsumiert wird. Wenn die Konjunktur der Vollbeschäftigung fortdauert — und das wollen wir doch

hoffen —, wird namentlich die elektrische Energie immer stärker an die Stelle menschlicher Arbeit treten: im Betrieb wie auch im Haushalt. Wir werden unsere Energieaufkommen ausweiten und dann wieder auf den wichtigsten Energierohstoff, den uns im Westen die Natur geschenkt hat, zurückgreifen müssen, auf die Steinkohle. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich voraussage, daß das kommende Jahrzehnt nicht nur eine Wiederholung, sondern eine Steigerung der Steinkohlenkonjunktur bringen wird, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Dann werden diejenigen Konzerne, die sich in den Besitz einer breiten Kohlenbasis gebracht haben, ihre Strategie bestätigt sehen, während diejenigen Montankonzerne, es handelt sich um Phoenix-Rheinrohr, die August-Thyssen-Hütte und die Dortmund-Hörder Hüttenunion, die 1958 die Chance von der Hand wiesen, Miteigentum an ein paar wertvollen Zechen der Gelsenkirchener Bergwerks AG zu erwerben, Grund haben werden, ihr Verhalten zu bedauern. Allerdings, was ihren eigenen Bedarf angeht, haben auch sie sich gesichert. Sie haben mit der Gelsenkirchener Bergwerks AG langfristige Lieferverträge abgeschlossen.

Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen der großen, sozusagen anonymen Montankonzerne — um es noch einmal zu sagen: von Mannesmann, Hoesch und Rheinstahl — ist also so weit gediehen wie nur denkbar. Die Frage ist nur: verbürgt die demokratische Verteilung des Eigentums an diesen Gruppen, die weite Streuung des Aktienbesitzes, auch ihre demokratische Verwaltung? Ich meine das in dem Sinne: haben die Kleinaktionäre, die rechtmäßigen Eigentümer dieser Konzerne, auch die Chance, ihr Mitspracherecht auszunutzen?

Und nun direkt die Antwort. Nein! Zur Hauptversammlung dieser Supergesellschaften können nie hunderttausend oder hundertzwanzigtausend, sondern immer nur höchstens tausend Aktionäre erscheinen. Die weit überwiegende Zahl der Kleinaktionäre hat ihr Stimmrecht an diejenigen Banken delegiert, bei denen ihre Aktien im Depot liegen. Die paar Großbanken, die auf diese Weise riesige Aktienpakete vertreten, sprechen das letzte und entscheidende Wort auf den Hauptversammlungen. Daß sie, deren Vorstandsmitglieder in den Aufsichtsräten der Montangesellschaften sitzen, sich mit den Vorständen der Konzerne ins Benehmen setzen, ist klar. Die Verwaltung, Aufsichtsrat und Vorstand, wird nicht gewählt, sondern entsteht durch Kooptation. Das heißt, sie bestimmt sich selbst. Dagegen ist kein Kraut gewachsen, und dagegen kann auch kein Führer einer kleinen Opposition mit Erfolg anrennen.

Wie Rheinstahl, Mannesmann und Hoesch, so hat auch Krupp, der ja ebenfalls einen großen Montankomplex besitzt und ungeachtet der immer noch bestehenden Verkaufsauflage wahrscheinlich behalten wird, in den letzten Tagen des Jahres 1959 die Chancen des Umwandlungsgesetzes ausgenutzt. Er hat den ganzen Zechenbesitz der Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG auf diese Firma umgewandelt. Die Zechen, auch Constantin der Große, an der Krupp ursprünglich bloß mit 50 Prozent beteiligt war, sind zu Betriebsabteilungen der Montanfirma umgewandelt worden. Nicht betroffen worden ist von der Umwandlung nur der Bochumer Verein, der alte Konkurrent der Firma Krupp, an dem sie sich einen Anteil von mindestens 75 Prozent gesichert hat. Natürlich hätte Krupp auch den Bochumer Verein umwandeln können; daß er es nicht tat, beweist, daß er mit größerer Behutsamkeit, um nicht zu sagen Weisheit, an die Dinge heranging als etwa Friedrich Flick. Flick ist ja, wie man aus der Presse erfahren konnte, bei seinem Versuch, die Feldmühle durch Umwandlung restlos in seinen Besitz zu bringen, auf erheblichen Widerstand gestoßen. Den Flickschen Absichten trat der Großspekulant Hermann Krages entgegen, der selbst ein Vermögen von 250 Millionen DM hinter sich hat und der es sich leisten kann,

die Frage, ob der „Rausschmeißerparagraph" (§ 15) des Umwandlungsgesetzes sich mit dem Grundgesetz vereinbaren läßt, gerichtlich klären zu lassen.

Nebenbei gesagt, haben auch die Klöckner-Werke ihre wichtigsten Tochtergesellschaften auf die Muttergesellschaft umgewandelt und dadurch einen höheren Konzentrationsgrad erzielt, als er vorher gegeben war.

Nun noch ein Wort zum Klöckner-Konzern.

Durch die Entflechtung war der Zusammenhang zwischen der großen Eisenhandelsfirma Klöckner & Co und den Klöckner-Werken aufgelöst worden. Die Klöckner-Erben, vertreten durch die Peter-Klöckner-Familienstiftung, erhielten im wesentlichen die Handelsfirma und die Klöckner-Humboldt-Deutz-Werke AG, mit allem, was an Klöckner-Humboldt-Deutz an sonstigen Unternehmen hing. Die Klöckner-Werke wurden als feindliches Eigentum der Holdinggesellschaft zugesprochen, die Peter Klöckner lange vor dem Krieg in Holland errichtet hat. Dabei ist es aber nicht geblieben. Seit Ende 1957 bekleidet Herr Dr. Henle, Mitinhaber und Vorstandsvorsitzer der Firma Klöckner & Co, den Posten des Aufsichtsratsvorsitzers der Klöckner-Werke. Assistiert wird er im Aufsichtsrat von einem Herrn seines Hauses, dem Rechtsanwalt Dr. Kuhnke. Das weist darauf hin — die Vermutung ist gelegentlich auch schon in der Presse aufgetaucht —, daß die Klöckner-Erben ihren alten Einfluß auf die Klöckner-Werke wieder hergestellt haben, so daß auch dieser große Konzern in einem Prozeß der Rückverflechtung die Eingriffe der Entflechter wieder ausgeschaltet hat.

Und nun noch, um die Ausführungen über die Montanindustrie abzuschließen, einen Blick auf den Otto-Wolff-Konzern. Aus dem Wolff-Konzern wurde seinerzeit die Stahlwerke Bochum AG entflochten. Auch hier dominieren wie zuvor die Großaktionäre. Je 25,2 Prozent des Grundkapitals liegen bei der Allianz Lebensversicherungs AG, Stuttgart, bei der Bayerischen Vereinsbank in München und bei einem Bankenkonsortium, das von der Kölner Privatbank Sal. Oppenheim jr. & Cie geführt wird.

Die Kommanditgesellschaft Otto Wolff, die Konzernspitze der Gruppe, behielt 76 Prozent der Eisen- und Hüttenwerke AG, deren wichtigstes Besitztum die Stahl- und Walzwerke Rasselstein-Andernach AG in Neuwied ist. Sie gehörte ursprünglich zu 100 Prozent der Eisen- und Hüttenwerke AG, doch hat diese Firma inzwischen ein Viertel der Aktien, das heißt die Sperrminorität, an die August-Thyssen-Hütte abgegeben. Hier wie überall sonst erweist sich, daß die Montanindustrie dem ungeschriebenen Gesetz der Machtkonzentration folgt.

Um nun aber noch mit einer andern Sphäre als derjenigen der Kohlenförderung und der Eisenerzeugung bekannt zu machen, ist noch ein Konzern von ganz besonderer Art vorzustellen: Ein internationaler Konzern, der einen wesentlichen Teil der deutschen Lebensmittelerzeugung beherrscht — der Unilever-Konzern.

Die Entstehung dieses Konzerns reicht weit zurück

Anfang der siebziger Jahre nahmen zwei holländische Familien, jede für sich getrennt, die Familien Jurgens und Van den Bergh in dem kleinen Städtchen Oss in der niederländischen Provinz Nordbrabant, die Margarineproduktion auf. Sie verwerteten eine französische Erfindung, oder vielmehr eine Erfindung, die auf den Befehl Napoleons III. gemacht worden war, um aus tierischen Schlachtfetten und Wasser ein billiges Kunstfett für den Heeresbedarf zu bereiten. Es mag dahingestellt bleiben, ob sie damals schon das Massenzeitalter der Industrialisierung vorausahnten, das mit der Zusammenfassung großer Arbeitermassen in schnell heranwachsenden Städten darauf angewiesen war, die von der Natur dargebotenen Nahrungsmittel sorgfältiger und intensiver auszunutzen, als es bisher geschehen war. Genug, nachdem Bismarck im Jahre 1878 für Land-

wirtschaft und Schwerindustrie die Mauern des Hochschutzzolls um Deutschland errichtet hatte, gingen die Holländer dazu über, Fabriken in Deutschland, in Kleve und in Goch, zu errichten, um die Kumpels des rheinisch-westfälischen Industriegebiets mit billiger Margarine versorgen zu können. Das Geschäft gedieh und blühte so auf, daß beide Familien in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts große Konzerne kommandierten. Die Jurgens in Holland und Deutschland, die Van den Berghs nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern auch in England.

In Großbritannien wiederum war aus kleinsten Anfängen die riesige Seifenfirma Lever Brothers entstanden, deren Fabriken die Sunlight-Seife erzeugten. Gegen Ende des Jahrhunderts — es war im Jahre 1889 — hatte die Lever-Gruppe auch in Mannheim eine Fabrik, die Sunlichtfabrik, errichtet, die unsere Hausfrauen bis auf den heutigen Tag mit Seife und Waschmitteln aller Art versorgt.

Um nun auf die Konzernbildung zu sprechen zu kommen, so wurde im Jahre 1927 von den beiden holländischen Margarinefamilien in den Niederlanden die N. V Margarine Unie und in London die Margarine Union Limited gegründet. Zwischen diesen beiden Gesellschaften wurde ein sogenannter „Gleichstellungsvertrag" abgeschlossen, der vorsah, daß den Gesellschaftern hüben und drüben des Kanals immer die gleiche Summe als Dividende ausgeschüttet werden solle. Im Jahre 1930 kam zu den beiden Margarine-Gesellschaften die bereits damals weltumspannende Lever Brothers hinzu. Die holländische Gesellschaft nannte sich jetzt Unilever N. V., die englische Unilever Limited.

Die Periode bis zum Jahre 1937, die noch einmal eine Namensänderung, eine gewisse Konzernstraffung und schließlich die Wiederherstellung der beiden 1930 gewählten Namen — Unilever Unie und Unilever Limited — brachte, soll hier überschlagen werden, um die seither bestehende Konzernstruktur zu schildern.

Grundsätzlich wurde der Gleichstellungsvertrag beibehalten. Grundsätzlich wurde ferner die Abmachung getroffen, daß alle im britischen Weltreich liegenden Gesellschaften der Unilever Limited, alle in Holland und im nicht britischen Ausland liegenden Unternehmen der Unilever Unie unterstellt werden sollten.

Die nächste Regelung galt der Wahl des sogenannten Verwaltungsrats, der die Schicksale der Doppelfirma leitet: In der holländischen Gesellschaft wurden 2400 auf den Namen lautende Aktien, die die Nummern 1—2400 tragen, ausgesondert und gewissen holländischen und britischen Tochtergesellschaften übergeben. Aus dem Kapital der britischen Unilever Limited (89,8 Millionen Pfund) wurden Aktien im Nennwert von 100 000 Pfund, sogenannte „Deferred Shares", ausgesondert, die den gleichen britischen und holländischen Tochtergesellschaften übergeben wurden. Diese Aktien lauten auf den Namen und sind nicht übertragbar. Sie können also an keinen Dritten, geschweige denn an einen Konzernfremden gelangen. Mit gutem Grund. Denn ihnen oder vielmehr ihren Inhabern und ihnen allein obliegt es, den Verwaltungsrat zu wählen.

Die holländische Gesellschaft, die Unilever Unie, ging nun noch einen Schritt weiter. Sie machte einen Vertrag mit einer Gruppe holländischer Großbanken, der sogenannten Nedam, die sich bereit erklärte, die Verwaltung ihrer Stammaktien zu übernehmen. Die Folge war, daß 83,6 Prozent des Stammkapitals der Unilever Unie, das heißt weit mehr als die qualifizierte Mehrheit, heute von dieser Bankengruppe betreut und auf der Hauptversammlung vertreten wird. Die Aktionäre haben Zertifikate der Nedam für die von ihnen hinterlegten Aktien erhalten, und auch in Deutschland, wo seit mehr als einem Jahr der Handel mit Unilever-Papieren zugelassen ist, finden sich ausschließlich Zertifikate,

deren Inhaber also zu den Hauptversammlungen der Unilever Unie nicht zugelassen sind.

In dieser Struktur ist also auch der Rest der Aktionärsdemokratie verschwunden. Es herrscht ein totalitäres Regime, in dem die Verwaltung sich praktisch selbst wählt, sich kooptiert, und in dem das Mitspracherecht der Aktionäre tatsächlich und juristisch ausgeschaltet ist.

Vielleicht wird diese Art der Verfassung auch in Deutschland Schule machen. In jedem Fall verhält es sich ja so, daß sie als Ausläufer eines ausländischen Systems auf deutschem Boden existiert.

Etwas ähnliches könnte man sich nur vorstellen, wenn etwa ein sowjetrussischer Konzern seine Verfassung für eine Gruppe westdeutscher Firmen verbindlich machen würde.

Uns kann das deshalb nicht gleichgültig sein, weil Unilever über seine deutschen Gesellschaften mindestens siebzig Prozent der deutschen Margarine- und wahrscheinlich nicht viel weniger Prozent der deutschen Öl- und Ölkuchenerzeugung beherrscht. Die Produktion ist weitgehend in der Margarine Union GmbH zusammengefaßt, auf die unlängst auch die Margarine-Verkaufs-Union GmbH, die F. Thörls Vereinigte Harburger Ölfabriken AG in Hamburg und der Verein Deutscher Ölfabriken in Mannheim umgewandelt wurde. Was an sonstigen Gesellschaften, namentlich an Papiergesellschaften, sich unter dem Dach der Margarine Union vereinigt, kann uns hier nicht beschäftigen. Wichtig ist nur, daß die Nordsee, Deutsche Hochseefischerei AG mit ihren etwa 335 Nordsee-Läden und ihren verschiedenen Fabrikations- und Handelsgesellschaften ebenfalls ein Unilever-Kind ist: insofern nämlich, als sich fünfzig Prozent ihrer Aktien im Besitz der Margarine Union und weitere 10 bis 25 Prozent in den Händen einer holländischen Holdinggesellschaft der Unilever Unie befinden. Daß auch der kleine Sunlicht-Konzern, der nicht nur Kernseife, Sunil, Suwa, Lux und Vim, sondern auch Pepsodent und Elidor herstellt, ein Unilever-Kind ist, wurde schon erwähnt. Bemerkenswert ist ferner, daß auch die Frohwein & Nolden AG, die ihren Sitz in Düsseldorf und mehr als 100 Läden im Ruhrgebiet hat, eine Unilever-Gesellschaft ist.

Ich könnte anschließend an das, was hier über Unilever gesagt ist, nun noch fortfahren und erwähnen, daß so kerndeutsche Unternehmen wie diejenigen, die die Knorr-Suppenwürfel, Mondamin und Maizena herstellen, Bestandteile eines amerikanischen Konzerns, nämlich der Corn Products Refining Company in New York sind, daß sowohl die Maggi-Erzeugnisse, die Sarotti-Schokolade und die Produkte der Deutschen AG für Nestle-Erzeugnisse auf dem gleichen Boden, nämlich auf dem Boden der Nestle-Alimenta AG gewachsen sind, die ihren Sitz in Cham und Vevey in der Schweiz hat, ihren Einfluß aber weit nach Latein- und Nordamerika hinein erstreckt. Ich könnte schließlich doch noch darauf hinweisen, daß der Konzern der Funke-Brauereien, der eine Reihe von Unternehmen in Essen und Köln besitzt, seinen Hauptaktionär in New York sitzen hat.

Und schließlich könnte man nachfragen, wem eigentlich unsere Warenhäuser gehören, welche Konzerne ein Übermaß wirtschaftlicher Macht im Bereich der chemischen Industrie in ihren Händen konzentriert haben, und so weiter mehr.

Aber wir wollen es mit dem, was wir auf diesen wenigen Zeilen sagen konnten, sein Bewenden finden lassen. Denn das ist, glaube ich, klar geworden: Es ruht ein großes und mit der Produktionsausweitung, die wir erleben, beständig steigendes Maß an Wirtschaftskraft in den Händen kleiner und kleinster Gruppen. Man pflegt das damit zu rechtfertigen, daß man sagt: diese Entwicklung

ergebe sich zwangsläufig aus der Natur des technischen Prozesses. Sie sei notwendig, um die Produktion rationell zu gestalten und den Preisspiegel so niedrig zu halten, daß die Masse der Verbraucher an den Ergebnissen des technischen Fortschritts partizipieren kann.

Das mag zutreffen. Andererseits aber bleibt zu bedenken, daß die Festsetzung der Preise unter den gegebenen Voraussetzungen nicht mehr das Ergebnis eines freien Spiels der Kräfte in Angebot und Nachfrage ist. Sie ist vielmehr das Resultat der Marktherrschaft weniger Gruppen, die sich, ohne auch nur ein Wort zu sprechen, über die Preise ins Einvernehmen setzen können.

Gelegentlich allerdings werden die Preise auch herabgesetzt. Ruckweise und ohne daß ein Laut von den Gesprächen in die Öffentlichkeit dringt, die vorher geführt wurden. Beispielsweise für Kühlschränke, die zur Zeit der Kölner Hausratsmesse des Jahres 1959 für eine bestimmte Größenklasse von 480 auf 380 Mark herabgesetzt wurden, oder auch wie die Treibstoffpreise, die in den letzten Monaten unter dem Druck der markenfreien Konkurrenz um mindestens fünf Pfennige nachgaben. Das ist erfreulich. Aber es zeigt doch auch, wieviel Wasser in unseren Preisen steckt und wer für die Höhe des Wasserstandes verantwortlich ist.

Ohne die Herrschaft der Großen wäre es nicht möglich gewesen, daß der Wiederaufbau in Deutschland über den Preis, das heißt weitgehend aus der Tasche des Verbrauchers, finanziert wurde.

Wir fühlen die Herrschaft der Konzerne aber nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen und, wenn Sie wollen, im kulturellen Geschehen. Ich möchte mich hier nicht darüber verbreiten, ob das gut ist oder nicht. Doch um zu urteilen, muß man eines stets tun: man muß die Augen aufmachen und mit allen Kräften des Bewußtseins versuchen zu erfahren, was rings um uns geschieht. Denn das ist die einzige Chance geblieben, unsere Freiheit zu realisieren.

Horst Andel

Der General und die Grande Nation

13. Mai 1958 — Zwei Jahre danach

Seit dem Putsch von Algier am 13. Mai 1958 — der von vielen in- und ausländischen Beobachtern lauthals als „geschichtliche Wende" und als „Beginn einer neuen fruchtbareren Epoche der französischen Politik" gefeiert wurde — sind zwei Jahre vergangen. In der Tat sprach damals vieles dafür, daß die hochgespannten Erwartungen derer, die den General de Gaulle aus der Abgeschiedenheit seines lothringischen Landgutes Columbey les Deux-Eglises an die Spitze des französischen Staates dirigierten, eine Zeit lang mit den Hoffnungen eines großen Teiles des französischen Volkes übereinstimmten. Man erwartete in Frankreich — und im westlichen Ausland, versteht sich! — von dem General eine rasche Lösung der strukturellen Probleme des Landes, eine Besserung und die Stabilisierung seiner politischen, wirtschaftlichen, militärischen und sozialen Verhältnisse und — die Bereinigung der Algerienfrage . . .

Der Ausländer, der zwei Jahre nach dem ominösen 13. Mai 1958 nach Paris fährt, um zu sehen, wie die Franzosen unter Charles de Gaulle leben, trifft ein merkwürdig unzufriedenes Volk an.

Erinnern wir uns! Der gaullistische Stadtrat von Paris hatte als eine seiner ersten Amtshandlungen kurzerhand verfügt, daß die schon seit Jahrhunderten verblichenen und abgeblätterten Fassaden der pompösen alten Bürgerhäuser an den Boulevards der Seinestadt binnen Jahresfrist zu renovieren seien.

Die Häuser sehen immer noch so verfallen aus, wie vor zwei oder vor zwanzig Jahren!

Ein gaullistischer Abgeordneter machte in einer der ersten Sitzungen der neuen Nationalversammlung durch die aufsehenerregende Forderung von sich reden, die Clochards — die doch seit je das ganz spezielle französische Symbol für die Freiheitsliebe aller Menschen darstellen —, hätten von den Straßen und unter den Seinebrücken zu verschwinden. Der Staat solle Asyle für sie bauen, hieß es in der entsprechenden Gesetzesvorlage; „damit das prächtige Antlitz der frischgetünchten Fassaden der Fünften Republik nicht länger durch ihre zerlumpten Gestalten gestört und der gefilterte Geruch der gaullistischen Atmosphäre nicht mehr durch ihren penetranten Fuselgestank beeinträchtigt wird", fügten die Franzosen bissig hinzu. Das Gesetz wurde gebilligt.

Die Clochards sind immer noch da; belagern die malerischsten Plätze an den Seinequais, sitzen sogar, die unvermeidliche Rotsponflasche neben sich, auf den schönsten Bänken im Bois de Boulogne, und schlafen zufrieden und unangefochten unter den Brücken und auf den Schächten der Untergrundbahn! Gottseidank, möchte man sagen!

Das offensichtliche Versagen des Regimes tritt natürlich nicht nur in diesen „Äußerlichkeiten" zutage; doch sie werden von den Franzosen sehr ernst genommen. Und obwohl sie keineswegs meinen, der neue Anstrich der Fassaden sei wichtig — oder die Clochards müßten hinter Asylmauern ihr Dasein fristen, nehmen sie diese Begebenheiten am Rand als Gradmesser für das Unvermögen des großen Generals, der sich so gern mit Frankreich identifiziert, mit dem Auftrag fertigzuwerden, den ihm sein Volk übertrug. De Gaulle hat die dauernde Krise des französischen Staates auf politischem, wirtschaftlichem und moralischem Gebiet ja nicht durch echte Lösungen behoben, sondern sie nur mit Hilfe der ihm überlassenen Machtvollkommenheit überdeckt. Er sucht seine innenpolitische Unfähigkeit durch starkes außenpolitisches Auftreten zu kompensieren und zeigt die Tendenz, die ihm übertragene Machtfülle in dem Augenblick zu vergrößern und zu festigen, in dem sich herausstellt, daß sein Regime mit den Aufgaben, die es erfüllen sollte, nicht fertigzuwerden vermag, und daß die Probleme der Vierten auch die Probleme der Fünften Republik geblieben sind.

Doch wird Frankreich heute besser regiert, die Verwaltung ist sauberer und arbeitet präziser, als vor zwei Jahren. De Gaulle ist bis jetzt, allen Befürchtungen zum Trotz, maßvoller gewesen, als man je zu hoffen wagte. Er, ein Mann mit geringer politischer Erfahrung, tat ohne Zögern das Vernünftigste. Er steuerte das Ziel einer Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mit einschneidenden Reformen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, Lohnstopps, Preis- und Steuererhöhungen, Devisenmanipulationen und der Abwertung des Francs an.

Doch das ist den Franzosen zu wenig. Sie fragen sich heute, warum es gerade de Gaulle sein mußte, der dies tat? Und während das internationale Prestige des Generals kometenhaft ansteigt, schwindet sein Ansehen im französischen Volk zusehends. Was man im Ausland nicht erkennt oder übersieht, haben die Franzosen selbst überraschend schnell festgestellt. Trotz aller Verschleierungsver-

suche spüren sie die hinter den Kulissen des Regimes vor sich gehenden psychologischen Entwicklungen und politischen Strukturveränderungen. Während es der Fünften Republik nicht gelingt, ihren improvisiert-interimistischen Charakter zu verleugnen, sterben die alten Parteien langsam ab und die latent-faschistischen Umtriebe, die unterdessen üppig ins Kraut schießen, können doch nicht verhindern, daß ein politisch-ideologisches Vakuum entsteht.

Darin, daß es genau weiß, daß sich de Gaulle wohl an gewissen Symptomen als glücklicher Operateur erwiesen, aber bisher keines der echten Strukturprobleme auch nur halbwegs gelöst hat, an denen die Vierte Republik gestorben ist, zeigt sich aufs Neue die wachsame politische Intelligenz unseres Nachbarvolkes. Die Franzosen von 1960 haben sich, sehr im Gegensatz etwa zu den Deutschen von 1935, unter dem diktatorialen Regime nicht eingerichtet. Sie bezweifeln nicht die vielleicht ebenso notwendige wie merkwürdige Rolle de Gaulles, der heute ja tatsächlich alle Hoffnungen und alle Gefahren Frankreichs zu verkörpern scheint. Stärker als diese Regung ist aber das Unbehagen und die Überzeugung, daß das Regime nur eine Zwischenlösung sein kann.

Das bedeutet nicht, daß sich das gegenwärtige politische Bild Frankreichs schon in absehbarer Zeit ändern müßte. Die Entwicklung ist augenblicklich mindestens an der Oberfläche relativ ruhig. Zwei Jahre sind ja auch im Leben eines Menschen eine kurze Zeit. Im Dasein eines Volkes schrumpfen sie zu einem Nichts. Wie lange aber de Gaulle auch noch an der Spitze Frankreichs bleiben mag, die große Frage ist schon ausgesprochen: was kommt danach?

Woran starb die Vierte Republik? Wer die gegenwärtige französische Situation nicht nur oberflächlich analysieren will, muß diese Frage konkret beantworten. Sie ist vielleicht der wichtigste Schlüssel zum Verständnis dessen, was sich heute in Frankreich abspielt.

Die Ereignisse, die vor zwei Jahren den Sieg de Gaulles ermöglichten, sind nicht nur von ihm und seinen Anhängern, sondern vom überwiegenden Teil der westlichen Presse und der Weltmeinung als Krise des parlamentarischen Systems hingestellt worden. Ein Teil des französischen Volkes selbst hat sie so verstanden. Dabei wurde zweierlei übersehen! De Gaulle verkörperte doch eine jener Mächte, die die permanente Krise dieser Republik hervorgerufen hatten und sie wachhielten. Der von einem zweifelhaften Mythos umgebene General, über dessen politische Verdienste sich die Historiker bis zu seiner Rückkehr an die Macht so wenig einig waren wie über seine militärischen Qualitäten, verdankte seine Berufung ja gar nicht dem Parlament. Die Nationalversammlung war in den wenigen entscheidenden Augenblicken in die Rolle des Zuschauers gedrängt. Er verdankte sie nicht einmal den aufsässigen Militärs, die entschlossen schienen, ihn mit Gewalt in den Sattel zu heben. Militärs sind immer aufsässig, wenn sie Schwächeren gegenüberstehen. Zeigt man ihnen die Zähne, kneifen sie.

De Gaulles Vorgänger lieferten der Republik ein höchst seltsames Schauspiel. C o t y und P f l i m l i n manipulierten ihren mühselig mit der Aura geschichtlicher Taten aufgeputzten Heros durch ungewöhnliche Absprachen, Erklärungen und Ultimaten selber in den Vordergrund. Sie zogen eine völlig unparlamentarische Notbremse und verlangten von der Nationalversammlung das Harakiri. Das Parlament sollte sich verleugnen. Es tat es nicht unter dem Zwang der militanten Ankündigungen aus Algerien, sondern unter dem massiven Druck der Rücktrittsdrohungen des Staatspräsidenten.

Gewitzigt durch die entmutigenden Erfahrungen mit der Dritten Republik, hatten die Schöpfer der Vierten als natürliche Reaktion dem Parlament eine Schlüsselposition eingeräumt, die stärker war als je die Stellung eines Parlamentes zu

irgendeiner Zeit in irgendeinem Land. Selbstverständlich zeigte dieses System gewisse Schwächen. Aber spätestens, als 1953 die RPF, die zunächst rapid erstarkte sogenannte Sammlungsbewegung de Gaulles, sich auflöste, war bewiesen, daß die Nationalversammlung sich den Zersetzungsversuchen totalitärer Kräfte erfolgreich zu erwehren vermochte und somit seine eigentliche Aufgabe in der französischen Nachkriegsgeschichte erfüllte.

Der 13. Mai 1958 war daher nicht der Ausdruck der Krise des parlamentarischen Systems, die damals schon im Abflauen war, sondern eine für die französische Geschichte seit 1789 durchaus nicht neue politische Situation, die mit parlamentarischen Mitteln zu lösen gewesen wäre.

Stattdessen wurde das Feld de Gaulle überlassen. Die Schuld daran trug aber in erster Linie nicht das Parlament selbst, sondern seine Repräsentanten, die, von den schon für die Vierte Republik symptomatischen faschistischen Umtrieben infiziert, plötzlich überdrüssig waren, mit dem selbstbewußten Parlament zu ringen. Indem Coty, der Staatspräsident, den Schild, auf den ihn der Parlamentarismus erhoben hatte, gegen diesen wendete, um in seinem Schutz die Nationalversammlung aus- und de Gaulle an die Spitze des Staates zu manövrieren, wurde er zum eigentlichen Totengräber der Vierten Republik und zum Verräter an der parlamentarischen Idee. Das konnte nur geschehen, weil sich der Staatspräsident offensichtlich nicht mehr dem Parlamentarismus, sondern anderen Mächten verpflichtet fühlte, die den Verlust Algeriens, zu dem die Nationalversammlung bereit schien, nicht hinzunehmen gedachten.

Das Unbehagen am Parlamentarismus wurde in Frankreich nicht durch die Angst vor der Volksfront erregt, die sich damals unter anderem als mögliche Alternative zu de Gaulle anbot, sondern von der Furcht gewisser Wirtschaftskreise, die Volksfront werde auf Algerien verzichten. Und doch war damals schon längst abzusehen, daß es keine Gesundung Frankreichs ohne eine konstruktive Algerien-Lösung geben kann.

Man hat Charles de Gaulle mit H i t l e r verglichen. Wieweit der Vergleich erlaubt ist, mag umstritten sein. Das Verhalten der politischen Führungsschicht des demokratischen Staates ihm gegenüber entsprach jedenfalls dem Verhalten jener Kräfte, die die Hauptschuld am Zurmachtkommen Hitlers trugen.

Der General ist tatsächlich niemals ein echter Demokrat gewesen. Die Demokratie ist ihm, was seiner Herkunft und seinem Wesen entspricht, immer unverständlich und widerlich gewesen. Nur aus diesem Grund ist er den Gesellen, die das Debakel vom 13. Mai 1958 in Algerien auslösten und denen, die es im Mutterland als erlösende Tat bejubelten, als der geeignete Führer erschienen. Der Volksmasse hätte dieser Mensch, mindestens nach der Lektüre seiner mit maßloser Ichsucht und einer nebulös-autoritären Staatsidee angefüllten Memoiren, höchst suspekt erscheinen müssen. Die Wähler fielen allein deshalb auf ihn herein, weil sie einen Augenblick an die väterliche Schiedsrichterrolle glaubten, in der er aber — wie sich herausstellte — auf die Dauer nicht zu agieren vermochte, weil er den Kräften, die ihn ins Spiel brachten, viel zu sehr verhaftet ist.

De Gaulle ist kein Hitler. Er besitzt noch nicht einmal das diabolische Format, das diesen kennzeichnete. Aber er ist wie dieser das Sinnbild einer Epoche, die man nicht zu Unrecht als Spätkapitalismus bezeichnet und deren typische politische Ausdrucksmöglichkeit faschistische oder faschistoide Herrschaftsformen sind.

Die Ereignisse des 13. Mai 1958, die sich jetzt zum zweitenmal jähren, haben zahlreiche Vorläufer. Seitdem das Militär vom veralteten Söldnerwesen zum integeren Bestandteil der Staaten anvanciert ist, versucht es immer wieder mit wechselndem Erfolg, durch schlechthin unkontrollierbare Handlungen seine Da-

seinsberechtigung zu beweisen. Der algerische Armeeputsch findet seine überraschende Parallele beispielsweise im Verhalten der Reichswehr, die Hitler bekanntlich gegen Röhm beistand, um zum „alleinigen Waffenträger der Nation" zu werden.

Gefährlich werden solche Mätzchen erst, wenn die Militärs sich mit den Mächtigen der Industrie verbünden, deren Wünsche in der Regel die gleichen sind. Dies geschah in Frankreich! Die Fortsetzung des algerischen Krieges, deren Preis der Sturz der Vierten Republik war, entsprach ja dann auch allein den Interessen der Armee, die um ihre Beschäftigung und ihren Einfluß, und gewisser Kreise der Geldaristokratie, die um ihre Kapitalinvestitionen bangten. Beide Parteien schanzten de Gaulle die Schiedsrichterrolle zu, die ihm in Wirklichkeit nicht zukam, die aber in den Augen der Wähler zunächst glaubwürdig erschien. Damit war der Sturz der Demokratie, denn um ihn ging es, beschlossene Sache. Die Verschwörer hatten ihr Haupt, das den Sieg gewährleistete!

Wenn einmal die Geschichte der Fünften Republik geschrieben wird, wird man allerdings schwerlich behaupten können, de Gaulle habe die Franzosen über die Gestalt seines Regimes im Unklaren gelassen. So wenig er dem letzten demokratischen Parlament ein konkretes Regierungsprogramm vorzulegen hatte, so deutlich ließ er wissen, wie er zu regieren gedachte. Wenn man überhaupt von einem schuldhaften Verhalten der Nationalversammlung ihm gegenüber reden kann, dann hat es sich darin geäußert, daß sie ihre Schwäche zu klar erkannte und die ihr von außerparlamentarischen Mächten zugefügten Schläge zu schmerzhaft spürte, um noch die Kraft zu finden, sich dem zynischen Egozentriker aus Colombey les Deux-Eglises ernsthaft zu widersetzen. So gelangte de Gaulle an die Macht, ohne daß er auch nur den Schimmer eines Programmes besaß und indem er den müde gewordenen Parlamentariern unermüdlich einredete, er sei schon der „richtige Mann".

De Gaulle hätte trotzdem niemals eine solche Machtfülle erlangen können, wenn er beim Plebiszit vom 30. November 1958 nicht über eine Bewegung verfügt hätte, die kaum den Charakter einer politischen Partei im herkömmlichen Sinn besaß. Die „Union für eine neue Republik", die in der Nationalversammlung über 188 Sitze und über eine Mehrheit verfügt, schien zunächst nur den Zweck zu verfolgen, den Volksentscheid für de Gaulle, für seine Verfassung und die Wahlen vorzubereiten. Erst nach der Konstituierung der Fünften Republik wurde sie allmählich zur Partei, deren Aufbau schon in seinen Grundzügen der der Bewegungen Hitlers oder Mussolinis entsprach.

Auch die UNR, die wohl am besten als eine Art Gaullismus ohne de Gaulle charakterisiert wird, auf den sie aber doch nicht verzichten kann, verfügt ebensowenig wie dieser bis heute über ein Programm. In dieser Hinsicht sind nur drei Faktoren bekannt geworden, aus denen die UNR ihre Daseinsberechtigung zu beziehen scheint. Da ist erstens das programmatische Bekenntnis zu de Gaulle, zweitens die absolute Feindschaft gegenüber den Kommunisten und die unabänderliche Forderung nach einem französischen Algerien und drittens sollen die Gewerkschaften durch die „Harmonie von Kapital und Arbeit" — also durch so etwas wie die Arbeitsfront unseligen Andenkens — ersetzt werden. Wenn man weiß, daß letzteres eine alte Forderung des Generals und der Gaullisten aus der Zeit vor 1953 ist, kann man den mindestens präfaschistischen Charakter seines Regimes nicht mehr anzweifeln.

In diesem Zusammenhang ist natürlich die Frage interessant, welche Kräfte sich in der UNR zusammengefunden haben? Jacques Servan-Schreiber bezeugt zum Beispiel, daß sich in ihren Reihen drei Mörder befinden. Das ist bezeichnend ge-

nug. Im übrigen besteht die Bewegung aus den nationalistischen Ultras, vielen früheren Petainisten (!), mehr oder weniger offenen Faschisten und den Offizieren der Armee. Ihr Fußvolk aber wird gestellt von den ehemaligen Poujadisten, deren Gruppe fast vollständig in der UNR aufgegangen ist. Poujade hatte bekanntlich die Masse der kleinen Geschäftsleute, Handwerker und Bauern um sich gesammelt. So gegensätzlich also das strukturelle Bild der gaullistischen Partei erscheint, so adäquat sind die Ziele der Schichten, die sich in ihr vereinigten. Klein- und Großbürgertum haben diese Bewegung geschaffen als Instrument ihrer tatsächlichen Inbesitznahme des Staatsgefüges. Die (faschistische) feste Hand ist ihnen naturgemäß lieber als soziale Unruhen und die Preisgabe der afrikanischen Bodenschätze. Damit hat sich innerhalb von vierzig Jahren zum viertenmal und in einem vierten europäischen Land eine faschistische Machtergreifung auf legalem Weg vollzogen!

Im Gegensatz etwa zu Hitler, der ja bekanntlich bis zum Ende mit dem Gerippe der Weimarer Verfassung regierte, ist das gaullistische Regime durch eine Verfassung abgesichert, die schon an sich eine ungeheure Herausforderung der demokratischen Freiheiten darstellt. Man hat diese Tatsache damit entschuldigen wollen, daß die Verfassung auf die Person des Generals zugeschnitten sei, der, auch in den Augen vieler Arbeiter, als integere Persönlichkeit gelte. Wer aber will im Ernst behaupten, daß de Gaulle seine Vollmachten eines Tages ausgerechnet dazu verwenden werde, gestützt auf die Arbeiterschaft, etwa sozialistische Veränderungen durchzuführen? In Wahrheit geht es doch nur darum, die volle faschistische Herrschaft zu vermeiden und trotzdem die kapitalistischen Interessen zu verfolgen. So enthält die Verfassung beispielsweise keinerlei Hinweise über gewerkschaftliche Freiheiten, Streikrecht, soziale Sicherheit; sie ignoriert sämtliche Errungenschaften der Arbeiter, die längst selbstverständlich waren. Darüber hinaus fällt es schwer, in ihr auch nur den geringsten Anklang an die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen festzustellen. Der Ermächtigungsparagraph, für den selbst Hitler die Zustimmung des Reichstages brauchte, kann vom Präsidenten selbst nach Gutdünken für beliebig lange Zeit in Kraft gesetzt werden. Klarer läßt sich nicht mehr ausdrücken, daß das Regime de Gaulles Keime einer faschistischen Diktatur in sich trägt, zu Terrorherrschaft ausarten kann, wenn de Gaulle einmal plötzlich ausscheidet und die autoritär-reaktionäre Verfassung seinen Epigonen hinterläßt. Die Vorgänge um de Gaulles früheren eifrigsten Trommler Jacques Soustelle, der heute schon zu seinen Feinden gehört, lassen diese Aussicht als reale Konsequenz der nachgaullistischen Zeit befürchten!

Für den Augenblick ist es wichtig, zu wissen, ob de Gaulle nach zweijähriger Herrschaft konkrete innen- und außenpolitische Erfolge aufzuweisen hat!

Die Besuche Eisenhowers und Chrustschows in Paris, die Reisen des Staatspräsidenten nach England und in die Vereinigten Staaten sind viel zu oft als Erfolge der französischen Politik gepriesen worden, als daß man dieser eifrig kolportierten Versicherung noch glauben könnte. In Wirklichkeit hat de Gaulle keine seiner sporadisch vorgetragenen selbstbewußten Forderungen erfüllt bekommen, und die Explosion der französischen Atombomben in der Sahara hat ihm nicht den erwarteten Prestigegewinn, sondern den Unwillen der Weltöffentlichkeit eingebracht.

Die Bomben haben auch zugleich noch ein zweites Ziel des Generals vollends zunichte gemacht, das er 1958 zusammen mit der Fünften Republik proklamierte: die französisch-afrikanische Gemeinschaft. Sie hat sich nicht als feste Klammer zwischen dem Mutterland und den überseeischen Besitzungen bewährt und ist in ihrer heutigen Gestalt nur noch ein kümmerliches Fragment der ihr ursprünglich

zugedachten Stellung. De Gaulle wollte einen Bundesstaat, er bekam einen Staatenbund, dessen Mitglieder sich an die Weisungen der Pariser Zentrale nicht gebunden fühlen.

Auch in militärischer Hinsicht hat sich keiner der Wünsche des Generals erfüllt. Das Drei-Mächte-Direktorium, das die Nato-Zusammenarbeit koordinieren sollte, ist am entschlossenen Widerstand der übrigen vierzehn Mitgliedstaaten gescheitert. Sogar nach der gelungenen Explosion der französischen Bomben fanden sich die USA und Großbritannien nicht bereit, ihre Atomgeheimnisse mit den Franzosen auszutauschen. Außerdem erhielt Frankreich nicht das begehrte Nato-Oberkommando über den Mittelmeerraum und über Nordafrika; der eifrig propagierte Verteidigungspakt zwischen Frankreich, Italien, Spanien, Marokko und Tunesien ist eine Illusion geblieben, an die niemand mehr gern erinnert sein möchte.

Den größten Mißerfolg aber mußte de Gaulle in Algerien einstecken. Der algerische Krieg, dessen Beendigung er dem französischen Volk versprach, schwelt weiter. Die Mehrheit der Franzosen gab dem General allein deshalb ihre Stimme, weil sie diesem Versprechen glaubte. Sie ist bitter enttäuscht. De Gaulle hat den Krieg nicht nur fortgesetzt, sondern auch seine Zusicherung, den Algeriern die Selbstbestimmung zu geben, gebrochen und sich eindeutig auf die Seite derer geschlagen, die Algerien mit Waffengewalt befrieden und es danach weiterhin an Frankreich fesseln wollen. Das aber bedeutet nicht weniger, als daß dieser Krieg noch auf unabsehbare Zeit hinaus weitergehen wird.

Die Lage in Algerien wirkt sich auch im starken Ausmaß auf die innerpolitische Situation des Mutterlandes aus; denn das französische Schicksal hängt weiterhin sehr viel mehr von der algerischen Frage ab, als man gemeinhin anzunehmen bereit ist. Es geht in Nordafrika viel weniger um Menschenmaterial oder um Landmassen, als um Petroleum- und Rohstoffquellen, auf die das französische Kapital — wie schon gesagt — nicht verzichten will.

Glück im Unglück der innerpolitischen Schwierigkeiten ist für de Gaulle, daß die Zeit der alten Parteien in Frankreich fürs erste vorbei zu sein scheint und sich in ihren Reihen keine wirksamen oppositionellen Kräfte mehr regen. Doch ist die fast annähernd zwei Jahre lang statische französische Innenpolitik in den letzten Wochen wieder in Fluß geraten. Seit geraumer Zeit grassiert in Frankreich eine neue politische Erscheinung; man spricht vom inneren kalten Krieg. Dieser hat damit begonnen, daß die Franzosen anfingen, die tatsächlichen Möglichkeiten und die Fähigkeiten des großen Mannes anzuzweifeln, in dessen Hände sie einstens vertrauensvoll ihr Schicksal legten. Unter der Oberfläche hat sich darüber hinaus eine gewisse Neugruppierung der nichtkommunistischen Linken angebahnt, für die bei aller Verschiedenheit ihrer Beweggründe eines entscheidend ist: sie ist nicht mehr — wie die Linke vor dem 13. Mai 1958 — extrem antikommunistisch! Es entstand zum Beispiel zuerst eine Unabhängige Sozialistische Partei, die die kleineren Gruppen zwischen den Kommunisten und den orthodoxen Sozialisten Guy Mollets sammelt; eine ihrer frappierendsten Folgeerscheinungen war es, daß Mollet vom bisherigen tolerierten gaullistischen Regime flugs abrückte.

Gleichzeitig hat sich auch die Rechte neu zu formieren begonnen. Vieles weist darauf hin, daß der aus der UNR ausgeschlossene Soustelle der Trommler sein könnte, der die konfusen und zersplitterten rechten Gruppierungen in einem oppositionellen Sammelbecken vereinigt. Dazu müßte dieser freilich ein Volkstribun werden, als der er heute noch nicht erkennbar ist. Aber Soustelle gilt als kalter politischer Planspieler, der über eine ungewöhnliche Intelligenz und überdurchschnittliches Format verfügt; sollte er als Katalysator der Rechtsopposition

nicht wenigstens vorstellbar sein? General de Gaulle identifiziert sich ja nicht mit der politischen Rechten. Doch er steht und fällt mit ihr. Und wenn sie seiner eines Tages sogar überdrüssig wäre, böte sich Soustelle als Nachfolger geradezu an.

Hierbei darf nicht vergessen werden, daß die Rechte auch die traditionelle Heimat der französischen Antisemiten ist. Man kann sich vorstellen, was geschieht, wenn diese Leute eine Macht übernehmen würden, die in der Gestalt der autoritären Verfassung heute schon gefährlich ist.

Man ist hierzulande nur allzu leicht geneigt, solche Voraussagen sorglos in den Bereich der Utopie zu verweisen. Gewiß handelt es sich bei den geschilderten Vorgängen zur Zeit noch vielfach um unterirdische Strömungen, die nur selten an das Licht dringen. Sie zu verniedlichen oder zu übersehen, hieße aber, zu ganz falschen Schlüssen über die tatsächliche Lage des gaullistischen Regimes zu gelangen. Freilich ist es eine ganz andere Sache, vorauszusagen, wann diese Kräfte an der Oberfläche der politischen Gegenwart Frankreichs auftauchen werden. De Gaulle selbst nimmt sie nicht leicht.

Die zweite algerische Rebellion, der der General nur mit Mühe Herr zu werden vermochte, der Aufstand von dreißigtausend Kartoffel- und Kohlrübenbauern in Nordfrankreich und die seit Monaten anhaltende Opposition des Parlamentes haben ihn veranlaßt, nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, die geeignet scheinen, seine Machtposition zu festigen. Er besitzt heute nicht mehr das uneingeschränkte Vertrauen der UNR, die Ultras unter den Französischen Siedlern in Algerien sind ihm ebenso feind wie die Algerier, die von ihm ihre Freiheit erhofften. Das Prestige des Generals in der Armee ist stark erschüttert. Er hat sich buchstäblich zwischen alle Stühle gesetzt. Was ihn heute noch hält, ist die faschistische Minderheit, die ihn für ihre Zwecke braucht, und das Großbürgertum, dem er angehört, das aber nicht bereit ist, ihm auch da zu folgen, wo er seinen Forderungen Zügel anlegen muß. Das ist zum Beispiel bei der Abwertung des Francs geschehen, die an sich durchaus im Interesse des Kapitals lag. Die französische Wirtschaft ist aber nicht der Aufforderung nachgekommen, die Abwertung nicht durch weitere überhöhte Preissteigerungen illusorisch zu machen. Die katastrophale Preisentwicklung nach der Abwertung zeigt das deutlich.

Der Ausweg aus dieser Lage ist für de Gaulle der Artikel 14 seiner Verfassung, mit dessen Hilfe er künftig eine reine Präsidialregierung bilden und das politische Kräftespiel vollständig unterbinden kann. Das würde aber auf die Dauer von niemand hingenommen. Daher kann man, ohne in den Geruch des politischen Phantasten zu geraten, die Erwartung aussprechen, daß das gaullistische Regime seinem Ende näher ist als seinem Höhepunkt. Das heißt nicht, daß es nicht noch genügend Zeit zum Unheilstiften hätte.

Seit Napoleon III. besaß in Frankreich niemand so viel Macht wie Charles de Gaulle. Weder Adolphe Thiers, der Gründer und erste Präsident der Dritten Republik, noch der Marschall MacMahon oder Clemenceau oder Poincaré konnten sich seiner politischen und konstitutionellen Machtfülle erfreuen. Staatsmänner wie Gambetta und Ferry wären durch sie vermutlich zu großartigen Leistungen fähig gewesen; de Gaulle aber scheint ihr nicht gewachsen zu sein.

Die politischen Diskussionen der Franzosen werden heute von der Frage bewegt, wie sie den General, den sie überschätzten und der sich selbst überschätzt, und sein Regime wieder loswerden können. Die Franzosen haben nachzudenken begonnen, wie sich ihre politische Zukunft gestalten soll. Darüber gibt es natürlich zahllose, weit auseinander gehende Meinungen. Die Vorstellungen über die Zukunft sind ebenso vielgestaltig wie das Antlitz der Gegenwart widerspruchsvoll ist. Aber der Besucher, der in diesen Wochen mit Parisern oder mit Leuten

aus der Provinz die politische Lage erörtert, spürt sehr deutlich, daß zwei ganz bestimmte Möglichkeiten immer mehr diskutiert werden. Die einen befürchten — oder erhoffen — ein faschistisches Regime; die anderen setzen auf die Volksfront! Seit den Gemeindewahlen im vorigen Frühjahr ist die kommunistische Partei trotz der gaullistischen Wahlmanipulationen wieder eindeutig die stärkste des Landes. Noch hält sie sich zurück, obwohl sie bei dem Staatsbesuch Chrustschows ihre Stärke vor aller Welt zeigte. Die kommunistische Führungsschicht, die bis jetzt immer noch als „stalinistisch" verschrieen ist, bemüht sich augenblicklich auffällig, sich besser der Entwicklung und den Wünschen der Massen anzupassen. Die erwähnte Neuformierung der Linken, die — wie gesagt — keinen antikommunistischen Effekt mehr besitzt, scheint dieses Verhalten zu honorieren. Was vorsichtige westliche Kommentatoren nach dem 13. Mai 1958 für den Fall eines Versagens de Gaulles andeuteten, was aber außer den Kommunisten selbst kein Mensch wahrhaben wollte, muß jetzt ernsthaft ins Kalkül der politischen Überlegungen einbezogen werden: die Volksfront. Sie ist in Frankreich vielleicht heute näher, als sie es vor zwei Jahren war.

Das gaullistische Regime wackelt, ehe sich das dritte Jahr seiner Existenz vor ihm auftut. Die imponierende Stärke, deren sich der General im inner- und außenpolitischen Umgang bedient, stützt sich nur noch auf die Kräfte, die in der Volksfront eine tödliche Gefahr für sich selbst erblicken. Diese Kräfte werden sich seiner aber ebenso rasch entledigen, wie sie ihn riefen — und ihn durch unverhüllte faschistische Diktatur ersetzen, wenn er die Erstarkung der Linken nicht bald zu stoppen vermag. Die verhängnisvolle Rolle der algerischen Siedler, die schon für den Ausgang des Putsches vom 13. Mai 1958 entscheidend war, darf auch heute nicht unterschätzt werden. Die Siedler werden sich wohl auch künftig jeder Lösung widersetzen, die darauf hinausläuft, Algerien aufzugeben. Das heißt, daß das französische Schicksal noch lange Zeit mehr von Algerien als von seiner innerpolitischen Situation bestimmt wird. Die Siedler, die sich schon einmal als so stark erwiesen, daß sie den legalen französischen Staat beseitigen und durch ein präfaschistisches Regime ersetzen konnten, werden nicht zögern, dem Geschick Frankreichs auch ein zweites Mal einen anderen Lauf zu geben.

Die Alternative rückt immer näher: Faschismus oder Volksfront!? Es ist nicht wahr, daß de Gaulle Frankreich vor beiden gerettet hat. In Wirklichkeit hat er das Land, wenn auch vielleicht unwillentlich, beiden entgegengeführt. Die Volksfront wird vielfach — innerhalb und außerhalb Frankreichs — noch als Bürgerschreck angesehen. Wenn man ernsthaft beginnen würde, in ihr die echte Partnerschaft aller bürgerlichen und sozialistischen Kräfte zu sehen, deren gemeinsames Ziel die Verteidigung der Demokratie ist, könnte sie die Rettung vor dem Faschismus sein. Jedenfalls wird es immer zweifelhafter, ob der abblätternde Mythos des Generals de Gaulle den Willen eines enttäuschten Volkes noch längere Zeit zurückhalten kann, das seit der großen Revolution seine politischen Interessen mit Vehemenz zu vertreten gewohnt ist!

Reinhard Tietz

Hans Joachim Iwand †

Theologische Existenz in der politischen Wirklichkeit

„Wir sind alle feige gewesen solange, als wir den Tod fürchteten. Solange wir im Banne der Todeswelt leben, können wir nicht wahrhaft lieben! Die Liebe ist keine moralische Angelegenheit, keine philosophische Idee. Sondern die Liebe ist geboren jenseits des Todes. Das ist die Liebe Gottes. Darum haben die ersten Christen gesagt: Wir sind aus dem Tode ins Leben gekommen, denn wir lieben die Brüder.

Die Entscheidung ist gefallen, nicht von uns aus, sondern von Gott aus, über alle Menschen und für alle Menschen. Wir sind Hoffende, Mitarbeitende, Mitwirkende am Frieden, weil wir wissen: der Satan ist besiegt, die Welt steht offen für eine neue Ordnung."

Professor D. Hans Joachim Iwand, der diese Worte im Juni 1958 auf der ersten Christlichen Friedenskonferenz in Prag sprach, ist am 2. Mai dieses Jahres plötzlich von uns genommen worden. Mit ihm haben wir einen Mann verloren, der nicht nur ein großer Theologe war, sondern dessen ganze Existenz etwas von dem befreienden Glanz des Evangeliums sichtbar werden ließ. Er hatte die Gabe, wo er hinkam, die schwelenden Nebel ängstlicher Meinungen und ungeklärter Vorurteile mit wenigen Sätzen beiseitezuschieben, weil er selbst nur ein Vorurteil hatte: daß seit Auferstehung Jesu Christi von den Toten der Siegeszug Gottes im Gange sei und daß wir mit ihm Schritt zu halten hätten, auch wenn uns darüber der Atem ausginge. Im Lichte dieser Ostersonne erkannte er, was als Wirklichkeit um ihn herum war. Die Dinge traten auf einmal aus ihrer Zufälligkeit und Isoliertheit heraus; was sich in Vergangenheit und Gegenwart ereignete, geschichtliche Fakten, philosophische Einsichten, soziologische Umschichtungen, konnte er, der Theologe, nun beim Namen nennen. Ständig war er bemüht, in die Tiefe der Erscheinungen der Wirklichkeit einzudringen, zu verstehen und zu verknüpfen, was zueinander gehörte. Er konnte erstaunliche Beziehungen freilegen, Perspektiven aufreißen, wie es sich sonst kaum einer zutraute; er sprach von der Zukunft wie einer, der wachgeworden war und wußte, was auf dem Spiel stand und was zu gewinnen war. Das alles war oft aphoristisch, fragmentarisch — was einen vielleicht bei ihm, dem Professor für systematische Theologie, verwundern könnte; aber gerade auf diese Weise machte er deutlich, daß es nichts Fertiges, Abgeschlossenes, in Formeln Lern- und Lehrbares gibt, daß menschliches Erkennen vielmehr immer unterwegs ist zu neuen Entdeckungen. Man hatte darum, wenn man ihm im Gespräch oder in Vorlesungen begegnete, den Eindruck von sprudelnder Unmittelbarkeit und Originalität. Was er seinen Hörern reichte, war kein abgestandenes Wasser, sondern taufrisch.

Das gilt zu allererst von seiner Theologie. Und wenn Iwand auch in seinen Beiträgen zu dieser Zeitschrift selten theologische Töne angeschlagen hat, so wird doch erst derjenige ihre eigentliche Tiefendimension ermessen, der weiß, daß ihr Bezugspunkt die Botschaft des Evangeliums war. Iwand war kein Politiker, so wenig er sich zum Eintritt in eine politische Partei entschließen konnte. Er war Theologe; das aber mit allen Fasern seines Herzens und in allen seinen Lebensbewegungen, so daß sein politisches Engagement für ihn ein notwendiger Bestandteil seiner „theologischen Existenz" war. Ja man muß sagen, daß seiner Auffassung nach kein Theologe sich dem entziehen kann, daß er ein politisches Wesen ist, einfach weil er immer Bote Gottes an die Welt ist, so wie es exemplarisch die Propheten des Alten Testaments, Elia, Jesaja, Jeremia, waren. Indem sie da auftreten, wo eine mehrdeutige Sprache gesprochen wird und wo Miß-

trauen herrscht, tritt ein Wort auf den Plan, bei dem Ja wieder Ja und Nein wieder Nein ist. Hier wird nicht die irdische Misere mit frommen Sprüchen, die das Volk narkotisieren, vertuscht, sondern hier wird gesagt, was ist. Daran hing Iwand alles, daß in diesem Wort die Wirkichkeit zur Sprache kommt, Gottes Wirklichkeit und die Wirklichkeit des Menschen. Hier wird dann allerdings mit aufrührerischer Unerbittlichkeit, gegen die Karl Marx nur ein zahmer Nachhall war, enthüllt, daß die Menschen sich verkauft haben, daß die Welt todkrank ist. „Ihr Unglaube ist ihre Schuld! Nur ihr Unglaube, alles andere ist Strafe ... Alles andere, auch die abgründigen Sünden und Bosheiten, von denen heute die Gesellschaft heimgesucht wird, verdient Mitleid und Erbarmen. Aber ihr Unglaube verdient kein Erbarmen. Wer den Gefangenen, nur weil er sich angewöhnt hat, seine Ketten zu lieben und das Gefängnis für unzerbrechlich zu halten, seinen Träumen oder seiner Resignation überließe, der wäre kein Befreier. Er würde kein Bote und Zeuge des Auferstandenen in der Welt sein."

Iwand kam von Luther her und war einer der faszinierendsten und tiefgründigsten Interpreten, die Luther je gefunden hat, gerade auch darin, daß er es nicht zu Konfessionalismus und Orthodoxie kommen ließ. Da stand Luthers Rechtfertigungslehre wieder als befreiende Erkenntnis da und riß die Schranken dogmatischer Lehrformeln ein. Wo der Mensch versucht, Wirklichkeit im eigenen Beurteilen seiner selbst und seiner Umwelt zu bestimmen, da stößt er bestenfalls auf Symptome von Wirklichkeit. Das soll keine Abwertung menschlicher Erkenntnisbemühung sein, wie Iwand denn auch die Philosophie grundsätzlich gegen alle voreiligen Verdikte in Schutz zu nehmen pflegte und selbst in ihr ebenso zuhause war wie in Luthers Werk. Aber was der Mensch von sich aus erkennt, ist partielle Erkenntnis, ist darum Schein-Wirklichkeit. Erst wo Gott ihn aufspürt und stellt, da kommt die Totalität seiner Existenz zum Vorschein, und die heißt: total schuldig, inklusive des guten Willens. Der Mensch läßt Gott nicht Gott sein, er liquidiert ihn. Darum lebt er in der Welt des Todes, weil Gott für ihn tot ist. Auf entsetzliche Weise hat diese Leugnung Gottes Geschichte gemacht im Dritten Reich: sie „haben damals nicht geahnt, daß sie selbst — ohne es zu wissen, aber darum eigentlich um so schlimmer und tragischer, denn sie konnten es wissen! — mit allem, was sie taten, in der gleichen Zeit das Reich des Todes aufbauen halfen, daß sie die Bühne aufstellten, auf der der schrecklichste und furchtbarste Totentanz gespielt werden sollte, den die christlich-abendländische Zivilisation je sah und der in gewisser Hinsicht ... ihr Ende geworden ist." Diese Welt darf nicht mit dem Mantel des Schweigens umhüllt werden, ihre Vergangenheit nicht und ihre Gegenwart nicht, weil Gott darüber nicht den Schleier des Vergessens gebreitet hat, sondern den Tod, den man ihm zugedacht hatte, auf sich nahm. Das heißt Karfreitag. Damit ist jeder Mord, jedes Leid, jede Schuld zur Kreuzigung Gottes geworden. Und das ist die Sendung der Theologie in die Welt, daß sie diese Wirklichkeit aufdeckt, selbst leidend und tragend an dem Seufzen aller Kreatur.

Es ist darum nicht zufällig, daß Iwand in seinem wichtigen Aufsatz „Kirche und Gesellschaft", den er 1952 für die Festschrift zum 60. Geburtstag Martin Niemöllers (veröffentlicht unter dem Titel „Bekennende Kirche") schrieb, gleich zu Beginn das Thema der Not der scheinbar intakten Gesellschaft anschlägt, ja es ist bezeichnend für ihn selbst; denn das Mitleiden mit aller leidenden Schöpfung, zornig, helfend, hoffend, war eines der Leitmotive seines Lebens. Die durch die Passion des Menschen gezeichneten Dichter und Künstler waren seinem Herzen am nächsten: immer wieder Dostojewskij und Shakespeare, Rembrandt, van Gogh. Da waren die ermordeten Kinder, die Mütter, die

Flüchtlinge und Hungernden, deren Schrei aus dem Abgrund ihm in den Ohren lag, ihn, der selbst (von Deutschen!) aus seinem geliebten Ostpreußen vertrieben worden war und der seine Frau schon vor Jahren zu Grabe tragen mußte. Da waren die Menschen, die sich in der Verzweiflung aufgaben, weil die bestellten Helfer und Seelsorger schwiegen und nichts hörten. Er konnte unerhört scharfe Worte finden über der Kirche, ja über allen Menschen, die gleich dem Pharisäer an dem zerschlagenen Bruder vorübergingen, um unangefochten von der Angst der Welt ihre Gottlosigkeit und Unmenschlichkeit (was eine und dieselbe Sache ist) zu zelebrieren, in sakralen oder in privaten Bezirken, jedenfalls in der Besorgung des eigenen Daseins. Noch in den letzten Vorlesungen, die er hielt, hat er seinen Studenten ständig wiederholt: „Sie können nur dann auf die Kanzel steigen, wenn Sie selbst Menschen geworden sind, wenn Sie selbst wahr geworden sind unter dem Wort, das Sie zu verkündigen haben, wenn Sie betroffen sind von der Angst der Menschen, unter denen Sie leben, und etwas wissen von dem Erbarmen Gottes — es waren nicht von ungefähr die von der Gesellschaft Ausgestoßenen, die Dirnen, die Verarmten, die Zöllner, die mit Jesus zusammenlebten. Sie dürfen alles sagen, nur eines nicht: herzlose, dahergeschwätzte, tote Richtigkeiten!" Aber er sagte das nicht nur, sondern er griff selbst zu, wie sein Werk in Beienrode zeigt. Dort, in der Nähe der Zonengrenze, hat er sich nach dem Kriege darangemacht, den ostpreußischen Flüchtlingen ein Stück westdeutscher Erde zu einem Heimatort auszubauen. Was er ihnen dort auf dem Gutshof als Vater gewesen ist, das wissen wohl nur sie allein. Aber man merkte, als er dort in ihrer Mitte seine letzte Stätte fand, daß da nicht Haß und resignierte Verzweiflung die Herzen verhärtet hatten, sondern daß Bereitschaft zum Leiden, zum Miteinanderleben und zum Vergeben regierten.

Zum Mitleiden mit den Zerschlagenen gehörte für Iwand die Last der Schuld. Er trug an dem, was Deutschland in den letzten Jahrzehnten auf sich geladen hatte. Er litt an der Gesellschaft, die sich in ihrer Unbußfertigkeit verhärtete, die Vergangenheit bagatellisierte und nicht mehr umkehren wollte. Da waren die Juden. „Wir Deutsche tragen seither ein Kainszeichen auf unserer Stirn, und es hilft uns wenig, wenn wir unsere Ausflucht suchen bei dem Spruch: ‚Sollten wir der Juden Hüter sein?'" „Wer wird diese Schuld einmal von uns und unseren Vätern — denn dort begann es — nehmen? Hier liegt der Grund, warum viele Menschen bei uns heute abgedrängt werden und sich abdrängen lassen in den bloßen Genuß, in das Geld, in die Leistung, kurzum in allerlei Dinge des Vergessens. Die Opfer der anderen sind unsere unbewältigte Vergangenheit, und es ist ein Weniges, was die Bekennende Kirche theoretisch erkannt und praktisch geleistet hat, um diese Menschen zu retten, die dem Tode und der Qual zugeführt wurden. Was muß geschehen, damit wir das hinter uns bekommen? Wie kann ein Volk rein werden, das den — freilich vergeblichen — Aufstand gegen Israel und seinen Gott hinter sich hat?" „Wer hier auszuweichen rät, weil die Tagesfragen drängender sind, der vereitelt jene Besinnung, die Umkehr, Wiedergeburt und Erneuerung bedeutet."

Neben den Juden standen die Marxisten und Sozialisten, die die Kirche im Stich ließ. Weil sie für ihren eigenen Bestand fürchtete angesichts derer, die eine andere Weltanschauung hatten, weil sie sich ein Jahrhundert lang auf die Seite des Kapitals, des Eigentums, der Bürgerlichkeit geschlagen hatte und jede Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Auflehnung gegen Gott brandmarkte, darum brachte sie es nicht fertig, als die Konzentrationslager gebaut wurden, offen und eindeutig die Partei der Verfolgten zu ergreifen und Solidarität zu üben; ja insgeheim war es ihr nicht einmal ganz unlieb, daß man sich daran machte, Deutschland von „diesen Elementen" zu reinigen. „Bis heute

schwelt diese Schuld weiter und steht noch immer zwischen den Deutschen hier und den Deutschen drüben, zwischen den sogenannten ‚kirchlichen' Kreisen und den Sozialisten." Was hätte es bedeutet, wenn die Kirchen in jener Stunde nicht für ihre eigene Existenz, sondern um der Menschen und um Gottes willen für das Recht eingetreten wären?

Und schließlich gab es die „Feinde" des Krieges, die im Westen und die im Osten. Weil die Kirche sich längst identifiziert hatte mit jener grausigen Freund-Feind-Ideologie, darum konnte sie kein eindeutiges Wort gegen den Krieg sprechen, darum hat sie keinen Grund, angesichts der barbarischen Vernichtungsfeldzüge ihre Hände in Unschuld zu waschen. Iwand schreibt zu Recht: „Es ist ungeheuer schwer für einen Deutschen, zu sehen, was mit ihm passiert ist. Es geht uns wie einem Manne, dem ein Bein amputiert wurde, der aber nicht weiß, daß dem so ist, und den seine Nerven täuschen, so daß er glaubt, er werde eines Tages wieder richtig laufen können. Das werden wir im Sinne unserer bisherigen Geschichte nie wieder vermögen, trotz allem, was uns freundliche Leute aus Ost und West dazu ins Ohr sagen ... Die Wahrheit allein, die kalte, nackte Wahrheit tut es nicht. Das weiß jeder Leidende und — jeder gute Arzt. Wer zerbricht das illusionäre Gebäude, in das wir uns nach der ungeheuren Katastrophe geflüchtet haben?"

Wir werden bleiben in unseren Vorstellungen und Träumen, Bildern und Wünschen, wenn wir nicht von unseren erdachten Göttern umkehren zu dem einen wirklichen Gott, der in Jesus Christus „menschlich" wurde und uns hier in unserer Wirklichkeit auf der Erde begegnet. „Realismus heute bedeutet für mich Umkehr und denken aus der Umkehr heraus", es bedeutet: das Ostergeheimnis verstehen, aus Gottes Vergeben leben und die neue Hoffnung ergreifen. Eine Christenheit, die das einsieht, wird dem Heute des gesellschaftlichen Alltags das Heute des österlichen Lebens nicht länger schuldig bleiben. Wo sie wach wird — und Iwand hat sie mit zorniger Leidenschaft wachzurütteln versucht — da bricht „in der tiefsten Hoffnungslosigkeit unserer Tage ... etwas auf von einer Hoffnung, so groß und umfassend, wie sie seit langem nicht mehr spürbar geworden ist. Beide Heute, das große, gnadenvolle Heute des Evangeliums ... und das kleine, vergängliche, mit soviel Sorge und Schuld, mit vergänglicher Lebendigkeit und unaufhörlicher Bewegung angefüllte Heute unserer menschlichen Gesellschaft müssen aufeinander bezogen werden, so daß ein Funke herüberspringt und wir wieder im ‚Lichte wandeln'." Das ist unsere Auferstehung aus dem Grab unserer Menschenfeindschaft und Blindheit.

Wir spüren etwas von der dynamischen Konkretheit glaubenden Erkennens und Verstehens der Wirklichkeit, wie es Iwand zueigen war, wenn wir dies alles hören. Aber das gilt nun nicht nur nach rückwärts gewandt, sondern gerade und erst recht für das, was von morgen auf uns zukommt und von daher unsere Gegenwart in Beschlag nimmt.

Der Kalte Krieg ist der immer noch virulente Bazillus der Vergangenheit; es war Hitler, der „den Antikommunismus zur Grundlage der deutschen Innen- und Außenpolitik erhob. Darum — weg damit. Der Kalte Krieg kommt nicht aus dem Glauben, er ist gegen die frohe Botschaft von Jesus Christus." Wir müssen „festhalten an der einen Menschheit. Wir können uns nicht zurückziehen auf einen Teil der Menschheit und diesen als die wahre Menschheit bezeichnen. Das erzeugt das furchtbare Übel des pharisäischen Richtens. Diese Aufteilung der Welt führt dazu, daß ein Teil der Menschheit sich für das Ganze hält und den Untergang des anderen Teils vorbereitet." „Hat man erst einmal den ersten Schritt getan, dem Menschen hinter dem Eisernen Vorhang seine Menschlichkeit abzusprechen, hat man erst einmal dies ganze Gebiet für gottlos deklariert, dann wird man sich auch

kein Gewissen machen bei dem Gedanken, daß man es unter Umständen mit Atombomben ‚ausradieren' könnte, und darin noch seine ‚Sicherheit' sehen." Der Kalte Krieg, der Eiserne Vorhang will nicht wahrhaben, daß Gott seine Sonne scheinen läßt „über Gute und Böse, über Gerechte und Ungerechte", er beraubt den Bruder der Sonne Gottes, er negiert diese göttliche Realität. Realismus dagegen heißt: sich nicht vom Antikommunismus infizieren lassen; dieser heutigen Gestalt der Sünde wider den Heiligen Geist, diesem Ungeist entgegentreten, wo er die Augen und Herzen verblendet; das Miteinanderleben von West und Ost jetzt schon einüben.

Wer so handelt, der ist ein Vorläufer des Friedens; denn der Kalte Krieg ist nur die letzte Vorstufe des Heißen Krieges, und sein Vorhandensein zeigt, daß der Friede in Gefahr ist verlorenzugehen, weil seit fünfzig Jahren kein Friede war. Wir müssen Rebellen sein gegen eine Politik, die glaubt, den Frieden mit der Zweiteilung der Menschheit erkaufen zu können. Wir müssen „aggressive Pazifisten" sein. Wir dürfen uns nicht beruhigen über der Existenz atomarer Waffen und über der sich ständig steigernden Aufrüstung der Machtblöcke — auch wenn weite Teile der Bevölkerung sich im Schlaf der Sicherheit wiegen, im Westen noch mehr als im Osten, innerhalb der Kirche noch mehr als außerhalb. Das wird Verleumdungen erzielen, und man wird mit Fingern auf uns zeigen; Iwand hat es genügend erfahren, nachdem er sich bei der Weltfriedenskonferenz und der Prager Christlichen Friedenskonferenz engagiert hatte. Und doch galt es jedesmal: jetzt erst recht!

Iwand war nicht einer, der die Menschen, die ihn um Rat und Mitarbeit baten, erst nach ihrem Glaubensbekenntnis fragte. Er hatte im Dritten Reich beschämende Zeichen von Menschlichkeit gesehen, die oft genug nicht von Christen kamen. „Wir müssen uns daran gewöhnen, daß es viel schöner ist, mit Menschen, die nicht an Gott glauben und doch für den Frieden arbeiten, in einer Linie zu stehen, als mit denen, die vorgeben, mit den Waffen das ‚Reich Gottes' zu schützen ... Viele Menschen haben ein gutes Gewissen, das Waffenhandwerk Seite an Seite mit solchen zu treiben, die Gott lästern, und dieselben Menschen scheuen sich, in die Friedensarbeit einzutreten, weil dort Menschen wirken, die meinen, es gibt keinen Gott. Ich würde sehr vorsichtig sein, was den Glauben an Gott betrifft. Wenn ich Menschen aus Japan, aus China, aus Afrika in der Friedensarbeit wirken sehe, kann ich von ihnen nicht verlangen, daß sie zuerst Christen würden. Hier kann es sich nur um Mitarbeit der Christen handeln."

Das Zusammenstoßen von Ost und West muß als Chance begriffen werden. „Es könnte doch sein, daß die Anwesenheit des osteuropäischen Menschen im Herzen Europas für Europa eine neue Zeit bedeutet, und zwar die Zeit eines echten fruchtbaren Zusammenlebens europäischer Nationen, die immer noch ein großes Erbe zu verwalten haben." Er wußte etwas von der verschütteten Sehnsucht der Völker nacheinander. Er hat sie selbst erfahren auf seinen Reisen in den Osten. Hier sah er eine große Zukunft, voller Hoffnungen und Möglichkeiten. In solcher Begegnung der Völker könnte im gegenseitigen Geben und Nehmen aus der blutigen Saat der Vergangenheit neue Frucht wachsen, könnte das gemeinsam erlittene Schicksal seine geschichtliche Gestalt bekommen.

So ist er selbst zum Brückenbauer zwischen zwei feindlichen Lagern geworden, ein wahrer „pontifex". Er konnte sich als Christ nicht dispensieren von diesen Fragen. Sie waren nicht Glaubensfragen. Aber doch waren sie der Lichthof, der um den Glauben herumliegt. Darin, daß Iwand sie sah und wie er sie sah, leuchtete ein Schein des großen Osterlichts unter uns auf. „Wo der Tod regiert, da gibt es keine Gemeinschaft. Der Tod lebt vom Eigennutz. In diesem unheimlichen Reich", so schrieb er im vorigen Jahr an seinen Freund Hromádka, und es klingt

wie ein Abschiedsgruß, „lebte unsere Bruderschaft, hier lernten wir Brüder sein und — an das Leben zu glauben, nicht nur an das ewige, sondern auch für das irdische uns einzusetzen. Eben um diesen Einsatz für das L e b e n geht es nun heute, auch hier wird eine verschworene Bruderschaft nötig sein, in anderer Zusammensetzung und in anderem Rang, um dem immer noch drohenden Tod das Leben abzuringen. Denen, die Ost und West unversöhnlich gegeneinander setzen, wird diese Bruderschaft entgegenstehen als eine reale, lebendige Kraft."

Berichtigung

Im Aufsatz von Dr. Erich K ü c h e n h o f f in Heft 3/1960, S. 240, muß es im 1. Absatz richtig heißen: Nach § 92 StGB wird mit Gefängnis, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft, wer in der Absicht, den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen, einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben oder eine solche Bestrebung zu fördern, für eine Dienststelle, eine Partei oder eine andere Vereinigung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes, für eine verbotene Vereinigung oder für einen ihrer Mittelsmänner über Verwaltungen, Dienststellen, Betriebe, Anlagen, Einrichtungen, Vereinigungen oder Personen, die sich im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes befinden, Nachrichten sammelt oder zu diesem Zwecke einen Nachrichtendienst betreibt, für eine solche Tätigkeit anwirbt oder sie unterstützt.

Im gleichen Aufsatz muß es auf S. 249, 7. Zeile von oben, richtig heißen: Eine inhaltliche Bindung der gesamtdeutschen Verfassung an inhaltliche Vorschriften des Grundgesetzes ergibt sich ferner nicht aus dem Begriff „frei" in den Formulierungen „freie Selbstbestimmung" des Präambel-Schlußsatzes und „freie Entscheidung des deutschen Volkes" in Art. 146. D. Red.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Pariser Erklärungen Chrustschows und Eisenhowers vom 16. Mai 1960

Chrustschow erklärte:

Erlauben Sie mir, die folgende Erklärung abzugeben: Wie bekannt, haben die amerikanischen Luftstreitkräfte kürzlich eine Provokation gegenüber der Sowjetunion begangen. Am 1. Mai ist ein militärisches Aufklärungsflugzeug der Vereinigten Staaten in die Sowjetunion mit dem besonderen Spionageauftrag eingedrungen, Nachrichten über militärische und industrielle Objekte auf dem Gebiet der Sowjetunion zu sammeln. Der aggressive Zweck dieses Fluges wurde entdeckt, und das Flugzeug wurde von einer sowjetischen Raketeneinheit abgeschossen. Leider war dies nicht der einzige Fall von aggressiven und Spionageaktionen, die von den Luftstreitkräften der Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion unternommen worden sind.

Es ist natürlich, daß die sowjetische Regierung verpflichtet war, diese Maßnahmen entsprechend einzuschätzen und deren perfiden Charakter aufzuzeigen, der unvereinbar ist mit den elementaren Grundsätzen der Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zwischen Staaten in Friedenszeiten, ganz abgesehen davon, daß diese Handlungen in flagrantem Widerspruch zu der Aufgabe stehen, die internationale Spannung zu mindern und die notwendigen Voraussetzungen für den Erfolg der Gipfelkonferenz zu schaffen. Diese Ansicht ist von mir sowohl in meinen Reden auf der Sitzung des Ober-

sten Sowjets der UdSSR als auch in einer Sonderprotestnote an die Regierung der Vereinigten Staaten dargelegt worden.

Das amerikanische Außenministerium hat zuerst die absurde Version verbreitet, daß das amerikanische Flugzeug die Grenzen der UdSSR zufällig verletzt hätte, ohne einen Spionageauftrag oder einen Sabotageauftrag erhalten zu haben. Nachdem auf Grund unangreifbarer Tatsachen die Unaufrichtigkeit dieser Version bewiesen worden war, erklärten am 7. Mai das Außenministerium und dann am 9. Mai der Außenminister im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten, daß die amerikanische Luftwaffe in die Sowjetunion eindringe, um in Übereinstimmung mit einem von der Regierung der Vereinigten Staaten und dem Präsidenten persönlich gebilligten Programm militärische Spionage zu betreiben. Zwei Tage später bestätigte Präsident Eisenhower selber, daß die Flüge amerikanischer Flugzeuge über dem Territorium der Sowjetunion eine beabsichtigte Politik der Vereinigten Staaten waren und bleiben. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das gleiche in ihrer Note vom 12. Mai an die sowjetische Regierung erklärt. Damit tritt die Regierung der Vereinigten Staaten brutal die allgemein anerkannten Grundsätze des internationalen Rechts und die vornehmen Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, die auch die Unterschrift der Vereinigten Staaten von Amerika trägt, mit Füßen.

Die sowjetische Regierung und die gesamte Bevölkerung der Sowjetunion sind über diese Erklärungen der Führer der Vereinigten Staaten empört, genauso wie jeder Mensch guten Glaubens, der am Schicksal des Friedens interessiert ist, darüber empört ist. Jetzt, da die Regierungschefs der vier Großmächte in Paris eingetroffen sind, um an dieser Konferenz teilzunehmen, erhebt sich die Frage, wie man konstruktive Besprechungen führen und die Fragen erörtern kann, die auf der Tagesordnung stehen, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten und der Präsident der Vereinigten Staaten persönlich den Akt der Provokation, den das Eindringen eines amerikanischen Kriegsflugzeugs in den Luftraum der Sowjetunion darstellt, nicht verurteilen, sondern im Gegenteil erklärt haben, daß derartige Maßnahmen auch in Zukunft die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion darstellen.

Wie kann man ein Abkommen über verschiedene zu regelnde Fragen zur Herbeiführung einer Entspannung und zur Ausschaltung des Verdachts und des Mißtrauens bei den Beziehungen zwischen den Staaten erzielen, wenn die Regierung einer der Großmächte offen erklärt, daß ihre Politik darin besteht, die Grenzen einer anderen Großmacht mit dem Ziel der Spionage und der Diversion zu verletzen, und daher auch die Spannung bei den Beziehungen zwischen den Staaten verstärkt? Es liegt auf der Hand, daß die Proklamierung einer derartigen Politik, die nur dann anwendbar ist, wenn die Staaten sich im Kriegszustand befinden, von vornherein die Gipfelkonferenz zu einem völligen Fehlschlag verurteilt. Wir nehmen die Proklamierung dieser Politik der Vereinigten Staaten zur Kenntnis und erklären, daß wir, wenn das Eindringen amerikanischer Flugzeuge über die Grenzen der Sowjetunion sich wiederholen sollte, diese Flugzeuge abschießen werden. Die Sowjetregierung behält sich das Recht vor, in all diesen Fällen entsprechende Gegenmaßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die die staatliche Souveränität der UdSSR verletzen und Spionage- und Diversionsakte gegen die Sowjetunion begehen. Die Regierung der UdSSR erklärt erneut, daß gegen Staaten, die ihr Territorium für amerikanische Militärstützpunkte zur Verfügung stellen und bei aggressiven Handlungen gegen die UdSSR Mithilfe leisten, ebenfalls gebührende Maßnahmen ergriffen werden, bis zu Schlägen gegen diese Stützpunkte.

In diesem Zusammenhang muß man auf die Erklärung Eisenhowers hinweisen, er könne unter der Drohung mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR nicht an der Gipfelkonferenz teilnehmen, obwohl das, was er als Drohung bezeichnete, lediglich eine Erklärung der Sowjetregierung über ihre feste Entschlossenheit war, mit den Überresten des Krieges in Europa aufzuräumen, Frieden zu schließen und auf diese Weise die Lage, besonders in West-Berlin, mit den lebenswichtigen Forderungen und den Interessen des Friedens und der Sicherheit der europäischen Völker in Einklang zu bringen. Wie kann nun die Sowjetregierung an Verhandlungen teilnehmen, da die Regierung der Vereinigten Staaten eine wirkliche Drohung aussprach, als sie erklärte, daß sie auch in Zukunft die Verletzung der Grenzen der UdSSR fortsetzen werde, daß amerikanische Flugzeuge über das Territorium der Sowjetunion geflogen seien und

weiterfliegen würden? Damit erklärte die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Absicht, mit den unerhörten und beispiellosen Handlungen gegen die Souveränität des Sowjetstaates, die ein heiliges und unerschütterliches Prinzip der internationalen Beziehungen ist, fortzufahren.

Daraus folgt, daß es für einen Erfolg der Konferenz notwendig ist, daß die Regierungen aller teilnehmenden Mächte eine offene und ehrliche Politik verfolgen und feierlich erklären, daß sie gegeneinander keine Handlungen unternehmen werden, die eine Verletzung der staatlichen Souveränität darstellen. Das bedeutet: Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten tatsächlich bereit ist, mit den Regierungen der anderen Mächte im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens und der Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten zusammenzuarbeiten, dann muß sie erstens die unzulässigen, provokatorischen Handlungen der amerikanischen Luftstreitkräfte gegen die Sowjetunion verurteilen und zweitens auf die Fortsetzung derartiger Handlungen und einer derartigen Politik gegen die UdSSR verzichten. Es versteht sich von selbst, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in diesem Fall nicht umhinkann, die unmittelbar Schuldigen an der vorsätzlichen Verletzung der Staatsgrenze der UdSSR durch amerikanische Flugzeuge streng zur Verantwortung zu ziehen.

Solange die Regierung der Vereinigten Staaten dies nicht tut, sieht die Sowjetregierung keine Möglichkeit für fruchtbare Verhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten auf der Gipfelkonferenz. Sie kann nicht zu den Verhandlungspartnern gehören, wenn einer von ihnen den Treubruch zur Grundlage seiner Politik gegenüber der Sowjetunion gemacht hat. Würde die Sowjetregierung unter diesen Umständen an Verhandlungen teilnehmen, die von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, dann würde sie auf diese Weise zum Mitbeteiligten an einem Betrug an den Völkern werden. Das aber will sie nicht. Es versteht sich von selbst: Wenn die amerikanische Regierung erklärt, daß die Vereinigten Staaten mit ihren Flugzeugen nicht mehr die Staatsgrenzen der UdSSR verletzen, daß sie die provokatorischen Handlungen, die in der Vergangenheit unternommen wurden, verurteilen und die unmittelbar Schuldigen an diesen Aktionen bestrafen werden, wodurch der Sowjetunion gleiche Bedingungen mit den anderen Mächten gewährleistet würden, dann bin ich als Chef der Sowjetregierung bereit, an der Konferenz teilzunehmen und alles daranzusetzen, um zu ihrem Erfolg beizutragen.

Durch die provokatorischen Flüge amerikanischer Militärflugzeuge und vor allem dadurch, daß derartige provokatorische Flüge für die Zukunft zur offiziellen Politik der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber den sozialistischen Ländern erklärt werden, sind neue Bedingungen in den internationalen Beziehungen entstanden. Verständlicherweise können wir unter diesen Umständen nicht auf einer Konferenz arbeiten, und zwar deshalb nicht, weil wir sehen, von welchem Standpunkt aus man mit uns sprechen will: unter der Androhung aggressiver Erkundungsflüge. Es ist bekannt, daß Spionageflüge zu Erkundungszwecken vorgenommen werden, um einen Krieg zu beginnen. Daher weisen wir die Bedingungen zurück, die die Vereinigten Staaten von Amerika für uns schaffen. Wir können nicht an irgendwelchen Verhandlungen und selbst nicht an der Lösung solcher Fragen teilnehmen, die schon spruchreif sind, weil wir sehen, daß die Vereinigten Staaten nicht wünschen, zu einer Einigung zu gelangen. Sie gelten in den westlichen Ländern als Führer. Folglich wäre eine Konferenz gegenwärtig unnütze Zeitverschwendung und ein Betrug der öffentlichen Meinung aller Länder.

Ich wiederhole: Wir können in dieser Situation nicht an Verhandlungen teilnehmen. Wir wollen an Verhandlungen nur auf gleicher Basis, bei gleichen Möglichkeiten für die eine wie für die andere Seite teilnehmen. Wir halten es für notwendig, daß uns die Völker aller Länder der Welt, die Öffentlichkeit, richtig verstehen. Die Sowjetunion gibt die Bemühungen zur Herbeiführung eines Übereinkommens nicht auf, und wir sind überzeugt, daß vernünftige Übereinkommen möglich sind, aber anscheinend nicht zu dieser, sondern zu einer anderen Zeit. Aber dazu ist zunächst folgendes notwendig: Die Vereinigten Staaten müssen anerkennen, daß die provokatorische Politik, die sie zur Politik „freier" Flüge über unserem Land erklärt haben, verurteilt wird, sie müssen auf diese Politik verzichten, zugeben, daß sie eine Aggression begangen haben, und anerkennen, daß sie dies bedauern.

Die Sowjetregierung ist zutiefst überzeugt: wenn nicht die gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten, dann eine andere, wenn nicht diese andere, so wird eine dritte begreifen, daß es keinen anderen Ausweg als die friedliche Koexistenz der beiden Systeme, des kapitalistischen und des sozialistischen, gibt. Entweder friedliche Koexistenz oder Krieg, der allen, die heute eine Aggressionspolitik betreiben, die Katastrophe bringen wird. Daher meinen wir, daß man eine bestimmte Zeit verstreichen lassen muß, damit die aufgetauchten Fragen sich abklären und damit diejenigen, die die Verantwortung für die Festlegung des politischen Kurses des Landes haben, sich klarwerden, welche Verantwortung sie auf sich geladen haben, indem sie einen aggressiven Kurs in den Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern verkündet haben. Daher sind wir der Meinung: Es gibt keinen besseren Ausweg, als die Konferenz der Regierungschefs um etwa sechs bis acht Monate zu vertagen.

Die Sowjetunion wird ihrerseits in ihren Bemühungen nicht nachlassen, um ein Übereinkommen zu erzielen. Ich denke, daß die öffentliche Meinung unseren Standpunkt richtig verstehen wird, daß sie verstehen wird, daß man uns die Möglichkeit genommen hat, an diesen Verhandlungen teilzunehmen. Wir glauben jedoch fest an die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz, weil den Glauben an die friedliche Koexistenz verlieren hieße, die Menschheit zu einem Krieg zu verdammen und die Unvermeidlichkeit der Kriege anzuerkennen. Es ist jedoch bekannt, welches Unglück ein Krieg unter den heutigen Bedingungen allen Völkern bringen würde.

Ich möchte mich an das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika wenden. Ich war in den Vereinigten Staaten und kam dort mit verschiedenen Schichten des amerikanischen Volkes zusammen, und ich bin zutiefst davon überzeugt, daß alle Schichten des amerikanischen Volkes keinen Krieg wollen. Eine Ausnahme bildet nur eine kleine Gruppe Wildgewordener im Pentagon und die sie unterstützenden militaristischen Kreise, die aus dem Wettrüsten riesige Profite herausschlagen und die sich über die Interessen des amerikanischen Volkes, über die Interessen der Völker aller Länder hinwegsetzen und eine abenteuerliche Politik betreiben. Wir danken Präsident de Gaulle für die Gastfreundschaft und für die Möglichkeit, in Paris, der Hauptstadt Frankreichs, zusammenzukommen. Wir schätzen auch die Bemühungen der Regierung Großbritanniens und Premierminister Macmillans persönlich. Wir bedauern, daß dieses Treffen von den reaktionären Kreisen der Vereinigten Staaten von Amerika durch die provokatorischen Flüge amerikanischer Militärflugzeuge über der Sowjetunion torpediert worden ist. Wir bedauern, daß diese Zusammenkunft nicht zu den Resultaten geführt hat, die alle Völker der Welt von ihr erwartet haben. Die Schande und Verantwortung dafür trifft die, welche die räuberische Politik gegenüber der Sowjetunion proklamiert haben.

Wie bekannt, hatten wir mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Eisenhower, einen Besuchsaustausch vereinbart. Im September vorigen Jahres habe ich den Vereinigten Staaten einen Besuch abgestattet. Wir waren mit diesem Besuch, mit den Begegnungen und Aussprachen, die wir in den Vereinigten Staaten hatten, sehr zufrieden und dankten dafür. Der Präsident der Vereinigten Staaten sollte unserem Land einen Gegenbesuch abstatten. Wir hatten vereinbart, daß er am 10. Juni zu uns kommt, und wir bereiteten uns darauf vor, den hohen Gast gut zu empfangen. Leider haben sich jetzt durch die provokatorischen Aggressionshandlungen gegen die UdSSR Umstände ergeben, in denen wir der Möglichkeit beraubt sind, den Präsidenten mit der Gastfreundschaft zu empfangen, mit der die sowjetischen Menschen gerngesehene Gäste zu empfangen pflegen. Eine solche Gastfreundschaft können wir dem Präsidenten der Vereinigten Staaten gegenüber nunmehr nicht bekunden, da sich infolge der provokatorischen Flüge amerikanischer Militärflugzeuge zu Erkundungszwecken Umstände ergeben haben, die für diesen Besuch offenkundig ungünstig sind. Die sowjetischen Menschen können und wollen sich nicht verstellen. Deshalb vertreten wir den Standpunkt, daß die Reise des amerikanischen Präsidenten in die Sowjetunion jetzt verschoben und der Termin für diesen Besuch vereinbart werden muß, wenn die Bedingungen dafür reif sind. Dann wird das Sowjetvolk gegenüber dem hohen Gast als Vertreter der Großmacht, mit der wir aufrichtig in Frieden und Freundschaft leben wollen, die gebührende Gastfreundschaft und Herzlichkeit bekunden können. Ich glaube, sowohl

Herr Eisenhower als auch das amerikanische Volk werden mich richtig verstanden haben.

Die Sowjetregierung erklärt, daß sie ihrerseits auch künftighin alles nur Mögliche tun wird, um die internationale Entspannung zu fördern und zur Lösung der uns heute noch trennenden Probleme beizutragen. Wir werden uns dabei von den Interessen der Stärkung des großen Friedenswerkes auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung leiten lassen.

Eisenhower erklärte:

Nachdem ich gestern von General de Gaulle und Premierminister Macmillan über die Haltung informiert worden bin, die Herr Chrustschow während seiner Besprechungen gestern morgen Ihnen in bezug auf diese Konferenz dargelegt hat, habe ich mir sehr sorgfältig überlegt, wie diese Angelegenheit am besten behandelt werden sollte. Ich war mir dabei der großen Bedeutung dieser Konferenz und der Hoffnungen bewußt, die von den Völkern der ganzen Welt in dieses Treffen gesetzt werden. Ich kam zu dem Schluß, daß es unter den gegebenen Umständen das beste wäre, abzuwarten, ob bei dem geheimen Treffen heute durch Anwendung von Vernunft und Zurückhaltung irgendeine Möglichkeit besteht, diese Frage der Überfliegungen zu überwinden, um dadurch den Fortgang der Konferenz zu ermöglichen.

Hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines Erfolges einer solchen Bemühung hatte ich keine Illusion. Aber ich war der Ansicht, daß ich mit der großen Verantwortung, die auf mir als dem Präsidenten der Vereinigten Staaten lastet, diese Bemühung machen müßte. In dieser Ansicht erhielt ich die stärkste Unterstützung meiner Kollegen, Präsident de Gaulle und Premierminister Macmillan. Dementsprechend antwortete ich auf der geheimen Sitzung heute morgen Herrn Chrustschow trotz der Schärfe und der Ungenauigkeit seiner Erklärungen im folgenden Sinne:

‚Über den Sinn der Erklärung, die Ministerpräsident Chrustschow gerade verlesen hat, bin ich im voraus informiert worden. In meiner Erklärung vom 11. Mai und in der Erklärung Außenministers Herters vom 9. Mai ist die Haltung der Vereinigten Staaten zu der abstoßenden Notwendigkeit der Spionage in einer Welt, in der die Nationen einander mißtrauen, klargemacht worden. Wir haben darauf hingewiesen, daß diese Tätigkeiten keiner aggressiven Absicht dienten, sondern daß sie die Sicherheit der Vereinigten Staaten und der freien Welt gegen einen Überraschungsangriff durch eine Macht gewährleisten sollten, die sich ihrer Fähigkeiten rühmt, die Vereinigten Staaten und andere Länder durch Raketen mit Atomsprengköpfen zu verwüsten. Es ist gut bekannt, daß nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern die meisten anderen Länder ständig die Ziele sorgfältiger und eifriger Spionage der Sowjetunion sind.

In der sowjetischen Erklärung gibt es ein offenbares Mißverständnis über einen Schlüsselpunkt. Die Erklärung behauptet, daß die Vereinigten Staaten in offiziellen Erklärungen die Fortsetzung von Überfliegungen angedroht hätten. Die Bedeutung dieser angeblichen Bedrohung wurde von Chrustschow mehrfach unterstrichen. Die Vereinigten Staaten haben keine solche Drohung ausgesprochen. Weder ich noch meine Regierung haben eine solche Drohung beabsichtigt. Die tatsächlichen Erklärungen gehen nicht weiter, als daß sie aussagen, daß die Vereinigten Staaten sich ihrer Verantwortung zur Sicherung gegen Überraschungsangriffe nicht entledigen werden. Tatsächlich sind diese Flüge nach dem letzten Zwischenfall eingestellt worden, und sie werden nicht wieder aufgenommen. Demzufolge kann dies kein Streitpunkt sein.

Ich bin nach Paris gekommen, um nach Übereinkommen mit der Sowjetunion zu suchen, die die Notwendigkeit jeglicher Art von Spionage, einschließlich der Überfliegung, beseitigen würden. Ich sehe keinen Grund, diesen Zwischenfall zum Anlaß zu nehmen, um die Konferenz abzubrechen. Sollte es sich auf Grund der sowjetischen Haltung als unmöglich erweisen, dieses Problem und die anderen lebenswichtigen Angelegenheiten, die den Weltfrieden bedrohen, hier in Paris aufzugreifen, so habe ich die Absicht, in naher Zukunft den Vereinten Nationen einen Vorschlag für die Schaffung einer Luftüberwachung durch die Vereinten Nationen zu unterbreiten, mit der Angriffsvorbereitungen bloßgelegt werden sollen. Ich hatte ursprünglich die Absicht, diesen Plan dieser Konferenz hier vorzulegen. Dieses Überwachungssystem würde sich auf das Gebiet aller Länder erstrecken, die bereit sind, eine solche Inspektion an-

zunehmen. Die Vereinigten Staaten sind ihrerseits bereit, eine Luftüberwachung der Vereinten Nationen nicht nur anzunehmen, sondern auch alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um zu einer schnellen Aufstellung und erfolgreichen Tätigkeit eines solchen internationalen Überwachungssystems beizutragen.

Wir von den Vereinigten Staaten sind hier, um mit guten Absichten die wichtigen Probleme zu erörtern, die der Konferenz vorliegen. Wir sind bereit, entweder diesen Punkt nicht weiterzuverfolgen oder zweiseitige Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu führen, während die Hauptkonferenz weitergeht.'

Meine Worte wurden unterstrichen und unterstützt durch meine westlichen Kollegen, die auch Herrn Chrustschow aufforderten, den Pfad der Vernunft und des Common sense zu verfolgen und die Propaganda zu vergessen. Solch eine Haltung würde es der Konferenz ermöglicht haben, voranzugehen. Herr Chrustschow wurde von mir nicht darüber im Zweifel gelassen, daß sein Ultimatum für die Vereinigten Staaten niemals annehmbar sei. Herr Chrustschow stieß alle diese Argumente der Vernunft beiseite und bestand nicht nur auf seinem Ultimatum, sondern auch darauf, daß er seine Erklärung vollständig zu einem von ihm zu wählenden Zeitpunkt veröffentlichen würde. Es wurde so augenscheinlich, daß er entschlossen war, die Pariser Konferenz zu zerstören. Die einzige Schlußfolgerung, die aus seinem Verhalten heute morgen gezogen werden kann, ist, daß er den ganzen Weg von Moskau nach Paris in der alleinigen Absicht gekommen ist, dieses Treffen zu sabotieren, auf dem so viele Hoffnungen der ganzen Welt geruht haben.

Trotz dieser ernsten, widrigen Entwicklung habe ich nicht die geringste Absicht, meine Anstrengungen zu verringern, Fortschritte in Richtung auf einen Frieden der Gerechtigkeit zu fordern. Dies trifft für den Rest meines Aufenthalts in Paris ebenso wie für die Zeit danach zu.

Chrustschows Pariser Pressekonferenz vom 18. Mai 1960

Die Erklärung Chrustschows zu Beginn der Pressekonferenz vom Mittwoch in Paris hat folgenden Wortlaut (alle Texte nach der russischen Agentur Tass):

Meine geehrten Damen und Herren! Sie kennen offenbar schon die Erklärung, die ich am 16. Mai vor dem Präsidenten Frankreichs, de Gaulle, dem Premierminister Großbritanniens, Macmillan, und dem Präsidenten der USA, Eisenhower, abgegeben habe.

Die Umstände, unter denen die Sowjetregierung es für notwendig erachtete, diese Erklärung abzugeben, sind allgemein bekannt: Ich habe die aggressiven Flüge amerikanischer Militärflugzeuge über die Sowjetunion, unternommen kurz vor dem Treffen auf höchster Ebene, sowie die öffentliche Erklärung der Regierung der USA im Auge, daß diese Flüge zu ihrer Staatspolitik gehören.

Nun versucht man uns zu beschuldigen, die Sowjetunion weigere sich, an der Konferenz teilzunehmen, und stelle den USA ein Ultimatum. Wir aber haben erklärt und erklären, daß wir bereit sind, an der Konferenz teilzunehmen, wenn die Regierung der USA öffentlich die Beleidigung zurücknimmt, die sie unserem Land mit ihren Aggressionshandlungen zugefügt hat. Wir haben jedoch bis jetzt keine Gewißheit, daß die Spionageflüge, die die Vereinigten Staaten unternehmen, sich nicht wiederholen werden. Denken Sie daran, wie sich führende Staatsmänner der Vereinigten Staaten verhielten, nachdem sie in flagranti ertappt worden waren. Ich werde mich auf Dokumente und nur auf Dokumente berufen.

Am 5. Mai, als die ganze Welt erfuhr, daß über sowjetischem Boden ein amerikanisches Militärflugzeug abgeschossen worden war, erklärte das Staatsdepartement, das sei ein Flugzeug gewesen, das zur Sammlung meteorologischer Angaben über der Türkei geflogen sei. Es wurde ferner behauptet, der Pilot habe mitgeteilt, daß das Sauerstoffgerät versagt habe. Infolgedessen sei der Pilot bewußtlos geworden, und unter diesen Umständen habe das Flugzeug den Flug noch eine beträchtliche Strecke mit Kurssteueranlage fortgesetzt, wobei es zufällig in den sowjetischen Luftraum einfliegen konnte. Es wurde mitgeteilt, daß nach dem Flugzeug auf türkischem Territorium in der sehr gebirgigen Gegend des Van-Sees gefahndet werde.

Als wir mitgeteilt hatten, daß das amerikanische Flugzeug im Raum von Swerdlowsk abgeschossen worden war und daß der gefaßte Flieger seine Spionagetätigkeit gestanden habe, erklärte der USA-Staatssekretär Herter am 9. Mai, daß dies wirklich ein Spionageflugzeug gewesen sei. Mehr noch, er sagte, diese Flüge würden gemäß Weisungen des Präsidenten und entsprechend dem Programm vorgenommen, das „weitgehende Beobachtung aus der Luft, darunter durch Eindringen in den sowjetischen Luftraum", umfasse. Dies war die freche Erklärung Herrn Herters. Am 11. Mai bestätigte Präsident Eisenhower selbst die Erklärung Herters.

Am 12. Mai erklärte die Botschaft der USA in Moskau in ihrer Note an die Sowjetregierung erneut, die aggressiven Spionageflüge bildeten die im voraus berechnete Politik der Vereinigten Staaten.

In Paris gibt nun der Präsident der Vereinigten Staaten die Erklärung ab, wonach die Vereinigten Staaten „ihre Flüge eingestellt" hätten und sie nicht wieder aufnehmen würden — unter Bezugnahme auf diese Phrase fragten manche: Was braucht die Sowjetunion noch? Die Gefahr der Flüge amerikanischer Militärflugzeuge über der Sowjetunion sei doch geschwunden. Diese Erklärung würde vielleicht die Handlanger des Imperialismus zufriedenstellen. Die Imperialisten sind es gewöhnt, so zu handeln wie einst die russischen Kaufleute: Sie beschmierten den Dienern die Lippen mit Senf und diese sagten: „Danke schön" und verneigten sich tief. Wir können uns mit Beleidigungen nicht abfinden. Wir haben unseren Stolz und unsere eigene Würde. Wir vertreten einen mächtigen sozialistischen Staat.

Da hat nun Eisenhower auf der Vorbesprechung am 16. Mai erklärt: Der Sinn seiner Worte von einer Aussetzung der Flüge amerikanischer Flugzeuge besteht darin, daß diese Flüge in der Zeit, in der er den Posten eines Präsidenten bekleiden wird, nicht wieder aufgenommen werden. Ich weiß natürlich nicht, welchen Beschluß der nächste Präsident fassen wird, sagte Eisenhower. Somit verheißt der Präsident der USA nicht etwa Verzicht auf die Aggressionspolitik, sondern nur eine zeitweilige „Aussetzung" der Flüge bis Januar 1961. Allerdings ist es keine sehr lange Frist, die uns der Herr Präsident da für die Einstellung der provokatorischen Politik der Spionageflüge verspricht. Doch internationale Beziehungen darf man nicht auf den Amtsfristen dieser oder jener verantwortlichen Person aufbauen. Welchen Wert hätte sonst jedes internationale Abkommen?

Folgt man der Logik des Präsidenten der Vereinigten Staaten, so ist es unmöglich, Verhandlungen beispielsweise über die Abrüstung zu führen. Nehmen wir an, heute wird ein Abkommen unterzeichnet, morgen aber kann es seine Rechtskraft verlieren und in den Papierkorb geworfen werden, da die Person, die das Abkommen unterzeichnet hat, von ihrem Posten abtritt. Nach der Erklärung des Präsidenten Eisenhower ergibt sich, daß die Entscheidung der Frage, ob Amerikas Militärflugzeuge über der UdSSR fliegen werden oder nicht, nur von ihm abhängt. Sieh doch einer an, welche Anmaßung! Nun erklärt er, sie würden nicht fliegen. Welche Großmut!

Präsident Eisenhower kann natürlich darüber entscheiden, ob die Flugzeuge geschickt werden sollen oder nicht. Etwas ganz anderes ist es aber, ob sie über unserem Territorium werden fliegen können. Darüber entscheiden wir und dabei völlig unzweideutig: wir werden diese Flugzeuge zum Absturz bringen, wir werden vernichtende Schläge gegen die Stützpunkte führen, von denen aus sie fliegen, sowie gegen diejenigen, die diese Stützpunkte angelegt haben und wirklich über sie verfügen. Es geht also nicht um eine „Gnadenbezeigung" des Präsidenten Eisenhower für die Sowjetunion. Wir fordern von der amerikanischen Regierung keine „Gnade", sondern eine ehrliche Verurteilung der räuberischen Flüge amerikanischer Erkundungsflugzeuge.

Präsident Eisenhower mißbilligte indessen mit keinem Wort die provokatorische Politik gegenüber der Sowjetunion, auf Grund deren die Spionageflüge durchgeführt wurden. Kann eine derartige Erklärung des Präsidenten etwa jemanden anderen als den Aggressor selbst befriedigen? Die Erklärung, Eisenhower habe die Provokationsflüge für die Zeit, während er im Weißen Haus sitzt, eingestellt, ist kein Geständnis, nicht einmal ein halbes, sondern das Herumkommen um das Geständnis und folglich um die Verantwortung für seine aggressiven Handlungen. Doch die Kniffe und gar die halben Geständnisse der Politiker haben diesen nie ermöglicht, sich der Verantwortung gegenüber der Geschichte zu entziehen. Selbst den Kindern sagt man: Hast du Schlimmes angerichtet, gib es zu und

sage: „Ich tue dies nicht mehr." In den Staatsangelegenheiten ist es um so wichtiger, daß man das Geständnis vollkommen gibt und alle notwendigen Konsequenzen zieht.

Das Sowjetvolk, die öffentliche Meinung unseres Landes und alle friedliebenden Länder würden uns nicht verstehen, wenn wir uns mit den Ausflüchten des Präsidenten der USA und mit der von ihm „bescherten Gnade", die Flüge über der Sowjetunion bis Januar 1961 auszusetzen, zufrieden gegeben hätten. Bei uns mußte auch die einer Drohung ähnliche Erklärung Eisenhowers Befremden hervorrufen, er beabsichtige der Organisation der Vereinten Nationen einen neuen Plan des „offenen Himmels" vorzulegen. Nachdem man sich im Pentagon überzeugen mußte, daß amerikanischen Spionageflugzeugen der Weg in den sowjetischen Himmel verschlossen ist, hat man sich dort offenbar entschieden, Flugzeuge mit ähnlichen Zielen, aber unter der Flagge der Uno auszuschicken. Es ist anzunehmen, daß die Organisation der Vereinten Nationen kein Bundesstaat der USA und auch keine Zweigstelle des Pentagon ist und auf so eine entwürdigende Rolle verzichten wird.

Meldungen einiger von Ihnen besagen, die Flüge amerikanischer Luftpiraten über der Sowjetunion seien lediglich ein „geringfügiger Zwischenfall". Sie vertreten hier die Presse verschiedener Staaten, und da möchte ich Sie einmal fragen: Wie würden Sie von Ihrer Regierung sprechen, wenn sie gleichgültig und sorglos bliebe, falls Militärflugzeuge von Ländern, die Sie manchmal als eventuelle militärische Gegner bezeichnen, Ihre Städte überfliegen würden? Würden Sie eine solche Regierung respektieren? Würden Ihre Familien und Sie selbst sich ruhig fühlen, wenn Sie das Dröhnen eines fremden Militärflugzeugs über Ihren Köpfen zu hören bekommen? Die gleichen Überlegungen dürfen auch die sowjetischen Menschen anstellen, um so mehr, als die Völker unseres Landes zwei blutige Kriege in Erinnerung haben, die uns von außen her aufgezwungen worden sind, zwei Kriege, die Millionen und aber Millionen Menschen dahingerafft haben.

Es ist bezeichnend, daß die Regierungen jener Länder, die ihr Territorium unbedacht für die Vorbereitung der Durchführung der aggressiven Spionageflüge über dem UdSSR-Territorium zur Verfügung gestellt haben, jetzt gezwungen sind, sich in diesem oder jenem Maße vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen und von den Handlungen des amerikanischen Militärklüngels zu distanzieren. Sie beginnen offenbar zu begreifen — und wir sind sicher, daß dies in absehbarer Zeit alle verstehen werden, die ihren Boden für amerikanische Militärstützpunkte zur Verfügung gestellt haben —, daß mit diesen Dingen nicht zu scherzen ist.

Die Sowjetregierung bedauert, daß es nicht gelungen ist, die Konferenz jetzt abzuhalten, sie konnte aber, wie ich schon gesagt habe, keinen anderen Standpunkt beziehen. Wir haben alles getan, damit die Zusammenkunft der vier Regierungschefs gut vorbereitet werde; und einige Hitzköpfe in den Vereinigten Staaten haben sie torpediert, noch ehe sie begann.

Ich wiederhole, meine Herren, die Sowjetunion tritt restlos für die friedliche Koexistenz, für Verhandlungen, für vernünftige gegenseitige annehmbare Abkommen ein. Wir werden in dieser Richtung wirken in der Überzeugung, daß unsere Friedenspolitik bei allen Völkern Sympathie und Verständnis findet, und wir möchten glauben, daß dies auch die führenden Männer der Westmächte anstreben werden, daß wir in sechs bis acht Monaten wieder in einer neuen, günstigeren Situation mit unseren Partnern zusammenkommen werden — wenn sie Interesse an den Tag legen und diesem Treffen zustimmen, die erforderliche politische Lage für diese Treffen schaffen, das heißt, wenn sie keine Provokationen gegen die sozialistischen Länder unternehmen, um die reif gewordenen internationalen Probleme zu erörtern und zu lösen.

Diese Stunde kann auch früher kommen, jedoch nur, wenn es allen verständlich ist, daß es niemandem gelingen wird, die Sowjetunion und die sozialistischen Länder durch provokatorische Handlungen einzuschüchtern. Uns zu beugen, ist unmöglich! Mit uns kann und muß man nur auf der Grundlage der Gleichheit, ohne Drohung und Erpressung, verhandeln und sich einigen.

Ich möchte dem Präsidenten Frankreichs, General de Gaulle, Dank sagen für die den Regierungschefs gebotene Möglichkeit, in Paris zusammenzukommen, und für seine Bemühungen darum, daß die Gipfelkonferenz stattfinden, daß unsere Begegnungen so verlaufen, wie vereinbart war, und den Zielen entsprechen, um derentwillen wir hierhergekommen sind. Heute habe ich dem Präsidenten Frankreichs meinen Abschiedsbesuch abgestattet. Wir haben mit ihm Meinungen ausgetauscht, und ich freue mich, daß bei uns

das gemeinsame Streben zutage getreten ist, auch weiterhin für die Entwicklung und Festigung unserer Beziehungen in allen Richtungen zu wirken. Ich begrüße das und spreche meine Befriedigung darüber aus, daß wir uns mit dem Präsidenten in dieser wichtigsten Frage verstehen.

Ich möchte mich auch dem Premierminister Großbritanniens, Herrn Macmillan, für den Eifer erkenntlich zeigen, den er bekundete, damit die Gipfelkonferenz zustande kam.

Allerdings kann ich nicht umhin, zugleich ein gewisses Bedauern auszudrücken. Hätten der Präsident Frankreichs und der Premierminister Großbritanniens sich auf den Boden einer objektiven Beurteilung der Tatsachen gestellt und nicht ihren Bindungen als Verbündete nachgegeben, hätten sie größeren Willen an den Tag gelegt, dann wären die führenden Staatsmänner der Vereinigten Staaten möglicherweise gezwungen gewesen, ihre Aggressionshandlungen zu verurteilen, und auf diese Weise wären Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß die Gipfelkonferenz stattgefunden und nützliche Resultate gezeitigt hätte, wie die Völker der ganzen Welt voller Hoffnung erwarteten. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Nun bin ich bereit, meine Herren, Ihre Fragen zu beantworten.

Nach der Erklärung fuhr Chrustschow fort (die Bemerkungen in Klammern stammen von Tass, nicht von der Redaktion. D. Red.):

Jetzt möchte ich, meine Herren, jener Gruppe von Personen antworten, die hier ein „Hallo" machte und lärmte in dem Bemühen, eine Atmosphäre der Unfreundlichkeit zu schaffen. Man setzte mich in Kenntnis, daß die Handlanger Kanzler Adenauers hierher ihre Agenten von den Faschisten geschickt haben, die wir bei Stalingrad nicht gänzlich geschlagen hatten. Alle erinnern sich der Zeiten, als die Hitler-Faschisten mit einem „Hallo" in die Sowjetunion zogen. Das sowjetische Volk antwortete aber mit einem solchen „Hallo", daß viele von diesen Eindringlingen gleich drei Meter tief in den Boden versanken. (Stürmischer Beifall.)

Ich will den Herrschaften, die hier solchen Lärm machen, sagen: Wir schlugen die deutschen faschistischen Eindringlinge sowohl bei Stalingrad als auch in der Ukraine und in Belorußland — überall, wo sie eindrangen — und schlugen sie endgültig schon auf dem Boden, von dem aus sie bei uns eingebrochen waren. Wenn die Überreste der noch nicht ganz geschlagenen faschistischen Eindringlinge gegen uns „lärmen", wie dies die hitlerfaschistischen Räuber taten, wenn sie wieder einen Überfall auf die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder vorbereiten, so werden wir ihnen so antworten, daß ihnen kein Knochen heil bleiben wird. (Stürmischer Beifall; Rufe: „Richtig!" „Es lebe der Friede!"; man vernimmt jedoch auch einzelne unzufriedene Rufe.)

Meine Herren! Ich verweise Sie darauf, daß diese „Lärmenden" auch ohne Übersetzung die russische Sprache verstehen. Das erkennt man an ihren Rufen, und augenscheinlich sind das nicht gänzlich geschlagene hitler-faschistische Räuber, die auf dem Territorium der Sowjetunion waren, aber sich retten konnten. (Heiterkeit, Bewegung, schallender Beifall.) Ich möchte Ihnen, meine Herren, sagen, daß selbst diejenigen, die hier lärmen und brüllen, immerhin verstehen müssen, mit wem sie es jetzt zu tun haben.

Ich bin ein Vertreter des großen Sowjetvolkes, das unter der Führung Lenins, unter der Führung der Kommunistischen Partei die große sozialistische Oktober-Revolution vollzogen hat, ein Vertreter des Volkes, das den Sozialismus aufgebaut hat und erfolgreich an einer kommunistischen Gesellschaft baut, das zuversichtlich zum Kommunismus vorwärtsschreitet. (Stürmischer Beifall.)

Meine Herren! Hier lärmen und brüllen Menschen, deren sich das deutsche Volk schämt! (Beifall); Stimme: „Das ist Propaganda!" Sie hören es: Für ihn ist das Propaganda. Ein ganz Gescheiter! Wir beweisen mit allen unseren Taten, was das für eine „Propaganda" ist (Bewegung im Saal). Was die Menschen anbelangt, die mit ihren Zurufen mich aus dem Konzept bringen wollen, so sage ich, daß sie keine Vertreter des deutschen Volkes, sondern faschistische Kreaturen sind. Diese bösen Stimmen flößen mir Freude ein, weil sie von der Wut der Feinde unserer heiligen Sache schäumen. Ich erinnere an die Worte des großen Deutschen August Bebel, der einmal sagte, wenn die Feinde der Arbeiterklasse dich beschimpfen, bedeutet dies, daß du den richtigen Weg gehst. (Einmütiger Beifall.)

Wenn Sie gegen mich lärmen, so ermuntern Sie mich dadurch bloß zu unserem Klassenkampf für die Sache der Arbeiterklasse, zum Kampf für die Sache der einen dauerhaften

Frieden ersehnenden Völker. (Stürmischer Beifall.) Meine Herren! Ich will Ihnen nicht verhehlen, was mir Vergnügen macht: Ich habe es gern, mich mit den Feinden der Arbeiterklasse zu raufen. Es ist mir angenehm zu hören, wie die Lakaien des Imperialismus toben (Heiterkeit, Bewegung, Beifall.) Sie können aber nichts tun, um unsere Vorwärtsbewegung aufzuhalten. Unverrückbar wie ein Fels steht unser sozialistisches Heimatland, das Land des Sozialismus da, und wir werden vorwärtsschreiten bis zum vollen Sieg, bis zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft.

Auf Fragen antwortete dann Chrustschow unter anderem:

Schewe, Korrespondent von der Hamburger „Welt": Halten Sie nach wie vor an Ihrem Vorschlag über die Verwandlung West-Berlins in eine Freie Stadt fest?

Chrustschow: Jawohl, wir halten uns gerade an diese Politik und sehen keine andere vernünftige Lösung. West-Berlin befindet sich inmitten der Deutschen Demokratischen Republik, in der die sozialistische Ordnung gesiegt hat. Aber West-Berlin hat kapitalistische Verhältnisse. Das gegenwärtig in West-Berlin bestehende Besatzungsregime kann eine Quelle großer Konflikte sein. Wozu soll ein solcher Herd aufrechterhalten werden? Ist es nicht besser, die Lage in West-Berlin in einen solchen Zustand zu bringen, daß Konflikte vermieden werden? Unserer Meinung nach ist die beste Lösung der Abzug der ausländischen Truppen aus West-Berlin, die Verkündung West-Berlins zu einer Freien Stadt, die Schaffung solcher Verhältnisse für die Einwohner der Freien Stadt, daß sie unter dem politischen und sozialen System leben können, das sie für notwendig halten, und die Sicherung von Verbindungen mit der ganzen Welt für die Einwohner der Stadt.

Der Konflikt, der durch den Einbruch eines amerikanischen Flugzeugs in den Bereich der Sowjetunion entstanden ist, überzeugt uns noch mehr davon, daß diese Fragen gelöst werden müssen. Und jetzt werden wir uns mit noch größerem Eifer und noch größerer Energie dafür einsetzen. Morgen fliege ich übrigens von hier nach Berlin. Dort werden wir mit den Genossen Ulbricht, Grotewohl und überhaupt mit unseren Freunden in der DDR sprechen.

Rosenberg, Korrespondent vom West-Berliner „Tag": Haben Sie, Herr Vorsitzender, die Absicht, in Berlin einen Separatfrieden zu schließen?

Chrustschow: Wir haben die Absicht, keinen Separatfrieden, sondern einen Friedensvertrag mit der DDR zu schließen, unter den zweiten Weltkrieg den Schlußstrich zu ziehen und dadurch den Westmächten das Recht zu nehmen, in West-Berlin Besatzungstruppen zu haben. Und wenn wir dies für nötig halten, werden wir die Feder aus der Tasche ziehen — die Entwürfe sind schon fertig —, uns hinsetzen, signieren und verlautbaren.

Ich will das folgende hinzufügen: Mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit der DDR werden wir eigentlich das tun, was die Vereinigten Staaten von Amerika taten, als der Friedensvertrag mit Japan geschlossen wurde. Wir führten zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Japan Krieg. Die USA haben mit Japan einen Friedensvertrag unterzeichnet, obwohl wir ihn nicht unterzeichnet haben.

Korrespondent **Michaels** von der Londoner National Broadcasting Company: Warum haben Sie, wo Sie doch von diesen Flügen wußten, bei Ihrem Besuch in den Vereinigten Staaten von Amerika Präsident Eisenhower darüber nichts gesagt?

Chrustschow: Ich beantworte diese Frage mit Vergnügen. Als ich mit Präsident Eisenhower in Camp David sprach, dachte ich mir: Jetzt sage ich es, tat schon den Mund auf, um dies ihm zu sagen. Unsere Unterredung mit dem Präsidenten verlief gut. Der Präsident wandte sich an mich und sagte: Herr Vorsitzender, sprechen Sie mich mit „my friend" an, und ich werde Sie auf russisch „Moi Drug" (mein Freund) anreden. Direkt brüderlich. Da wollte ich meinem Freund sagen: Es ist nicht schön, über dem Territorium eines Freundes ohne dessen Erlaubnis zu fliegen. Dann dachte ich aber nach und beschloß: Nein, lieber nichts sagen. An diesem Freund ist etwas, was einen nicht zur völligen Freimütigkeit stimmt. Deshalb entschied ich mich, nicht zu reden. Ich glaube, ich habe bei diesen Bedenken recht gehabt, und jetzt fand dies seine Bestätigung, als wir, wie man sagt, den amerikanischen Dieb und Spion am Kragen packten . . .

Korrespondent **Schorr** von der New Yorker Columbia Broadcasting Company: Da Sie, Herr Chrustschow, unabhängig von Ihrem Wunsch, zu einem Faktor im amerikanischen Wahlkampf geworden sind, könnten Sie nicht sagen, mit welchem zukünftigen Präsidenten Sie am besten zu tun haben würden?

Chrustschow: Die Antwort auf diese Frage fällt mir schwer, aber ich werde immerhin versuchen, sie zu beantworten. Als ich in den Vereinigten Staaten von Amerika weilte, sprach ich dort mit vielen Amerikanern: mit einfachen Menschen, Wohlhabenden, Arbeitern und Farmern, Vertretern der kapitalistischen Welt, Staatsmännern. Und ich würde sagen, daß die meisten Menschen, mit denen ich ins Gespräch kam, in mir sehr gute, angenehme Erinnerungen hinterlassen haben. Menschen wie Menschen, sie wollen in Frieden leben . . . Nun, und mit welchem amerikanischen Präsidenten möchte ich zu tun haben? Ich habe da einen auserkorenen Mann, mit dem wir, wenn er Präsident wäre, davon bin ich überzeugt, die Fragen lösen könnten.

Wir gedenken des großen Amerikaners Roosevelt, der wirklich ein weiser Staatsmann war und die kapitalistische Welt würdig vertrat. Er verstand die Notwendigkeit, in Frieden mit unserem sozialistischen Land zu leben, und wir arbeiteten während des Krieges glänzend mit ihm zusammen. Er ist gestorben, und die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika hat sich geändert. Aber wir glauben, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika vernünftige Menschen an die Macht kommen werden — das Leben selbst wird dafür sorgen, und wir werden mit den Vereinigten Staaten gute, freundschaftliche Beziehungen haben . . .

Ich will mich nicht in den Wahlkampf der Vereinigten Staaten einmischen. Man muß Geduld haben, man muß Achtung für das amerikanische Volk empfinden. Ich denke, daß es nicht nötig hat, daß ich ihm vorsage, wen es zum Präsidenten wählen soll. Ich glaube daran, daß es selbst Klugheit an den Tag legen und sich einen würdigen Präsidenten wählen wird. Wenn es aber einen unwürdigen Menschen wählt, mit dem es schwer sein wird, übereinzukommen, und der die Notwendigkeit, mit allen Ländern — kapitalistischen wie sozialistischen — in Frieden zu leben, nicht begreift, nun — wir werden uns noch gedulden, wir werden die nächsten Wahlen abwarten. Wenn auch dann ein Präsident gewählt wird, der die Notwendigkeit friedlicher Koexistenz nicht versteht, dann werden wir uns nochmals gedulden . . .

Welches Ergebnis kann dieser Zwischenfall haben? Natürlich, das ist eine unangenehme Sache. Aber sogar der Krieg hat ein Ende, nach der Zerschlagung des Feindes schließt man Frieden, und die kriegführenden Länder leben nach einiger Zeit schon friedlich. Wir stehen mit den USA nicht im Krieg.

Die Amerikaner haben über den fremden Zaun einen Blick geworfen, den Imperialisten hat man eins in die Fresse gehauen. Ich glaube, sie wissen jetzt, wo die Grenzen der Sowjetunion sind! Wenn sie sich wieder blicken lassen, werden wir noch einmal losschlagen und nicht nur gegen die Aggressoren, sondern auch gegen die Stützpunkte, von denen aus die Aggressoren über dem Territorium der Sowjetunion auftauchen werden. Dieser Spionageflug hat sich auf die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA ausgewirkt. Aber man muß letzten Endes die Folgen überwinden, man muß alles sozusagen „verdauen", man muß die Beziehungen normalisieren, damit das amerikanische und das sowjetische Volk in Frieden und — ich sprach davon bereits — nicht nur in Frieden, sondern auch in Freundschaft leben.

Ich bin überzeugt, daß General de Gaulle genau so denkt. Aber seine Lage ist sehr schwer.

. . . ich verstehe, eine Schwierigkeit bestand darin, daß der Dieb sich als Verbündeter Frankreichs erwiesen hat, und zwar als Verbündeter, der als Führer gilt. Hier will ich mich aber nicht auf Einzelheiten einlassen. Da ist es für mich schwer, zu urteilen: geht es doch um Beziehungen zwischen Verbündeten . . .

Korrespondent **Jakobus** vom ostzonalen Rundfunk: Die amerikanische Presse hat mitgeteilt, der Verteidigungsminister der USA, Gates, habe am Montag aus Paris einen Befehl übermittelt, demzufolge in den Luftstreitkräften der Vereinigten Staaten Kriegsalarm verkündet wird. Wie bewerten Sie diese Tatsache?

Chrustschow: Ich habe das nicht gehört. Wenn dem aber wirklich so ist, wie Sie sagen, und ich habe keine Ursache, Ihrer Erklärung nicht zu vertrauen, so ist das eine Provokation, unternommen, um die Lage zu komplizieren und das amerikanische Volk, ich möchte sagen, einzuschüchtern. Das ist ein Mittel, um die Amerikaner übers Ohr zu hauen, damit es leichter sei, von der Bevölkerung Steuern für Kriegszwecke einzustreichen. Vielleicht aber ist die Handlungsweise Gates' auch auf Feigheit zurückzuführen. Die Feiglinge sind

jedoch ebenso gefährlich wie die Provokateure: Die Provokateure provozieren einen Krieg, die Feiglinge aber können unter Umständen den Krieg aus Feigheit beginnen.

Ich kenne Gates nicht und weiß nicht, was er wert ist; mögen die Amerikaner für ihn verantwortlich sein — er ist doch ein Minister Amerikas. Ich kann mich nur für meinen Freund R. J. Malinowski, einen großartigen Soldaten, verantworten, der zusammen mit den Franzosen im ersten Weltkrieg gegen den deutschen Imperialismus heldenhaft kämpfte, in den Jahren des zweiten Weltkriegs heldenhaft kämpfte, indem er riesige Armeen gegen die Hitlerleute und die japanischen Militaristen führte; er wurde zahlreicher Auszeichnungen für würdig befunden und ist jetzt der Verteidigungsminister der Sowjetunion. Für ihn bürge ich, das ist ein treuer Sohn der Kommunistischen Partei, ein treuer Sohn seines Heimatlandes.

Malinowski: Kriegsalarm haben wir nicht angesagt!

Chrustschow: Stimmt, er hat keinen Alarm angesagt, und wir werden ihn nicht ansagen, wir haben starke Nerven. Wenn die amerikanischen Imperialisten mit Einschüchterungsmethoden arbeiten wollen, so müßten sie ängstliche Menschen in anderen Ländern suchen, bei uns verfängt es nicht. Wir haben doch die volle Möglichkeit, den Provokateuren die gleiche Lektion zu erteilen, wie jenem Kater, der sich in einen fremden Taubenschlag geschlichen hat, und wir werden diesem Kater einen Denkzettel geben, sobald er in unseren Taubenschlag eindringt! . . .

Hier sagte man, daß in den USA Kriegsalarm verkündet worden sei. Diese Tatsache zeugt gerade davon, daß sich in den USA die reaktionärsten Kräfte — das Pentagon, der Militaristenklüngel — aktivieren. Sie drücken auf den Präsidenten. Gerade sie schickten das Flugzeug in unser Land — natürlich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten. Damit kann ich die Änderung erklären, die in der USA-Politik nach unseren Gesprächen mit Präsident Eisenhower in Camp David eingetreten ist . . .

Aufgescheucht

Trotz eines letzten Vorschlags von Chrustschow zur Wiederaufnahme der Diskussion hat die Gipfelkonferenz nicht stattgefunden und wird auch nicht stattfinden . . . In der bunten Menge der internationalen Journalisten, die gestern das Pressezentrum im Palais Chaillot füllten, gab es sicherlich einige, die die UdSSR und die Art und Weise, mit der ‚K' Ike an die Wand drückte, kritisierten; niemand aber fand sich zur Verteidigung der USA. Niemand bestritt die Verantwortung der USA für die Entsendung des Spionageflugzeuges, und vor allem fand sich niemand, der ihre Verantwortung für die unglücklichen Erklärungen bestritt, die darauf folgten und die unmittelbare Ursache der heutigen Schwierigkeiten sind . . . Es ist klar, daß ‚K' wirkliche Verhandlungen will, die zumindest den Anfang zu einer konkreten Änderung machen und die nicht eine spanische Wand von Worten sind, hinter der alles weitergeht wie vorher, d. h., hinter der die gefährlichen Pläne verwirklicht werden sollen . . . Die gegenwärtige Krise hat zumindest ein Gutes: Sie hat diejenigen aufgescheucht, die glaubten, daß alles zu Ende ist. So erkennen die Verbündeten der USA, daß die Stützpunkte, die sie den Amerikanern gewährten, auf ihrem eigenen Territorium täglich zu Aktionen dienen können, die sie nicht ahnten und die sie in die schlimmsten Komplikationen stürzen können. Sie sind beunruhigt, von Norwegen bis Japan, von Pakistan bis zur Türkei. Das ganze System der Stützpunkte ist tatsächlich in Frage gestellt.

Liberation, Paris, vom 18. Mai 1960

Gespräche müssen weitergehen

Es ist offensichtlich, daß es jetzt keine neue Gipfelkonferenz während der acht Monate geben kann, die Eisenhower noch im Amt ist. Es ist auch unwahrscheinlich, daß der neue amerikanische Präsident eine derartige Konferenz während der ersten sechs Monate seiner Amtszeit riskieren wird.

Darüber hinaus ist die gesamte Idee der Gipfelkonferenzen als Verhandlungsform erschüttert worden. Der Grund für eine derartige Konferenz war die Überzeugung, daß es keinen Sinn hätte, mit irgend jemandem in der Sowjetunion zu reden außer Chrustschow. Die Erfahrung hat jetzt bewiesen, daß auch mit Chrustschow selbst nicht immer leichtes Reden ist. Es bestehen sogar Zweifel darüber, ob er die sowjetische Politik wirklich fest in der Hand hat.

Wenn auch den Verhandlungen auf den Gipfelkonferenzen vorübergehend ein Ende gemacht worden ist, so hat es doch keine Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen gegeben. Die Verhandlungen können und müssen auf der Konferenz über die Einstellung der Atomwaffenversuche und in der Abrüstungskonferenz sowie durch die üblichen diplomatischen Kanäle weitergehen.

The Observer vom 21. Mai 1960.

„Amerika allein verantwortlich"

Der Chef aller staatseigenen Publikationen Ägyptens, Salah Salem, schreibt am 20. Mai in der Kairoer Zeitung „Al Gumhrija":

„Seit dem Krieg hat die Politik der USA nichts anderes getan, als die gesamte Welt irrezuführen. Es ist kaum eine verständliche Theorie oder politische Linie daraus abzulesen. Was denkt sich Amerika, wenn es sich das Recht zuschreibt, den sowjetischen Luftraum zu inspizieren? Amerika hat mit dieser Politik einen schweren Irrtum begangen, und es ist allein verantwortlich für die Folgen dieser Aggression."

Nicht mehr der Geist von Camp David

Der Fall des Spionageflugzeuges dürfte in Verbindung mit allem anderen die Regierung in der bevorstehenden Präsidentschaftskampagne die ‚Friedensfrage' gekostet haben. Und dies war die beste Wahlparole, die sie vor einer Woche gehabt hat. ... Der U-2-Zwischenfall hat diese politischen Gelegenheiten zwar nicht zunichte gemacht, aber stark verringert ... Statt des ‚Geistes von Camp David' haben wir jetzt den ‚Geist von Swerdlowsk'. Es besteht noch eine Chance, die Dinge in Paris zu retten, aber nicht, wenn der Präsident auf seinem gegenwärtigen Standpunkt beharrt ...

Indem er das Recht geltend gemacht hat, in die Sowjetunion einzudringen, hat der Präsident Chrustschow herausgefordert, ihm Einhalt zu gebieten, die Alliierten in Schwierigkeit gebracht, indem er ihre Stützpunkte zum Ziel für Chrustschows Zorn gemacht hat und selbst eines der eigenen Prinzipien Washingtons verworfen — nämlich, daß jede Nation das Recht hat, ihre eigene Regierungsform zu bestimmen.

New York Times vom 16. Mai 1960.

Führende US-Demokraten fordern Austritt der BRD aus der NATO

Eine Gruppe amerikanischer Demokraten, der 12 Abgeordnete des Repräsentantenhauses und andere Politiker sowie Wissenschaftler und Lehrer angehören (darunter Senator John Kennedy, Präsidentschaftskandidat der Demokraten, der frühere amerikanische Präsident Truman, Senator Fymington und Adlai Stevenson; d. Red.), hat den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO sowie eine Einigung der beiden Teile Deutschlands über eine Wiedervereinigung ohne „Einmischung irgendwelcher Art" vorgeschlagen.

Die Gruppe, die insgesamt aus 52 Mitgliedern besteht, hat außerdem in einem Bericht die Anerkennung des kommunistischen China sowie dessen Aufnahme in die Vereinten Nationen angeregt. Eine fortgesetzte Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO würde nach Ansicht der amerikanischen Demokraten die bleibende Teilung Deutschlands und den fast unvermeidbaren Verlust West-Berlins an die Sowjetzone bedeuten.

Deutsche Zeitung vom 24. Mai 1960

Acht peinliche Fragen an Eisenhower

38 demokratische Mitglieder des Repräsentantenhauses setzten am Freitag ihre Unterschrift auf einen Fragebogen mit 8 Fragen, die sie Präsident Eisenhower unterbreiten wollen. Der Präsident soll diese Fragen in seiner für die nächste Woche angekündigten Radio- und Fernseh-Ansprache an die amerikanische Nation beantworten. Das Schreiben an Eisenhower lautet wie folgt:

„Wir sind der Auffassung, daß der Kongreß und das Volk folgende Fragen stellen müssen und daß die Regierung diese Fragen beantworten muß:

1. Warum wurde der Flug des U 2-Flugzeuges über sowjetischem Gebiet unmittelbar vor der Gipfelkonferenz angeordnet?

2. Warum kam es zu einer Serie widersprechender und falscher Erklärungen von Regierungsbeamten, als der Zwischenfall mit dem Flugzeug publik wurde? Wer ist dafür verantwortlich?

3. Warum hat die Regierung am Vorabend der Gipfelkonferenz von Paris aus einen weltweiten militärischen Alarm angeordnet?

4. Warum hat die Regierung zuerst angedeutet, daß sie im Rahmen der nationalen Politik die Flüge über der Sowjet-Union fortsetzen werde, und warum hat sie dann sich selbst widersprochen und erklärt, sie habe die Einstellung der Flüge angeordnet?

5. War es notwendig, die bekanntgegebene friedliche Rolle des nationalen Amtes für Aeronautik- und Weltraumforschung zu kompromittieren, indem man dieses Amt als einen Deckmantel für Spionage-Operationen verwendet?

6. Warum gab es keine Koordination zwischen dem Amt, das für die Flüge der U 2 verantwortlich ist, und jenem Amt, das für unsere diplomatischen Funktionen verantwortlich ist?

7. Warum hat der Präsident im voraus angekündigt, daß er noch vor dem Ende der Konferenz nach Washington zurückkehren könnte?

8. Ist die traditionelle amerikanische Politik der Überordnung der zivilen über die militärische Gewalt geschmälert worden?"

Der demokratische Repräsentant Chet Holifield (Californien) erklärte, falls diese Fragen unbeantwortet bleiben sollten, so könnte es zu einer Untersuchung durch den Kongreß kommen.

Neue Zürcher Zeitung vom 23. Mai 1960

Was wir aus Paris lernen sollten

Eines müßte eigentlich die Pariser Konferenz allen Anhängern der Politik der Stärke demonstriert haben: Die Sowjets lassen sich dadurch nicht in die Knie zwingen, wie das Demagogen im Stile des Herrn Schlamm und in ähnlicher Form auch die Bundesregierung glaubten. Paris war nur der Endpunkt einer Entwicklung der letzten Monate. Das politische Klima hat sich seit den Gesprächen zwischen Eisenhower und Chrustschow zunehmend verschlechtert. Vom Geist von „Camp David" ist nicht mehr viel zu spüren, und der Wille zur Entspannung ist Stück für Stück zerbröckelt. Die letzten politischen Ungeschicklichkeiten der Amerikaner setzten nur den Schlußpunkt und gaben Chrustschow den Vorwand, die Konferenz zu verhindern.

Im großen Geschehen sind manche Kleinigkeiten übersehen worden, so die Tatsache, daß Chrustschow über den offiziell ausgegebenen Text in Paris hinaus erklärte, daß es im Westen „gewisse Kreise" gäbe, die „keine Entspanung" wollen. Und Eisenhower hat in einer vorbereiteten Rede einen Satz fortgelassen, der auf Adenauer Bezug nahm: „Seine (Adenauers) entschlossene Haltung hat erneut unsere Bewunderung erregt." Adenauer hatte zu deutlich gemacht, daß er die Gipfelkonferenz nicht wünschte und vor allem jedes Gespräch über Deutschland und Berlin verhindern wollte. Zudem ist kein deutscher Beitrag zur Entspannung geleistet worden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die diplomatischen Fäden zwischen West und Ost wieder angeknüpft werden. Wir glauben auch, daß es vielleicht nach längerer Pause zu einer neuen Gipfelkonferenz kommen wird. Diese Pause sollte dazu benützt werden, das Klima zwischen West und Ost zu verbessern und nicht zu verschlechtern. Vor allem aber müßte sich auch die Bundesregierung endlich darüber klar werden, wie unfruchtbar ihre bisherige Politik gegenüber dem Ostblock war. Darum sollte die Frage der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu den Ostblockstaaten erneut überprüft werden. Es sollte ebenso überprüft werden, was getan werden kann, um die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern.

Westfälische Rundschau vom 20. Mai 1960

Gates drückte den Alarmknopf

Die weltweite Alarmübung der amerikanischen Streitkräfte, die in der Nacht zum Montag zur Prüfung der Nachrichtenverbindung zwischen den höchsten Kommandostellen und den wichtigsten Einheiten abgehalten wurde, ist nach Mitteilung des Pentagons durch Verteidigungsminister Gates von Paris aus ausgelöst worden. Der Befehl für die Alarmübung wurde nur wenige Stunden vor dem ersten Treffen der Staats- und Regierungschefs in Paris erteilt.

Gates ordnete eine allgemeine Alarmübung an und ließ dem gemeinsamen Stab der amerikanischen Streitkräfte die Wahl zwischen mehreren Manövern. Die Stabschefs entschieden sich für die Erhöhung der Alarmbereitschaft der Luftabwehr. Praktisch bedeutete diese Maßnahme unter anderem, daß die Zahl der startbereit auf den Rollbahnen stehenden Jagdflugzeuge verdoppelt wird und der Rest innerhalb einer Stunde startbereit sein muß.

Die erste elektronische Alarmstation, die vor anfliegenden Raketen aus der Sowjetunion warnen soll, geht in Thule in Grönland ihrer Vollendung entgegen. Sie gehört zu einer Kette von insgesamt drei Alarmstationen, die den Himmel über den Grenzbereichen der Sowjetunion und der Ostblockstaaten in einem Bogen von etwa 150 Grad abtasten und Wahrnehmungen von der Annäherung feindlicher ballistischer Geschosse und Satelliten an das Oberkommando auf dem amerikanischen Festland weitergeben sollen. Die Alarmstation in Thule wird im Herbst fertig sein. Bis zur Fertigstellung der beiden anderen elektronischen Frühwarnstationen in Clear in Alaska und in Flyingdale in England dürften noch Jahre verstreichen. Das amerikanische Verteidigungsministerium hofft, Überraschungsangriffe mit Raketen so rechtzeitig zu entdecken, daß der westlichen Welt 15 Minuten Zeit für den Vergeltungsschlag bleiben.

Ein regionaler Leiter des Bundesamtes für die Mobilisierung des Luftschutzes und der Verteidigung in St. Louis erklärte, jede amerikanische Familie müsse sich darauf einrichten, nach einem Angriff 14 Tage lang in Schutzräumen auszuharren und sich selbst zu versorgen. Nach Ablauf dieser Zeitspanne werde die Regierung die Versorgung übernehmen. Er vertrat die Ansicht, private Atomschutzbunker böten die beste Gewähr für die Erhaltung zahlreicher Menschenleben bei einem Angriff. Die Verlustziffer könne dadurch um 25 Prozent vermindert werden.

Die amerikanische Regierung ersuchte den Kongreß am Montag um die Bewilligung von weiteren 2,5 Millionen Dollar für das Forschungsprogramm zur Entdeckung kleinerer unterirdischer Kernwaffenversuche. Die Forschungen sollen von der Atomenergiekommission und dem Verteidigungsministerium gemeinsam unternommen werden.

Süddeutsche Zeitung vom 18. Mai 1960

Nehru: Hoffnung noch nicht verloren

Der indische Ministerpräsident Nehru meinte, daß die Hoffnung auf ein erfolgreiches Treffen der „Großen Vier" nicht aufgegeben werden dürfe. Sie sei noch nicht verloren. Ein neuer Versuch sollte aber unter besseren Voraussetzungen gemacht werden. Den Versuch nicht zu machen hieße, einen „ungeheuren Fehler" zu begehen. Zunächst müßten sich allerdings die Gemüter wieder abkühlen.

Nehru vermied es, einen Schuldigen für den Mißerfolg in Paris zu nennen, deutete aber an, er werde versuchen, die vier Großmächte wieder an einen Tisch zu bringen.

Nürnberger Nachrichten vom 19. Mai 1960

Entspannung dringender denn je

Für Washington bestand die Chance, sich eine bessere Ausgangsposition für Paris zu schaffen, hätte man die Entwicklung in Moskau nur sorgfältiger beobachtet und hätte man die Ankündigung weiterer Flüge zurückgenommen.

Die Politik der Entspannung muß dringender denn je gerade auch auf deutscher Seite jetzt gefördert werden. Diejenigen, die jetzt nach einer Neuauflage der Politik der Stärke rufen und versuchen in Panik zu machen, sollten sich vor Augen führen, was Paris uns allen tatsächlich verdeutlicht hat: Wenn ein Zwischenfall, wie der von Swerdlowsk, schon

unmittelbar vor einer Vier-Mächte-Konferenz derartige Spannungen auslösen kann, welche Folgen hätte er gehabt, wäre er in Zeiten des Kalten Krieges geschehen? Die Lösung der Probleme, zu der die Pariser Gipfelkonferenz aufgerufen war, muß daher weiter das Ziel jeglicher Politik bleiben. Der Versuch einer Verständigung kann nur aufgeschoben, nicht aber aufgegeben sein.

Vorwärts vom 20. Mai 1960

Spionageflugzeuge starten auch von westdeutschen Flughäfen

Wie wir entgegen der Darstellung des Bundesverteidigungsministeriums, daß von Flugplätzen in Westdeutschland keine Aufklärungsflüge nach dem Ostblock stattgefunden hätten, von zuverlässiger Seite erfahren, landen und starten derartige Fernaufklärer auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Dies geschah vereinzelt auch auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen, wo jeweils besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden, wenn derartige Maschinen — u. a. vom Typ U 2 — zwischenlandeten. Das deutsche Flughafenpersonal, das bei allen anderen Gelegenheiten mit dem amerikanischen Personal eng zusammenarbeitet, wurde in diesen Fällen nicht beteiligt.

Eigenbericht der Frankfurter Rundschau vom 12. Mai 1960

Demonstration gegen Spionageflüge

Frankfurter Jugendliche, darunter Mitglieder der Naturfreunde, der „Falken" und der „Deutschen Jugend-Gemeinschaft" (DJG) protestierten am 15. Mai vor dem Rhein-Main-Flughafen gegen seine Verwendung als Flugbasis für Spionageflüge.

Auf mitgeführten Transparenten forderten sie u. a.: „Rhein-Main-Flugplatz keine Zielscheibe für sowjetische Fernraketen."

Im Gegensatz zur SPD-Führung verlangte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion vom Frankfurter Magistrat, daß Starts vom Rhein-Main-Flughafen zu Spionageflügen im Interesse der Sicherheit der Bürger in Zukunft unterbleiben.

bdd-informationen vom 19. Mai 1960

US-Kommando bestätigt: Keine sowjetischen Flüge

Auf die Frage, ob die Sowjetunion jemals Flüge über die USA oder das Gebiet von NATO-Mitgliedern unternommen habe, erwiderte G r o m y k o : „Dieser Gedanke ist der sowjetischen Politik fremd." Das nordamerikanische Luftverteidigungskommando hat gestern erklärt, es sei nicht bekannt, daß sowjetische Spionageflugzeuge über das Festland von Alaska oder über die USA hinweggeflogen seien. Das Kommando verfügt über ein umfassendes System von Radar- und elektronischen Überwachungsgeräten in der Luft, auf See und zu Lande.

Düsseldorfer Nachrichten vom 12. Mai 1960

Koexistenz oder Krieg!

In seiner Erklärung spielte C h r u s t s c h o w auch auf die bevorstehenden amerikanischen Wahlen an: „Ich hoffe, daß entweder die gegenwärtige oder aber die künftige amerikanische Regierung sich endlich darüber klar wird, daß es nur eine Möglichkeit gibt: die friedliche Koexistenz zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System. Einen anderen Ausweg als ein friedliches Nebeneinanderleben der Völker mit verschiedenen sozialen Systemen gibt es nicht. Wer das nicht will, will den Krieg."

Auf die Frage, warum er es für nötig halte, die Einladung an E i s e n h o w e r zurückzuziehen, antwortete er: „Die Russen sind keine Heuchler. Sie werden mich fragen: Wie können Sie einen Mann Willkommen heißen, der Flugzeuge in feindlicher Absicht über unser Land schickt? Selbst mein kleiner Enkel wird mir diese Frage stellen und ich wüßte nicht, was ich ihm antworten soll."

Die Welt vom 17. Mai 1960

Nach dem Fehlschlag

Noch während Chrustschow vor 3000 Journalisten seine turbulente Pressekonferenz gab, spielte sich diese Szene ab: Ein bekannter deutscher Journalist rief aufgeregt einem seiner Kollegen zu: „Da sehen Sie, mit dem Mann kann man nicht verhandeln!" Die Antwort: „Wollen Sie schießen?" — Der Journalist machte ein ärgerliches Gesicht. Ratlos blickte er durch die breiten Fenster des Palais Chaillot auf das in der Sonne liegende Paris, während einige Meter entfernt Chrustschow seine Salven auf Eisenhower abschoß.

Diese Szene, ein kleiner menschlicher Ausschnitt in dem großen politischen Geschehen, kennzeichnet vielleicht besser als vieles andere die Gedanken und die innere Erregung jener, die in unmittelbarer Nähe die Gipfelkonferenz beobachtet haben. Es sind dies die internationalen Globetrotter aus allen Teilen der Welt, die seit Jahren in Ost und West das Auf und Ab der Spannungen verfolgen, die in Wort und Bild und durch ihre Arbeit Millionen Menschen an den politischen Ereignissen teilhaftig werden lassen. Man sollte meinen, sie wären abgebrüht. In dieser Woche und besonders am Mittwoch waren sie es nicht. Eine tiefe Erregung hatte sie alle gepackt. Sie spürten, daß der Sowjetpremier nicht nur „Informationen" gab, sondern im Vollbewußtsein, als Repräsentant einer Weltmacht in Paris zu stehen, sprach. Die Art, wie er es tat, war außergewöhnlich und für viele sicher auch abstoßend. Sie entsprach gewiß nicht dem Stil internationaler Pressekonferenzen. Aber diese Atmosphäre herrschte ja schon, als Chrustschow bei seinem Eintreffen von „Buh"- und „Pfui"-Rufen, gemischt mit Beifallklatschen, empfangen wurde. Der Mann reagierte darauf so, wie man es bei seinem Temperament erwarten mußte. Er lächelte, tippte mit dem Zeigefinger seiner rechten Hand an die Stirn und warf sich dann mit Vehemenz in das Getümmel einer „Wahlversammlung".

Man mag sagen, daß die hier dargestellten Szenen des Schlußaktes einer verunglückten Gipfelkonferenz nur Äußerlichkeiten sind. Es steckt jedoch mehr darin. Warum, so fragt man sich hier, hat Präsident Eisenhower nicht ebenfalls das einmalige Forum der Weltöffentlichkeit für sich in Anspruch genommen und in Paris unumwunden die Begründung für die amerikanische Haltung dargelegt? Am Abend dieses denkwürdigen Tages wurde diese Frage von den Menschen auf den Straßen in Paris überall gestellt. Sie wurde unter den Journalisten diskutiert, und sie bildete auch das Gesprächsthema der Mitglieder der nichtamerikanischen Delegationen. Man verhehlte nicht seine Unzufriedenheit darüber, daß der Westen gegenüber der massiven Darstellungsweise der Politik des Ostens in den Hintergrund getreten war.

Natürlich ist die Pariser Gipfelkonferenz nicht das Ende aller Dinge. Sie kann vielleicht sogar der Anfang einer neuen Periode nicht nur des Nachdenkens über Fehler der Vergangenheit, sondern des vorbereitenden Handelns in der Zukunft werden. Daß hierbei das rein Militärische nicht der Kern eines neuen Handelns sein kann, wird langsam zu einer Binsenwahrheit. Die militärischen Kräfte heben einander auf. Die destruktiven Kräfte eines aus falscher Politik fortgesetzten Wettrüstens wären das untauglichste Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Krise. Mehr, als sich gegenseitig zu zerstören, wäre selbst die perfektionierteste Rüstung nicht imstande.

SPD-Pressedienst vom 19. Mai 1960

Ich wäre verrückt ...

„Ich wäre verrückt, wenn ich sagen würde, daß das russische Volk einen Mann als Gast willkommen heißt, der Spionageflugzeuge hierher schickt. Ich bin in einer schwierigen Situation. Stellen Sie sich nur einmal die Reaktion in den Vereinigten Staaten vor, wenn wir am Vorabend meines Besuches ein Spionageflugzeug in die Vereinigten Staaten gesandt hätten. Wie wäre mein Empfang gewesen?" (Chrustschow)

Die Tat, Zürich, vom 19. Mai 1960

Prawda: Die Schuld am Schiffbruch

Die Aggressivität der Politik der in den USA herrschenden Kreise, die die Wachsamkeit der Völker unter dem Deckmantel des Gipfels einschläfern wollen, ist vollständig enthüllt worden. Die gerade, ehrliche und unerschütterliche Haltung der sowjetischen Regierung

auf ihrem Weg zur Gipfelkonferenz hat die amerikanischen Herrscher in den Augen aller friedliebenden Völker als politische Bankrotteure bloßgestellt. Niemand wird die Verantwortung der amerikanischen Regierung für den Schiffbruch der Pariser Gipfelkonferenz anderen zuschieben können.

18. Mai 1960

Hochhaus für Strauß

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat gestern einstimmig 18,2 Millionen Mark für Erweiterungsbauten des Bundesverteidigungsministeriums freigegeben. Die Neubauten sollen die Unterbringung sämtlicher 4000 Angehöriger des Ministeriums auf der Hardthöhe bei Bonn ermöglichen. Die Hälfte davon ist bereits dort untergebracht. Das derzeitige „Hauptquartier" von Bundesverteidigungsminister Strauß in der Bonner Ermekeilkaserne soll einem anderen Ministerium zur Verfügung gestellt werden.

Das Projekt auf der Hardthöhe wird insgesamt 22 Millionen kosten. Es umfaßt ein elfstöckiges Hochhaus, drei fünfstöckige Bürobauten, ein Wirtschaftsgebäude und eine Bibliothek. Ursprünglich sollte das Hochhaus auf dem Gelände der Ermekeilkaserne errichtet werden. Die Stadt Bonn hatte dagegen erfolgreich Einspruch erhoben. Mit den Neubauten für Strauß soll im Herbst dieses Jahres begonnen werden.

Der Mittag vom 19. Mai 1960

Lehrstühle für Wehrtechnik

Die Bundeswehr kann den Anschluß an die moderne Waffentechnik und Physik nicht von heute auf morgen gewinnen, das leuchtet auch den meisten Verbündeten ein. „Wir fangen nicht bei Null an, sondern bei Minus", meint Dr. Fischer, der über die Verluste unter den Jahrgängen von 1910 bis 1920 klagt. Unter den Waffentechnikern besitzen diese Jahrgänge Seltenheitswert und werden hoch „gehandelt". Das Durchschnittsalter der Beamten im höheren oder gehobenen Dienst der Abteilung Waffentechnik liegt bei 60 Jahren. Zwischen den Älteren und den Jungen klafft eine Lücke. Zudem hat die Bundesrepublick von 1945 bis 1955 überhaupt keine waffentechnische Forschung betrieben. Seit mehr als fünfzehn Jahren gibt es an den deutschen Universitäten und Hochschulen keine Lehrstühle für Waffentechnik — wie Panzerbau, Geschützbau, Ballistik, U-Boot-Bau, Sprengstoffchemie; und im Gegensatz zur früheren Wehrmacht verfügt heute die Bundeswehr über keine eigenen Institute dieser Art. Dabei haben sich die Anforderungen an die Wehrtechnik seit dem letzten Krieg vielfach gesteigert. Langsam will man nun Wandel schaffen. Hamburg wird voraussichtlich einen Lehrstuhl für Kriegsschiffbau erhalten, Hannover einen Lehrstuhl für Panzerbau, weitere Lehrstühle sollen in Braunschweig und Darmstadt eingerichtet werden. Die Verhandlungen mit den Kultusministern und der Rektorenkonferenz scheinen allerdings schwierig; in Bonn ist man sich klar darüber, daß auch in späteren Jahren Fachleute für bestimmte Fächer im Ausland studieren müssen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. April 1960

Jaegers „Vaterland" und „gerechter Krieg"

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Richard Jaeger (CSU), hat bei einer Wehrtagung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Altenberg/Rhld. über „Landesverteidigung aus der Sicht der christlichen Staatslehre" gesprochen. Der Bericht beginnt mit einem entscheidenden Satz Jaegers: „Die Bundesrepublik ist kein Provisorium, sondern das wahre Vaterland der Deutschen". Er „wies die Auffassung zurück, die Bundesrepublik sei ein Staatsfragment". Jaeger hält die Meinung, „ein gerechter Krieg sei im Zeitalter der Atombombe nicht mehr möglich", für eine „These der Kommunisten". Aus der Sicht der christlichen Staatslehre „sei der Tod nicht das schlimmste aller Übel für den Christen, wenn er sich vor die Wahl gestellt sehe, ihn oder die Knechtschaft der bolschewistischen Sklaverei zu wählen". Dr. Jaegers Thesen, vorgebracht, um den Wehrwillen in der Bundesrepublik zu stärken, sind weder in der Presse noch von den Parteien ge-

würdigt worden. Sind sie nicht wichtig genug? Nun, hier wird in überzeugender Weise geklärt, wohin der Weg gehen soll ...

Selbst diejenigen, denen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr opportun erscheint, erklären immer wieder, daß aus dieser Bewaffnung eine Rechtfertigung irgendeines Krieges nicht abzuleiten sei (William Schlamm ausgenommen, dessen theologische Kenntnisse trotz häufiger Zitate nicht über das Niveau eines Konfirmanden hinausgehen).

Wir mögen nicht annehmen, daß Jaeger das ausspricht, was die anderen dabei denken! Aber die These vom „Vaterland Bundesrepublik" ist deshalb so ungemein gefährlich, weil sie ... seit dem Ausbau Bonns zur provisorischen Bundeshauptstadt überhand nimmt. Hier, in Dr. Jaegers Rede wird ein Provisorium perfektioniert. „Vaterland Bundesrepublik" und die Einheit schließen sich aus ...

SPD-Pressedienst vom 19. 4. 1960

Verschleierter Etat

Freilich läßt sich die wirkliche Höhe des Verteidigungsetats aus dem Bundeshaushalt keineswegs ohne Mühe entnehmen. Der Methode der Verschleierung und Verkleidung folgend, ist durch Aufteilung der einzelnen Posten dafür gesorgt, daß große Teile des Verteidigungshaushalts in anderen Positionen untergebracht und als zivile Ausgaben deklariert sind. Vom Verteidigungsministerium sind die Ausgaben auf 10 Milliarden DM beziffert. Selbst wenn man diesen Zahlenangaben folgt, wurden für die Bundeswehr von 1955 bis Ende 1960 insgesamt 35,7 Milliarden DM ausgegeben. Das sind die direkten Rüstungsausgaben. Sie werden nach amtlichen Schätzungen 1961 bereits 14 und 1962 sogar 16 Milliarden DM betragen.

Die indirekten Kosten für die Verteidigung finden sich in den Haushalten fast aller Ministerien. Sie sind nicht abhängig von den Bewilligungen für das Verteidigungsministerium, sie bedeuten aber insgesamt eine außerordentliche Erweiterung des Verteidigungsbudgets. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, SPD-Abgeordneter Schöttle, nannte das die „Fettpolster" des Haushalts. Dazu gehören, um nur einige Posten zu nennen, die Versorgung der Angehörigen der Bundeswehr, ziviler Bevölkerungsschutz, zivile Notstandsplanung und einiges mehr.

Fachleute, die in die Sparte Rüstung auch die Liquidation des verlorenen Krieges, Kriegsopferversorgung und Wiedergutmachung usw. rechnen, kommen auf die phantastische Summe von 26 Milliarden DM für direkte und indirekte Verteidigungs- und Rüstungskosten. Das sind 60 Prozent des Gesamthaushalts, ohne die Kosten für Vorratshaltung, NATO-Beiträge und anderes mehr.

Gegenüber solchen Summen nimmt sich der Sozialhaushalt, den Etzel als den ersten Schwerpunkt des Etats für 1960 bezeichnete, geradezu klein und nebensächlich aus, besonders dann, wenn man erfährt, daß etwa 6,5 Milliarden DM für Sozialversicherung aufgewendet werden, wovon wiederum ein nicht unerheblicher Teil auf den Unterhalt der bundeseigenen Sozialbürokratie entfällt.

Westfälische Rundschau

Nehru zur Deutschlandfrage

Am 5. April sagte Ministerpräsident Nehru in Neu-Delhi, die deutsche Frage sei von großer Wichtigkeit im Hinblick auf die Zukunft der ganzen Welt und auf die Entscheidung über Krieg und Frieden.

Nehru, der vor dem indischen Rat für internationale Angelegenheiten (Council of World Affairs) sagte, daß das deutsche Militärpotential und die deutschen Invasionen der Vergangenheit sogar die Freunde Deutschlands fürchten ließen, „die Geschichte könne sich in noch viel schlimmerer Form wiederholen" — Nehru sagte, wenn man Zeitungsmeldungen Glauben schenken wolle, so sei das wichtigste Problem, dem sich die „Großen dieser Erde" auf der kommenden Gipfelkonferenz gegenübersehen werden, die Deutschlandfrage, die Berlinfrage usw.

Der Ministerpräsident fuhr fort, all dies ginge indirekt auch Indien an, da Deutschland eine so gewaltige Rolle in den letzten Jahren und in den beiden Weltkriegen gespielt habe und weil alles, was in Deutschland vor sich ginge, das größte Interesse der ganzen Welt hervorriefe.

Nehru warnte vor der Gefahr eines deutschen Militarismus und sagte: „Eine Reihe europäischer Länder hat mehr als eine deutsche Invasion erlebt und hat dies natürlich nicht vergessen. Die Deutschen sind glänzend organisiert, es sind tapfere Menschen mit erstaunlichen technischen Fähigkeiten, und es sind großartige Soldaten. So fragen sich also auch Deutschlands Freunde — von den Feinden will ich gar nicht reden —, ob sich die Geschichte wohl wiederholen wird."

Aus dem Informationsdienst der Indischen Botschaft, Bonn, Nr. 14/1960

Adenauers Irrtum

Der christlich-soziale belgische Senatspräsident Paul S t r u y e schreibt in dem katholisch-konservativen belgischen Blatt: ... Bundeskanzler A d e n a u e r glaubt weiterhin daran, daß die Zeit für die Rückkehr Deutschlands zur Einheit arbeitet. Lange erklärte er sich überzeugt, daß er, wenn Deutschland erst einmal wieder bewaffnet und wieder in das atlantische Konzert eingeführt sei, um so leichter die Wiedervereinigung erreichen würde. Aber der Lauf der Dinge hat gezeigt, daß sich die Opposition von sowjetischer Seite gegen die Wiedervereinigung um so mehr erhärtet, je mehr Westdeutschland sich wiederbewaffnet. Darüber hinaus sind die Alliierten der Bundesrepublik nicht alle so aufrichtige Anhänger einer Wiedervereinigung Deutschlands, wie sie es in platonischen Erklärungen zu bekunden belieben ...

Libre Belgique vom 25. April 1960

Nichtangriffspakt

Ein Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschaupakt-Mächten sowie ein atomares „Disengagement" in Europa gehören zu den Punkten, die 50 Labour-Abgeordnete in einer Resolution als Hauptziele ... bezeichnet haben.

Frankfurter Rundschau vom 12. Mai 1960

Scharfer Protest gegen „Rettet die Freiheit"

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) hat am Wochenende scharf gegen das von der Münchener Arbeitsgruppe des Komitees „Rettet die Freiheit" herausgegebene sogenannte „Rotbuch II" protestiert. Die von den Verfassern angewandten Arbeitsmethoden sowie die von ihnen vertretenen ideologischen und politischen Tendenzen stellten eine gefährliche Bedrohung der freiheitlichen Grundlagen unseres Staats- und Gesellschaftssystems dar.

Westfälische Rundschau vom 16. Mai 1960

Fortschritte der Atomkonferenz in Genf

Der Expertenausschuß der Genfer Atomkonferenz hat zwei Sitzungen in einer freundlichen Atmosphäre abgehalten. Westliche Beobachter sahen darin ein Anzeichen, daß das Scheitern der Gipfelkonferenz nicht unbedingt ungünstige Auswirkungen auf die Beratungen der Wissenschafter aus Ost und West haben müsse.

Sowohl von amerikanischer als auch von sowjetischer Seite wurde in Genf bestätigt, daß die Expertenbesprechungen „gute Fortschritte" machten. Die Experten sind beauftragt, ein Forschungsprogramm zur Verbesserung der Feststellungsmethoden kleinerer unterirdischer Kernexplosionen auszuarbeiten.

Die Tat, Zürich, vom 20. Mai 1960

Trauriges Erbe

... Erst heute kann man ganz übersehen, wie skandalös die Zustände in diesem Land gewesen sein müssen, das noch vor wenigen Jahren unter den Vorzeichen von Demokratie und Freiheit durch die Soldaten der USA und ihrer Verbündeten gegen den Kommunismus verteidigt wurde. Die westlichen Nationen haben lange, fast zu lange, zugesehen, wie Syngman Rhee und seine Clique die Grundsätze der Demokratie verhöhnten ...

Unausweichlich erscheint ein drastischer Abbau der Armee, deren Stärke nur mit dem Wunsch Syngman Rhees zu erklären ist, eines Tages ohne Rücksicht auf den Weltfrieden wieder nach Norden zu marschieren ...

Westfälische Rundschau vom 27. April 1960

Wirtschaftswunder in der DDR

Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek" veröffentlicht einen Sonderbericht über die Lage in der DDR, in der es heißt, es habe auch dort einen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben, mit der Folge, daß heute etwa 40 Prozent der Bevölkerung bei einer eventuellen Volksabstimmung für das kommunistische Regime stimmen würden. Das Magazin schreibt: „Ostdeutschland hat die Tschechoslowakei vom Platz der achtgrößten Industrienation der Welt verdrängt. Dieses ‚Wirtschaftswunder' ist zwar nicht mit dem Westdeutschlands zu vergleichen, doch es ist weit eindrucksvoller, als die meisten von uns zu erkennen vermögen.

Frankfurter Rundschau vom 27. April 1960

Fernsehen und Recht auf Selbstbestimmung

Einmal mehr hat Bundeskanzler A d e n a u e r im Fernsehen eine Lanze für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gebrochen. Das war am Vortage seines Abfluges nach Paris, am vergangenen Freitag ... Wie aber verhält sich Dr. Adenauer, wenn er seiner Sache weniger sicher ist? Ganz einfach: er droht offen damit, den demokratischen Weg auszuschalten und ihn durch Verwaltungsakte zu ersetzen, die man „Notverordnung" bezeichnen kann. Beispiel: das Fernsehen.

Vor bald zwei Jahren (Fernsehbeilage vom 15. Juli 1958) haben wir erstmals auf die sehr ernsthafte Bedrohung hingewiesen, welcher das föderalistische, freie deutsche Fernsehen von seiten der Bundesregierung ausgesetzt ist. Adenauer und sein Innenminister S c h r ö d e r haben es darauf abgesehen, die Bundesländer ihrer durch das Grundgesetz garantierten Kulturhoheit zu berauben. Sie wollen das Fernsehen, als wichtigen Propagandafaktor, vor der Wahlkampagne 1961 fest in der Hand halten: einmal, indem sie bis dahin ein völlig regierungshöriges „Zweites Programm" in Betrieb nehmen; dann aber auch, indem sie sich die heute noch unabhängigen Fernseh-Anstalten gefügig machen, indem sie a) ihre Einnahmen allgemein verringern und b) den gefügigsten unter ihnen andeuten, man könnte sich ja einigen, auch finanziell, wenn die Anstalten eben ... parieren wollen.

Innenminister Schröder legte dem Parlament einen Gesetzesentwurf vor, der diesen Weg öffnen sollte. Am 11. November 1959 beriet ihn der Bundesrat (die deutsche Länderkammer, etwa unser Ständerat). Einstimmig (das heißt: auch mit sämtlichen CDU-Stimmen) lehnte die „Kleine Kammer" den Regierungsentwurf als verfassungswidrig ab und ersuchte die Regierung, ihn zurückzuziehen und die offenen Fragen des Rundfunks und des Fernsehens durch Verträge mit den Ländern zu ordnen. Hätten n u r des Kanzlers Parteifreunde den Entwurf gebilligt, so wäre er angenommen worden, denn sie verfügen auch im Bundesrat über die Mehrheit.

Jedoch, eine Woche später entschied Adenauers Kabinett trotz der einstimmigen Ablehnung, den Entwurf nicht zurückzuziehen, sondern ihn dem Bundestag unverändert zuzuleiten. Hätte die „Große Kammer" (sie ist gefügiger als der Bundesrat) dem Schröder-Entwurf zugestimmt, so wäre er erneut an die Länder-Kammer gelangt, wie das ja auch bei uns der Fall ist. Der Bundeskanzler und sein Innenminister fürchteten jedoch eine endgültige Niederlage vor dem Parlament: sie zogen den Entwurf zwar nicht zurück, aber sie verhinderten seine weitere Behandlung im Parlament. Der Entwurf verschwand vorläufig von der Bildfläche, und es begann ein Tauziehen hinter den Kulissen, das mit der Würde einer parlamentarischen Demokratie nicht zu vereinbaren ist.

Langsam klangen die Mißtöne aus der Kulisse heraus; am Parteitag der CDU, in Karlsruhe, erschollen sie auf offener Bühne. Da sagte Bundestagspräsident Dr. Eugen G e r s t e n m a i e r (Mitglied der Kanzlerpartei):

„Die Frage des Fernsehens hat nicht nur Bund und Länder, sondern auch die CDU in Mitleidenschaft gezogen. Es erübrigt sich zu versichern, daß wir eine Verfassungspartei sind, das heißt, mit Bewußtsein auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Aber auch

die strenge Achtung vor dem Grundgesetz kann uns nicht von den Pflichten entbinden, die der Wandel des Tages und der geschichtlichen Situation uns aufgeben."

Das klingt zwar bedenklich, aber noch halbwegs verbindlich. Nun, Bundeskanzler Adenauer sagte es deutlicher. Er sprach von den heutigen Programmverantwortlichen: „Und nun, meine Damen und Herren, Leute, die in einer eigenartigen, besonderen Geistesverfassung sind, die liegen mir nicht. Darum glaube ich, wir sollten an die Regelung dieser Frage mit aller Energie herangehen. Dazu rufe ich die ganze Partei auf. Und jetzt Schluß mit der ganzen Geschichte!"

Schluß also mit dem demokratischen, parlamentarischen Weg. Denn er hatte ja eindeutig — in seiner ersten Phase — zu einer Niederlage des Bundeskanzlers geführt. Wo es aber hinführt, wenn man sich über den Willen des Parlaments hinwegsetzt, das sollte man in der Bundesrepublik wirklich wissen. Von den Brüningschen „Notverordnungen", über von Papens „Vollmachten" zu Hitler. Wie es dem Rundfunk in der Weimarer Republik erging, kann jedermann in Heinz Pohles großer Arbeit: „Der Rundfunk als Instrument der Politik" (herausgegeben vom Hans-Bredow-Institut an der Universität Hamburg, wissenschaftliche Schriftenreihe für Rundfunk und Fernsehen) nachlesen: unter den Sozialdemokraten wurde er bereits vergewaltigt und verstaatlicht. Wäre er unabhängig geblieben, die Nazis hätten es schwerer gehabt, an die Macht zu gelangen. So schnitten sich die Sozialisten in das eigene Fleisch. Will die Bundesregierung das Experiment unbedingt wiederholen? Es scheint fast so.

Die Tat, Zürich, vom 18. Mai 1960

Kommunique und Resolutionen der Internationalen Studenten- und Jugendkonferenz für nukleare Abrüstung in London

Kommunique

Die Konferenz fand statt in London vom Sonnabend, dem 9. April, bis einschließlich Donnerstag, dem 14. April 1960.

73 Delegierte und 35 Beobachter aus 26 Ländern nahmen an der Konferenz teil, 44 Organisationen waren vertreten.

Repräsentanten der folgenden Länder waren anwesend: Australien, Argentinien, Großbritannien, Bulgarien, Kanada, Ceylon, Zypern, Irland, Frankreich, Westdeutschland, Ostdeutschland, Ghana, Ungarn, Indien, Irak, Japan, Jordanien, Holland, Südafrika, Spanien, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigte Arabische Republik und Arabische Studentenunion.

Die Konferenz wurde durch J. B. Priestley eröffnet. Seiner Begrüßungsansprache folgten Delegiertenberichte über die Bewegungen und Organisationen der vertretenen Länder: Arabische Studentenunion, Großbritannien, Kanada, Ceylon, Zypern, Irland, Frankreich, Ghana, Ungarn, Japan, Holland, Schweden, Schweiz, USA, Westdeutschland, Ostdeutschland, Weltfriedensrat, Internationale Studentenunion*), Weltbund Demokratischer Jugend, Bund Indischer Studenten in Europa.

Alle Sprecher unterstrichen die Wichtigkeit der Abrüstung und die besonders dringende Notwendigkeit nuklearer Abrüstung. Der Gedanke internationaler Zusammenarbeit wurde oft ausgesprochen, und viele Delegierte begrüßten die Konferenz als ein Mittel, um durch internationale Bemühungen die Abrüstung voranzutreiben.

Die Konferenzteilnehmer forderten Stop der französischen Kernwaffenversuche und protestierten gegen die deutsche Wiederaufrüstung.

Die folgenden Erklärungen waren das Ergebnis der Arbeit in den Diskussionsgruppen, in den Plenumsdiskussionen und der Internationalen Kongreßleitung (International Steering Committee):

I.

Thema:

Jede Bewegung für Abrüstung muß die Notwendigkeit totaler Abrüstung konstatieren. Die Teilnehmer dieser Konferenz sind der Ansicht, daß das Hauptgewicht auf nukleare Abrüstung gelegt werden muß.

*) IUS.

Schritte zur Abrüstung:

Die Teilnehmer dieser Konferenz begrüßen den Gedanken unilateraler atomarer Abrüstung zur Förderung multilateraler nuklearer Abrüstung. Auf die Länder, die keine Atomwaffen besitzen, sollte eingewirkt werden, auch in Zukunft keine Atomwaffen zu besitzen.

Die Teilnehmer dieser Konferenz sind der Ansicht, daß in der Frage der Kontrolle schon weitgehend Übereinstimmung erreicht ist und daß bei vorhandenem Willen eine Vereinbarung über Abrüstung jetzt beschleunigt zu erreichen ist.

Abrüstungshindernisse:

Die Teilnehmer dieser Konferenz sprechen sich mit Entschiedenheit für ein internationales Abkommen über nukleare Abrüstung zwischen den vier Atommächten aus. Ein Schritt auf dem Wege dorthin ist ein unmittelbar abzuschließendes Abkommen über die Einstellung sämtlicher Atomversuche.

Wir protestieren gegen die französischen Versuche in der Sahara. Der radioaktive fall-out dieser Versuche vergrößert die Gefahr sowohl für die Menschheit in ihrer Gesamtheit als für das algerische Volk im besonderen. Die Aussichten für ein Abkommen über die Einstellung der Atomversuche in Genf werden dadurch, daß Frankreich darauf beharrt, eigene Atomwaffen zu testen, ernstlich in Frage gestellt. Darüber hinaus sollte auf Frankreich ein Druck ausgeübt werden, auf die Entwicklung unabhängiger Atomwaffen zu verzichten, um die Bildung eines Zusammenschlusses nicht-nuklearer Nationen zu erleichtern.

Die Abschaffung der Atombasen ist von höchster Wichtigkeit.

Wir erklären unsere Gegnerschaft zu allen militärischen Pakten.

Die Teilnehmer dieser Konferenz protestieren gegen den neuen Sicherheitsvertrag zwischen den USA und Japan, der zur Atomrüstung Japans führen wird. Wir setzen uns mit Nachdruck für eine atomwaffenfreie Zone im Fernen Osten ein.

Die Teilnehmer dieser Konferenz erklären nachdrücklich ihren einmütigen Protest gegen die Atomrüstung Westdeutschlands.

Deutschland:

Die Methode, ein Junktim von lösbaren Problemen mit zur Zeit unlösbaren zu schaffen, wird zunehmend als ein Mittel durchschaut, internationale Verhandlungen vorsätzlich zum Scheitern zu bringen.

Da auf der Gipfelkonferenz das deutsche Problem zur Diskussion stehen wird, geben die Teilnehmer der Internationalen Studenten- und Jugendkonferenz nachdrücklich der Erwartung Ausdruck, daß die Großmächte Schwierigkeiten über der deutschen Frage nicht zu einem Hindernis ihrer Einigung über Abrüstungsfragen werden lassen.

Wenn in der letzten Zeit viel vom „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" gesprochen wurde, so müssen wir hervorheben, daß einer solchen Forderung die Legitimation fehlt, solange die Bevölkerung eines Landes nicht die Möglichkeit hat, selbst über fundamentale Fragen ihrer Existenz, wie die Ausrüstung der Armee mit nuklearen Waffen, zu entscheiden.

Die Teilnehmer der Internationalen Studenten- und Jugendkonferenz für nukleare Abrüstung appellieren an die Großmächte, eine Friedensregelung in Europa zu finden, die für beide Teile Deutschlands das Verbot von Produktion und Stationierung nuklearer Waffen enthält.

Wir sind der Meinung, daß die Westmächte andernfalls sich nicht nur außerstande sehen, mit der Bundesrepublik in ihrer zunehmend erstarkenden militärischen Position in Plänen für ein Disengagement in Europa oder für allgemeine Abrüstung zusammenzuarbeiten, sondern daß es für sie sogar unmöglich werden wird, die Bundesrepublik im Rahmen der bestehenden Verträge zu halten.

II.

Sicherheitsvertrag USA/Japan

Die Teilnehmer der Internationalen Studenten- und Jugendkonferenz protestieren scharf gegen den neuen Sicherheitsvertrag, der jetzt zwischen den USA und Japan ratifiziert werden soll.

Dieser militärische Vertrag wird Japans militärische Stärke vergrößern und beinhaltet die Übernahme von amerikanischen Basen und Atomwaffen. Außerdem wird dieser Vertrag Japan die Verpflichtung auferlegen, mit Regierung und Armee der Vereinigten Staaten in allen Teilen des Fernen Ostens zusammenzuarbeiten, einschließlich Formosa, China, den Inseln Quemoy und Matsu und dem östlichen Rußland.

Dieser Vertrag wird die schon große politische und militärische Spannung im Fernen Osten noch vergrößern, was zum Ausbruch eines — möglicherweise nuklearen — Krieges führen könnte. Er wird mit Sicherheit jeden Abrüstungsvorschlag unmöglich machen.

Der Vertrag wird China das Argument liefern für die Eigenproduktion von Atomwaffen und faktisch gute Beziehungen zwischen Japan und China zerstören. Im Fernen Osten und in anderen Teilen der Welt könnten politische Beziehungen zunichte gemacht werden.

III.

Unilateralismus, Großbritannien und Frankreich

Die Internationale Studenten- und Jugendkonferenz für nukleare Abrüstung, eingedenk einerseits der moralischen Verpflichtung aller Regierungen, auf die Verwendung der Atomenergie für militärische Zwecke zu verzichten — andererseits der Realitäten der gegenwärtigen politischen Situation, empfiehlt den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, unilateral auf Atomwaffen zu verzichten. Diese Handlung sollte vollzogen werden, wenn nicht aus moralischen Gründen, so aus den politischen und ökonomischen Beweggründen ihrer speziellen Position, die es ermöglicht, einen Druck auf die Regierungen der USA und der UdSSR auszuüben, zu einem baldigen Abrüstungsabkommen zu gelangen. Wir verlangen, daß Frankreich und Großbritannien sich nicht an einer — wie auch immer gearteten — NATO-Abschreckwaffe beteiligen.

Japanische Sozialisten gegen Sicherheitspakt mit den USA

Das amerikanische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag nach siebenstündiger stürmischer Sitzung, in deren Verlauf die Polizei mit 500 Mann eingriff, den amerikanisch-japanischen Sicherheitspakt ratifiziert. Durch den Vertrag, gegen den sich Sozialisten und Sozialdemokraten durch den Boykott der Abstimmung zur Wehr setzten, wird den Amerikanern das Verbleiben ihrer Stützpunkte in Japan auf mindestens weitere zehn Jahre gesichert. Der Vertrag muß jetzt dem Oberhaus zugeleitet werden, das 30 Tage Zeit hat, sich dagegen auszusprechen. Da die regierenden Liberaldemokraten jedoch über die Mehrheit auch im Oberhaus verfügen, wird angenommen, daß der Vertrag ohne weitere Debatten nach Ablauf der Frist automatisch Gesetzeskraft erlangt. Das Oberhaus tritt am Freitag zusammen.

Die Ratifizierung im Unterhaus erfolgte nach erbitterten siebenstündigen Handgemengen und Protesten zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Zur Schlußabstimmung konnte es nur kommen, nachdem die Polizei mit starken Kräften die sozialistischen Abgeordneten und ihre Sekretäre vom Amtszimmer des Parlamentspräsidenten abgedrängt hatte. Mit der Blockade des Präsidenten hatten die oppositionellen Abgeordneten versucht, den Zusammentritt des Hauses zu verhindern. Kurz vor der Abstimmung über die Ratifizierung des Sicherheitspaktes hatte das Haus mit den Stimmen der Regierungspartei beschlossen, die Sitzungsperiode um 50 Tage zu verlängern.

Stuttgarter Zeitung vom 20. Mai 1960

25

Es schrieben bisher u. a.:

Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred von Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Achim von Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Prof. Dr. Fritz Eichholtz - Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hermann Etzel - Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick - RA Erwin Fischer - Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz von Frankenberg und Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Johannes Harder - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack - Esther Sophia Hayfron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Dr. Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand † - Hans Henny Jahnn † - Dr. Viktor Kadalie - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Prof. Dr. Hanns Linhardt - Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter von Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Márton von Pákozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Senator a. D. Ernst Plate - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Helmut Ridder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Ludwig Ritter von Rudolph - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Reinhard Tietz - Dr. Ing. Jan Friedrich Tönnies - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.